Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

Jg. 5 Nr. 17
28. April 1977

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 – Gedruckt in Plankstadt

Wochenzeitung 50 Pfg.
P 21060 C

Wachsende selbständige Streikbewegung in den USA

Gegen die Lohnstopp-Politik der US-Monopole und ihrer Regierung hat sich in den USA eine breite Streikbewegung entwickelt, die ausgehend von einzelnen Betrieben sich in selbständigen Streiks auf ganze Branchen und Regionen ausdehnt. 35 000 Dockarbeiter der International Longshoremen Association traten Mitte April in einer Reihe von Ostküsten-Häfen, darunter New York, Boston, Baltimore, Philadelphia u.a. in den Streik. Die Arbeiter fordern Lohnerhöhung von 8 auf 10 Dollar pro Stunde und Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 40 auf 32 Stunden. Kurz zuvor hatten 20 000 Kohle-Bergarbeiter in Westvirginia und 2 000 Mechaniker in San Francisco für höhere Löhne gestreikt. In Philadelphia begann am 23. März der Streik von 5 000 Arbeitern der städtischen Transportbetriebe. Er richtete sich gegen den Abschluß der Gewerkschaftsführung von knapp unter 60 Cents Lohnerhöhung für zwei Jahre. Schwarze und lateinamerikanische Arbeiter, die 50 % der organisierten Arbeiter stellen, hatten in verschiedenen Depots die Initiative ergriffen, Busbahnhöfe und Eisenbahnverkehr lahmgelegt. Darauf fristlos entlassene Arbeiter mußten wieder eingestellt werden. Die Arbeiter fordern 1 Dollar Stundenlohnerhöhung. In New York City erzwangen die Arbeiter der WBAI-Radiostation den Rücktritt des Programmdirektors, der die Einstellung weiterer schwarzer und lateinamerikanischer Arbeiter verhindern wollte.

Mehr Profit für die DDR-Kapitalisten durch Stücklohn

Die neue Bourgeoisie der DDR will den Akkord- bzw. Prämienlohn in allen industriellen Produktionszweigen einführen. Im letzten „Bericht des Politbüros des ZK der SED" heißt es: „Die schrittweise planmäßige Einführung von Grundlöhnen in Verbindung mit der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation erweist sich immer mehr als erfolgreicher Weg zur Erhöhung des materiellen Interesses der Arbeiter an wachsender Leistung. Gegenwärtig arbeiten etwa eine Viertelmillion Produktionsarbeiter nach dieser neuen Form der leistungsgerechten Entlohnung. Gemeinsam mit den Werktätigen werden in diesen Betrieben neue, technisch begründete Arbeitsnormen vorbereitet und eingeführt." (Neues Deutschland, 9.12.76) Die Erhöhung des Profits wird damit auf drei Wegen betrieben: Der Grundlohn reicht allein nicht zum Leben. Die Arbeiter sind gezwungen, sich im Akkord und für die Prämie zu schinden, um leben zu können. Die Intensivierung der Arbeit durch den Stachel des höheren Lohnes bei höherer Stückzahl ist ein Mittel der Profitsteigerung. Dem dient auch die „wissenschaftliche Arbeitsorganisation" mit MTM- und ähnlichen Antreibersystemen. Weiteres Ergebnis und Mittel der Steigerung der Ausbeutung ist die Senkung des Lohns, wozu Grundlohn und Prämie bzw. Akkordsatz vielfältige Möglichkeiten bieten.

Nichts hat die Ausbeuterherrschaft der neuen Bourgeoisie in der DDR und ihrer Oberherren in Moskau mit Sozialismus gemein. Weil das Interesse der neuen Bourgeoisie ebenso der Profit ist wie das bei der Kapitalistenklasse immer war, greift man zu den gleichen Methoden.

Bruch des Tarifvertrages

Am 16. März unterzeichneten Bund, Länder und Gemeinden und der Hauptvorstand der ÖTV den Tarifvertrag über die einmalige Zahlung von 100 DM, ausgebrütet als Ausgleich für die Verlängerung der Laufzeit des Tarifs auf 13 Monate. Fällige Zahlung „mit den Bezügen im Monat April 77", so § 4 des Vertrages. In Braunschweig verweigern die Dienstherren die Auszahlung, weil die Ausfindigmachung des anspruchsberechtigten Personenkreises so schwierig sei, in Frankfurt zum Beispiel werden die Beschäftigten derart verhöhnt: keine Auszahlung im April, weil die Lohnsteuerabzüge dann so hoch würden. In Frankfurt ist in einigen Betrieben zum 15.4. nachgezahlt worden. In Hannover gar behaupten die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, es gäbe diesen Vertrag nicht. Das ist dreist. Der Lohnraubabschluß von 5,3 % hat die Beschäftigten in öffentlichen Diensten in die Lage gebracht, daß sie jetzt auch noch um die Auszahlung den Kampf gegen die Dienstherren führen müssen. Dieser Kampf wird geführt, die Belegschaften schließen sich erneut zusammen. In einer Reihe von Betrieben haben die Belegschaften durch Aktionen gegen die Dienstherren (beschlossen auf Lohnzettelversammlungen, in den Abteilungen, auf Gewerkschafts- und Personalversammlungen) die Auszahlung des Tarifs, nachdem er seit drei Monaten in Kraft ist, erreicht.

Carter legt Energieersparnisprogramm vor

Bundesregierung begrüßt die Kriegspolitik des US-Präsidenten

Den größten Teil seiner Truppen hat der US-Imperialismus in Westdeutschland stationiert. Regelmäßig werden Übungen durchgeführt, um die rasche Auffüllung dieser Truppen und ihres Materialbestandes zu üben. Daß US-Truppen in Westdeutschland stationiert sind, geht auf den Sieg der Alliierten über den deutschen Imperialismus zurück, einen Sieg, den die US-Imperialisten nutzten, um sich in Europa festzusetzen. Heute ist die Stationierung der US-Truppen über die NATO geregelt. Der BRD-Imperialismus hat für die USA die Rolle, den Festlandsdegen in Europa zu spielen. Aber der US-Imperialismus traut diesem Festlandsdegen nicht. Deswegen hält er eigene Truppen in Westdeutschland. In den letzten Jahren hat er sie vermehrt. Erst vor zwei Jahren haben die US-Imperialisten mit der Regierung vereinbart, ihre Truppenpräsenz in Westdeutschland zu erhöhen und im norddeutschen Küstengebiet zu verstärken.

Die US-Truppen in Westdeutschland stehen hier, um die Rivalität der beiden Supermächte um die Weltherrschaft – und der Weg dorthin geht über die Beherrschung Europas – mit militärischem Druck und Krieg auszutragen. Sie stehen hier, um den Juniorpartner, den BRD-Imperialismus bei der Stange zu halten und sicherzustellen, daß dieser die Widersprüche mit den US-Oberherren nicht bis zum Bruch treibt, und sie stehen hier, um die Arbeiterklasse und die Volksmassen zu unterdrücken, sobald sie den Kampf gegen den Imperialismus und für die soziale Revolution mit revolutionären Massenaktionen zu führen beginnen. All das ist Zweck der NATO. Entsprechend ist es mit dem Warschauer Pakt, durch den die Anwesenheit der russischen Truppen in der DDR geregelt ist.

Das Interesse der Arbeiterklasse ist dem Zweck dieser imperialistischen Bündnisse vollständig entgegengesetzt. Ihr Interesse ist die Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung durch die soziale Revolution. Je mehr Imperialisten die Möglichkeit haben, sich in den Kampf zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie in Westdeutschland einzumischen, um so schwerer wird die Zerschlagung des imperialistischen Staatsapparates, desto blutiger wird der Bürgerkrieg, mit dem die Imperialisten die Revolution unterdrücken wollen. Also müssen die imperialistischen Pakte weg, d.h. Westdeutschland muß raus aus der NATO. Uns geht es um die Interessen der Arbeiterklasse und die soziale Revolution. Die Arbeiterklasse in Westdeutschland und Westberlin kann die soziale Revolution nur in Westdeutschland und Westberlin machen. Fordern wir „Westdeutschland raus aus der NATO", dann fordern wir das bedingungslos und nicht im Rahmen einer „gleichgewichtigen Abrüstungskonzeption" oder ähnlicher Betrugsmanöver, durch die die Finanzbourgeoisie den Kampf gegen die imperialistischen Bündnisse zu lähmen versucht.

Für die Arbeiterklasse und die Volksmassen ist es besser, sie machen die Revolution, bevor die Imperialisten unter dem Oberkommando der beiden Supermächte einen neuen Weltkrieg führen. Fordern wir den Abzug aller fremden Truppen und die Auflösung der imperialistischen Bündnisse wie der imperialistischen Stützpunkte, dann ist das gut gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen. Führen die Massen den Kampf für diese Forderungen – und sie müssen

(Fortsetzung Seite 2)



Am 1. Mai 1975 hat das Volk von Vietnam die Imperialisten in seinem Land nach 30jährigem Befreiungskampf gegen die französischen und amerikanischen Imperialisten endgültig besiegt. Die Arbeiterklasse und die Völker der Welt feiern dies als großen Sieg im gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus. Das vietnamesische Volk konnte die imperialistische Armee der USA besiegen, weil es für eine gerechte Sache gekämpft hat. Die imperialistische Armee mußte unterliegen, weil sie Ausbeutung und Unterdrückung verteidigt, Ziele, die durch und durch ungerecht und zum Untergang verurteilt sind.

Zur Feier der Befreiung des vietnamesischen Volkes führen die Soldaten- und Reservistenkomitees in Westdeutschland überall Veranstaltungen durch.

Seit seiner Befreiung und der Wiedervereinigung des Landes 1976 baut die vietnamesische Arbeiterklasse und das Volk das von den Imperialisten verwüstete Land auf. Das Bild zeigt eine Landwirtschaftsbrigade.

In einer Landwirtschaftsmaschinenfabrik in Ho Chi Minh Stadt wurde eine Mähmaschine entwickelt, die 500 kg Mais in der Stunde mäht. Einige Maschinenfabriken haben die Produktion von Landwirtschaftsmaschinen seit dem letzten Jahr verdreifacht. Die Stromversorgung der ländlichen Gebiete ist seit dem letzten Jahr um weitere 20 bis 25 Prozent gesteigert worden. Die Anstrengungen des vietnamesischen Volkes in der landwirtschaftlichen Produktion sollen die selbständige Versorgung der Bevölkerung sichern.

Schleyer ruft die Kapitalisten zur „Vorwärtsstrategie" – die Arbeiterklasse schließt sich zusammen gegen die kapitalistische Rationalisierung

In der letzten Woche haben die Kapitalisten die Hannover-Messe eröffnet. Dort zeigen sie neueste Maschinerie, die die Arbeiterklasse bedienen soll, damit aus der Arbeitskraft schneller und umfangreicher Mehrarbeit herausgepreßt wird.

Im Gegensatz dazu bereitet die Arbeiterklasse in den Betrieben den 1. Mai vor und hat Beschlüsse gegen die Politik der Kapitalistenklasse und gegen den bürgerlichen Staat gefaßt.

Unversöhnlich stehen sich die Kapitalisten und die Arbeiterklasse gegenüber. Beide Klassen haben ihre Forderungen festgelegt und demonstrieren sie.

„Wir brauchen eine Vorwärtsstrategie", verkündete Hans Martin Schleyer auf der Hannover-Messe. „... den Bedarf an Arbeitskräften für eine gegebene Produktionsmenge reduzieren ... oder eine höhere Produktionsmenge bei gleicher Zahl von Arbeitskräften ermöglichen." Dies sind die Absichten der Kapitalisten. Dies ist der Grund, warum die Hannover-Messe für die Kapitalisten eine große Bedeutung hat. Den Kapitalisten geht es nicht nur um Rationalisierung, sondern es können mehr Kräfte auf den Arbeitsmarkt geschmissen werden, die Konkurrenz in der Arbeiterklasse wächst. Die Kapitalisten können Lohnsenkungen durch Umschichtungen der Belegschaften günstig organisieren. Dies gibt Schleyer in seinem Artikel in der Messe-Zeitung auch zu: „Die eine Million Arbeitslose werden häufig als ein starrer, ein unbeweglicher Block angesehen. Dabei verbergen sich dahinter starke Veränderungen. So waren z.B. im gesamten Jahresverlauf 1976 ein Zugang von 3,3 Millionen Arbeitslosen und gleichzeitig ein Zugang von 2,3 Millionen offenen Arbeitsstellen zu verzeichnen." Durch Umschichtung der Arbeitskräfte haben die Kapitalisten Lohnsenkungen durchgesetzt, das ist auch das weitere Vorhaben der Kapitalisten. „Eine konstruktive Arbeitsmarktpolitik muß vor allem die Mobilität der Arbeitslosen stärken." Mobilität heißt für die Kapitalisten schneller arbeiten und wenig Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Das will Schleyer mit der Intensivierung der Arbeit erreichen. Er ist nicht gegen neue Arbeitsplätze: „Eine Vorwärtsstrategie, die vorhandene Arbeitsplätze wieder besetzt und neue Arbeitsplätze schafft", denn neue Arbeitsplätze sind auch gleichzeitig neue Ausbeutungsplätze, dagegen kann kein Kapitalist sein. Aber die Arbeiterklasse ist gegen Ausbeutungsplätze. Die Arbeiterklasse ist gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, deshalb wird auch am 1. Mai gegen die Kapitalistenklasse demonstriert. Der „Vorwärtsstrategie" von Schleyer und seiner Kapitalistenbande stellen die Arbeiter die Forderungen am 1. Mai gegenüber.

Die Forderung nach dem 7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich und die Forderung nach 1 500 DM Steuerfreibetrag ist in vielen Betrieben verabschiedet worden. Dies ist die Antwort auf die Politik der Kapitalisten und des bürgerlichen Staates. Nieder mit dem Akkordsystem! Verbot von Nacht- und Schichtarbeit! sind die Forderungen, die auf Transparenten am 1. Mai in den Gewerkschaftsdemonstrationen und auf den Kundgebungen getragen werden.

Ausgangspunkt zur Aufstellung solcher Forderungen ist die Betriebsversammlung bei Opel gewesen. Der richtige Beschluß nach 7-Stundentag hat sich in der Arbeiterklasse schnell herumgesprochen. Unterstützten Teile der Sozialdemokraten diese Forderung noch, so gehen sie jetzt hin, um Spaltung und Uneinigkeit zu säen. Sie wissen: Mit dieser Forderung kann die Arbeiterklasse einen großen Schritt nach vorne machen. Aus der Forderung nach dem 7-Stundentag machen sie die Forderung: „Arbeitszeitverkürzung". Unsicher sind die Sozialdemokraten, denn sie dürfen nichts falsch machen! Die Spaltung muß gelingen, sagen sie sich.

Mit anderen Forderungen machen es die Sozialdemokraen ähnlich. So beschließen die Vertrauensleute bei Klöckner Bremen die Forderung nach 1 500 DM Steuerfreibetrag mit der

(Fortsetzung Seite 2)

Carter legt Energieersparnisprogramm vor

(Fortsetzung von Seite 1)

damit im eigenen Land beginnen und können ihn nur im eigenen Land führen – dann stören sie die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten, gewinnen Zeit für die Vorbereitung der Revolution und beschleunigen die Entwicklung zugunsten der Revolution. Die amerikanischen Truppen, wie die Truppen der anderen Mächte, die unter dem Kommando der NATO und im Bündnis mit dem BRD-Imperialismus hier in Westdeutschland stationiert sind, bestehen aus Menschen, die hier nichts verloren haben, weil sie aus den Volksklassen stammen. Im Kampf gegen die Anwesenheit fremder Truppen kann sich die westdeutsche Arbeiterklasse auf Teile dieser Truppen stützen. Das muß man dann auch tun. Man kann es nur, wenn man diesen Truppen wie all ihren Angehörigen drastisch deutlich macht, daß sie hier nichts verloren haben. Auch einfache Soldaten verlieren das sonst leicht aus dem Blick.

Hat man fremde Truppen im Land, dann muß man die Politik untersuchen und verfolgen, die dieses Land betreibt. Präsident Carter hat ein Energiekonzept vorgetragen. Es enthält einige Maßnahmen zur „Einsparung von Energie“. Davon spricht ein Panzerkommandant auf dem Vormarsch auch. Es weiß aber jeder, daß es ihm nicht auf Einsparung von Energie, sondern auf möglichst weiträumigen Vormarsch ankommt. Genauso ist es mit den Regierungen imperialistischer Staaten. Sie reden von Energieeinsparung, sie planen aber die Neuaufteilung der Welt. Neu aufgeteilt werden soll auch Europa. Es ist gut, wenn man das im Auge behält und nicht auf die „Energiedebatten“ hereinfällt. Genausowenig wie es den Automobilkapitalisten juckt, daß er seinen Profit aus der Ausbeutung von Arbeitern, die Automobile bauen, zieht, statt zum Beispiel aus Arbeitern, die Flugzeuge produzieren, genauso wenig interessiert die imperialistischen Staaten „die Energie“. Was sie interessiert, ist die Beherrschung von Märkten, von Kapitalanlagen und von Rohstofflagern, die sie für die Ausbeutung der Arbeiter brauchen. Was sie interessiert, ist der Besitz und die Beherrschung fremder Länder, weil sie dann die Ausbeutung ausdehnen können, um noch mehr Profite zu machen.

Was sagt Carter?

Er hat im Fernsehen verkündet: „Unsere Entscheidungen in Sachen Energie werden den Charakter des amerikanischen Volkes und die Regierungsfähigkeit des Präsidenten und des Kongresses auf die Probe stellen. Es ist eine Anstrengung, die ich das ‚moralische Äquivalent zum Krieg' nennen möchte – mit der Einschränkung, daß wir unsere Bemühungen auf den Aufbau und nicht auf die Zerstörung richten werden ...“

Eine moralische Anstrengung verlangt der neue Präsident, die dem Krieg entspricht und seine Anforderungen erfüllt. Was will man mehr? Man kann sich nicht beklagen, daß es der US-Präsident an Deutlichkeit fehlen läßt. Er rüstet auf für den Krieg und gerade in moralischer Aufrüstung war der US-Imperialismus schon immer groß, bis er von den Völkern Indochinas vernichtende Schläge erhalten hat.

Da hat es dann mit der „Moral“ schlecht ausgesehen. GIs haben immer häufiger auf ihre Offiziere geschossen statt auf das vietnamesische Volk. „Unmoral“ für den US-Präsidenten. Keine imperialistische Moral jedenfalls, mit der die USA den Kampf um die Weltherrschaft im Weltkrieg austragen könnten. „Generationen von Amerikanern vor uns haben sich großen Herausforderungen gegenübergesehen und sie gemeistert. Ich glaube daran, daß wir, daß unser eigenes Leben durch diese unsere Herausforderung bereichert wird. Wenn sie mir folgen, so daß wir mit Patriotismus und Mut zusammenarbeiten, dann werden wir erneut beweisen, daß unsere große Nation die Welt in eine Ära des Friedens, der Unabhängigkeit und der Freiheit führen kann.“ Prost Mahlzeit, möchte man sagen, aber es wäre nicht passend. Vom US-Imperialismus und unter seiner Führung durch Helmut Schmidt und Hans Friderichs ins Reich der Freiheit geführt zu werden, das ist keine schöne Aussicht. Aber so ist es ja auch nicht. Man kann sehen, was die US-Imperialisten vorhaben, man kann sehen, was die Sozialimperialisten vorhaben, man kann sehen, was die BRD-Imperialisten vorhaben usw.

Aber folgen muß man ihnen nicht, auch nicht den Imperialisten des eigenen Landes. Die Arbeiterklasse kann sie niederschlagen. Die westdeutschen Imperialisten haben das Stichwort Carters von der Energieeinsparung und den notwendigen Opfern, die das Volk bringen müsse, gleich begeistert aufgegriffen. Sie verstehen, was Carter meint. Er meint imperialistischen Krieg. Im Fernsehen wurde Friderichs gefragt: „Die große Wirtschaftsmacht Vereinigte Staaten geht den Weg des Sparens, Präsident Carter hat ja ein ganz resolutes Sparprogramm vorgelegt. Müssen wir diesem Weg folgen, Herr Minister?“ Friderichs antwortet: „Also erstens, Herr Reiche, ich begrüße es, daß die Vereinigten Staaten von Amerika, die wirklich bis jetzt Energie verschwendet haben, sich zu einem strikten Sparprogramm durchgerungen haben.“ Zweitens, sagt er, hätte die Bundesregierung diesen Weg bereits eingeschlagen. Recht hat Friderichs. Es ist der Weg des imperialistischen Krieges. „Raus aus der NATO!“, die Forderung ist aktuell.



Ich aber sage Euch - wenn Ihr nicht ablasst von Euerm maßlosen Benzinverbrauch, gibt es eine nationale Katastrophe.

„Wir sind immer stolz auf unsere Tüchtigkeit gewesen. Wir sind immer stolz gewesen auf unseren Einfallsreichtum, unser Geschick im Beantworten spezieller Fragen. Wir brauchen Effizienzen und Einfallsreichtum mehr denn je. Wir sind stolz gewesen auf unsere Führungsrolle in der Welt, jetzt können wir erneut der Welt ein positives Beispiel geben ...“ (Carter in seiner Fernsehrede zwei Tage vor Verkündung des Sparprogramms. Nach: Die Welt, 20.4.1977)

... „Vorwärtsstrategie“

(Fortsetzung von Seite 1)

Absicht, dies zu veröffentlichen. „Die Steuerschraube darf nicht steigen“, machen die Sozialdemokraten aus der Forderung, nachdem es ihnen nicht gelungen ist, die Kampffront zu spalten.

Den Widerstand gegen die kapitalistische Rationalisierung organisiert die Arbeiterklasse an den einzelnen Fronten des Klassenkampfes. In den Betrieben wird der Kampf um jeden Arbeitsplatz geführt, den die Kapitalistenklasse wegrationalisieren will. Schnell entwickelt sich dies zur Auseinandersetzung zwischen den beiden Klassen und nicht mehr nur zwischen wenigen Arbeitern gegen den Kapitalisten. In der Vorbereitung des 1. Mai werden dazu Forderungen aufgestellt. Transparente werden gemalt von den Belegschaften, sie sollen die Einheit und die jeweiligen festgelegten Forderungen propagieren.

Gegen die Ausplünderung durch den bürgerlichen Staat richten sich Forderungen, die die Arbeiter am 1. Mai aufstellen: „Keine Tariferhöhung bei der HVV!“, stellen die Arbeiter im Hamburger Hafen als Forderung auf. Nicht nur durch Rationalisierung, sondern auch mit der Ausplünderung durch den bürgerlichen Staat sollen die Massen unterdrückt werden. Der Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung entwickelt sich. Der 1. Mai ist für die Betriebsräte und Vertrauensleute der Belegschaften nur ein Zwischenschritt. Er kann und muß die Arbeiterklasse ein gutes Stück voranbringen im Kampf gegen die Kapitalistenklasse.

„Lernziel Arbeit“

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen – Lohndrückerei und Vergeudung von Arbeitskraft

Die Bourgeoispresse behauptet einhellig: Das im März von der Bundesregierung verabschiedete Investitionsprogramm von 16 Milliarden DM bedeute die „Rückkehr zur Vollbeschäftigung“. Die Bundesanstalt für Arbeit bekräftigt in ihren Presseinformationen:

„Ehrenberg will sich dafür einsetzen, daß die Gelder möglichst direkt in Arbeitsplätze umgemünzt werden“ und: „Einen zusätzlichen Abbau der Arbeitslosigkeit erwartet der Arbeitsminister auch von weiteren Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.“

Bei soviel in den bürgerlichen Staat geschürten Erwartungen mag die Gewerkschaftssozialdemokratie nicht zurückstehen. Sie fordert in ihrem Aufruf zum 1. Mai *noch mehr* Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und u.a.:

„Mehr Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden.“

1,084 Millionen Menschen sind im März 1977 in der BRD arbeitslos gemeldet. Weitere Hunderttausende sind arbeitslos, ohne Arbeitslosengeld zu bekommen. In ihrer Sorge um die verfaulte Gesundheit des Kapitalismus, die sie durch den proletarischen Klassenkampf bedroht sehen, versprechen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer: ‚Abhilfe ist möglich! Die Arbeitslosigkeit, sie muß nicht sein. Vernichten die Unternehmer Arbeitsplätze, dann kann und muß der Staat eingreifen und Arbeit beschaffen.' Das klingt gut und logisch. Aber, wie schaut es aus?

700 Millionen DM gibt die Bundesanstalt für Arbeit in diesem Jahr für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aus. Außerdem werden „zur Beschäftigung arbeitsloser Jugendlicher ... von nahezu allen Ländern Zuschüsse zu Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ... gezahlt“. (Handelsblatt, 31.3.) Von Nordrhein-Westfalen zum Beispiel 10 Millionen, von Baden-Württemberg 8 Millionen DM.

„Auch gesamt- und finanzwirtschaftlich sind Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vorteilhaft. Die Kosten für die Beschäftigung von Arbeitslosen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind geringer als die Summe aus Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe und dem Ausfall an Steuern und Beiträgen zu den Sozialversicherungen. Außerdem werden Werte geschaffen.“

Die Stadt Offenbach hat in dieser Woche ein Projekt vorgestellt, das „die Mehrzahl der über 400 arbeitslosen Jugendlichen in Offenbach erfassen soll“ und in seiner weitreichenden Dreistigkeit „ein in Hessen einmaliger Versuch“ ist. (Frankfurter Rundschau, 21.4.77) Die erste Tätigkeit im Rahmen dieses einjährigen Projektes soll der Bau eines Kinderspielplatzes sein. „Für die geleistete Arbeit wird das Arbeitsamt den Jugendlichen einen kleinen Lohn zahlen.“ Und *wie* klein der Lohn sein soll! Von den vorgesehenen „Personalkosten“ von 350 000 DM, vom Arbeitsamt bezahlt, sollen ein Jahr lang nicht nur bis zu 400 Jugendliche bezahlt werden, sondern zusätzlich noch 10 ehemalige Arbeitslose, Lehrer, Sozialarbeiter, Industriemeister, die zur Überwachung eingesetzt werden. Der Geldsack in der Kapitalisten Brust hüpft vor Freude. 1977 sollen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen allein der Bundesanstalt für Arbeit „Beschäftigung für rund 82 000 Arbeitnehmer ... schaffen oder sichern“. 82 000 Arbeiter zu Hungerlöhnen – 82 000fach Gelegenheit für die Kapitalisten, die Arbeiter zu spalten, teurere durch billigere Arbeitskraft zu ersetzen. Wenn das nicht bar kassa für die Kapitalisten und Lohndruck für die Arbeiter bedeutet, was dann?

Bar kassa ist gut, aber nicht alles. „Lernziel Arbeit“ ist das Motto des Offenbacher Projekts.

„Ungelernte Jugendliche hätten zum größten Teil keine Lust, einer geregelten Arbeit in *Wechselschichten* nachzugehen.“ (Handelsblatt, 19.4.)

Diese „Lust“ soll ihnen vermittels Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eingebleut werden. Gratis zur Arbeit gibt's deshalb in Offenbach ständige „pädagogische Bearbeitung“ durch die Volkshochschule. „Erziehung“ zur Arbeit unter den elendesten Bedingungen, Erziehung zur Zwangsarbeit, durchgesetzt unter den Bedingungen einer großen industriellen Reservearmee, nichts anderes sind die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Nicht in der Beseitigung der Arbeitslosigkeit, sondern in der Ausweitung der Unterdrückung liegt das einzig Planvolle dieser „Arbeitsförderung“. Die Jugendlichen in Offenbach sollen als erstes einen Kinderspielplatz bauen. Andere Jugendliche in Karlsruhe bauen im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ein Naherholungsgebiet. Die Reihe ließe sich fortsetzen. Die Bourgeoisie weiß nur zu gut, daß selbst unter Zwang kaum ein Arbeiter jede beliebige Arbeit für ein paar Pfennige machen würde.

Sie braucht aber die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für ihre imperialistischen Abenteuer, weil in ihnen bereits die Zwangsarbeit angelegt ist. Also umgibt sie die im Rahmen der Arbeitsbeschaffung verrichteten Tätigkeiten mit einem Schein von Nützlichkeit.

Diese Arbeiten, wie der Bau von Kinderspielplätzen, von Naherholungsgebieten usw. sind etwa so nützlich wie die Trümmer des letzten imperialistischen Krieges zu beseitigen. Sie erscheinen überhaupt nur notwendig, weil die Kapitalisten in ihrer Profitgier die natürlichen Lebensbedingungen der Volksmassen rücksichtslos verwüstet haben. Das hätten sie wohl gern, der Arbeiterklasse die Beseitigung der von ihr hinterlassenen Trümmer und anderer Schäden als „nützliche Tätigkeit“ aufzuladen und ihr dafür auch noch Lohn zu rauben und die Fesseln der Zwangsarbeit anzulegen. Wir sind dagegen, doppelt zu bezahlen, wie wir überhaupt dagegen sind, die Rechnung der Kapitalistenklasse, ihre imperialistische Expansion und Kriegsvorbereitungen, mit Zwangsarbeit und verschärfter Unterdrückung zu zahlen. – (Z-Red)

Rechtsstaat, wehrhaft ...

Das Attentat auf Generalbundesanwalt Buback war ein Angriff auf den Rechtsstaat selbst, sagte Präsident Scheel. Ausgebubackt!, konnte man auf einer Mauer in Hamburg lesen. Wer hat recht?

Das Attentat auf Buback war erfolgreich, und der unbekannte Maler in Hamburg hat insoweit recht. Aber obwohl sich alle Bourgeoispolitiker der Ansicht Scheels vom Anschlag auf den Rechtsstaat selber angeschlossen haben, kann Kanzler Schmidt im Bundestag feststellen, daß „unser Rechtsstaat keineswegs ohnmächtig ist, er ist im Lauf der letzten Jahre wehrhafter geworden, er kann sich wehren, und er wehrt sich in der Tat“.

Ein denkwürdiges Vieh ist dieser Rechtsstaat. Er kann erschossen werden und wird davon nicht mal ohnmächtig, sondern bloß wehrhafter. Da liegt direkt eine Steigerung von Hitlers markigem Ausspruch „Was uns nicht umbringt, macht uns nur noch härter“ vor.

Wer ist der Rechtsstaat? „Eine Idee, und zwar eine hohe“, jubiliert der Chor der Bourgeoisideologen. Welche Idee? Eine *ewige*, geht es weiter.

Alles Halbwahrheiten. Der Rechtsstaat ist eine Idee, aber keine besonders „hohe“, er ist die Idee der Kapitalisten, daß alles strikt und streng nach ihren Interessen zugehen muß. Ewig? Ja, denn solange es Kapitalisten gibt, werden sie *ewig* dieser Vorstellung anhängen. Also – nichts von wegen ausgebubackt.

Der Rechtsstaat ist nicht bloß eine Idee der herrschenden Kapitalistenklasse, ist kein Hirngespinst. Der Rechtsstaat ist eine verwirklichte Idee der herrschenden Kapitalistenklasse. Die Wirklichkeit des Rechtsstaates besteht in einem Gespinst von Armee, Polizei, Gerichten, Gefängnissen, Beamtenheer.

Gustav Trampe, ZDF-Ideologe: „Der Terrorismus muß in jedem Fall in erster Linie als Herausforderung an die Polizei und nicht des Gesetzgebers begriffen werden.“

Die Idee der Kapitalistenklasse, sie könne auf ewig als eine verschwindend kleine Minderheit von der Ausbeutung der Arbeiter in ihren Fabriken leben, ist absurd. Die Maßnahmen, diese Idee in die Tat umzusetzen, sind aber handfest.

„Doch weder die Regierung noch die Opposition scheinen bis jetzt geneigt, einmal gründlicher zu überlegen, ob denn nicht der ganze Sicherheitsapparat in der Bundesrepublik zu klein ist. Der Kanzler sprach im Bundestag davon, wie gut sich der Rechtsstaat doch an den Kernkraftwerksbaustellen Brokdorf und Grohnde geschlagen hat. Er sprach nicht davon, was gewesen wäre, wenn beides auf einen Tag gefallen wäre.“ Das bemerkt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ zur Debatte über die innere Sicherheit.

Verschärfen sich die inneren Gegensätze der kapitalistischen Herrschaft, dann fallen die Hüllen, und hinter der Lüge schimmert den Bourgeois die graue Wahrheit herauf.

Der Überlebenswille der herrschenden Kapitalistenklasse ist absolut. Sind ihre Interessen durch demokratische Aktionen der Volksmassen gefährdet, so tönt der Schrei nach mehr Polizei. Da braucht es keinen Vorwand. Das kann klingen, wie es will. „Mögen sie mich hassen, wenn sie mich nur fürchten.“ Das sagte ein römischer Kaiser, zu einem Zeitpunkt, als diese Sklavenhaltergesellschaft unter den Schlägen der Unterdrückten zu wanken begann. Die Devise ist alt, aber eine aktuelle Taktik der untergehenden Bourgeoisie im Zeitalter des Imperialismus.

Was wäre gewesen, wenn ...? Was wird sein, wenn sich die Arbeiter und Bauern einen und einheitlich für ihre Interessen vorgehen?

Was wird sein, wenn die Arbeiter und Bauern es verstehen, die Masse der in die Armee und Polizei gepreßten Klassenbrüder für ihre gerechte Sache zu gewinnen? Rechtsstaat, wehrhaft, ... ade.

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Kommitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 190 240, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 19, Telefon 0611 / 730236 – Gedruckt in Plankstadt – Redaktion: Hindenburgstraße 15, Postfach 3 406, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 814045 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 190 240, Mainzer Landstraße 15, 6000 Frankfurt 19 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 17/1977: 32 000

„Hilfen“ der neuen Zaren

Die Monopolbourgeoisie der UdSSR intensiviert ihren Kapitalexport in die Türkei und den Nahen Osten

In dem Aufsatz „Neue Richtung der sowjetischen Außenwirtschaft und die Vertiefung der Teilnahme der UdSSR an der internationalen Arbeitsteilung“ des stellvertretenden Leiters der Hauptverwaltung Planung und Wirtschaft des Ministeriums für Außenhandel der Sowjetunion legt die Sowjetunion ihren imperialistischen Charakter unfreiwillig offen, kleidet sie ihn auch in Worte wie „Hilfen“ und „Unterstützung“.

„Immer gewichtiger und vielseitiger wird die Teilnahme der Sowjetunion an der internationalen Arbeitsteilung mit den Entwicklungsländern ... Die UdSSR erweist den Entwicklungsländern finanzielle und technische Unterstützung beim Bau wichtiger volkswirtschaftlicher Objekte, die in vielen Staaten Grundlage für die Entwicklung ganzer Wirtschaftszweige sind. Insgesamt sind mit Hilfe der Sowjetunion über 500 verschiedene Projekte in den Entwicklungsländern gebaut worden, darunter mehr als 200 Industriebetriebe. Gegenwärtig beteiligt sich die UdSSR in diesen Ländern am Bau von ungefähr 530 neuen Objekten, worunter wieder ein bedeutender Teil Industriebetriebe sind. In der Industrie wird die größte Hilfe bei der Schaffung von Kapazitäten zur Entwicklung einer Reihe von Maschinenbauzweigen, zur Erzeugung von Elektroenergie, Eisenmetallen und Zement, zur Förderung von Erdöl, Kohle, Erdgas und Erzen sowie zur Erdölverarbeitung geleistet. (...) Der Außenhandelsumsatz soll bedeutend schneller zunehmen.“ (Außenhandel Nr. 1/1977)

Dies ist die verhüllte Erklärung, wie die Sozialimperialisten die Unterwerfung und Ausraubung fremder Völker betreiben. Sie setzen an an dem Wunsch der Völker der Dritten Welt nach dem Aufbau einer nationalen Wirtschaft, um die feste Umklammerung des Imperialismus zu lockern. Diesem Bestreben tragen die Sozialimperialisten dem Anschein nach Rechnung, indem sie den Aufbau der Industrie unterstützen. Sie knüpfen daran jedoch Bedingungen.

Das „Handelsblatt“, Kenner in Kapitalangelegenheiten, schreibt neidisch:

„...die Sowjets leisten ihre Hilfe nach recht eigennützigen Kriterien: Kredite erhalten die Länder, die die militärisch strategische Position Moskaus stärken oder die selbst für die Sowjets interessante Rohstoffe liefern können. (...) Solche projektgebundene Hilfe hat ferner die Konsequenz, die Empfängerländer auch in Zukunft an Moskau zu binden, da die Kredite meist durch Lieferungen von Produkten aus den errichteten Werken zurückgezahlt werden, teilweise über Jahrzehnte hinweg.“ (13.4.)

„Hilfen“ nennen die Sozialimperialisten die Organisierung der Ausplünderung und Unterwerfung der Völker. Im Iran haben die Sozialimperialisten den Bau eines Stahlwerkes und den Aufbau der Erdgasindustrie „unterstützt“. Der Iran muß dafür ab 1983 für 25 Jahre Erdgas zur Tilgung der Kredite und Zinsen liefern. Im Irak haben sie die Entwicklung der Erdölindustrie gefördert. Die Rückzahlung der „Hilfe“ besteht in jährlich steigenden Erdöllieferungen. 1975 lag die Lieferquote bei 5,3 Millionen Tonnen. Irak und auch Syrien sind mit 500 Millionen Dollar bei den Sozialimperialisten verschuldet. Insgesamt gewährten die Sozialimperialisten 11,9 Milliarden Dollar von 1954 bis 1976 an die Länder der Dritten Welt, davon an den Nahen Osten allein 4,3 Milliarden Dollar.

Am höchsten verschuldet von den Ländern im Nahen Osten ist Ägypten, dessen Schuldenlast an die Sozialimperialisten 1975 bei 2 Milliarden Dollar lag. Hinzu kommen die Militärschulden, die nach inoffiziellen Angaben 3 Milliarden Ägyptische Pfund betragen. Die Lieferungen Ägyptens dienen der Abtragung der Handelsschulden, die Militärschulden lassen sich die Sozialimperialisten nicht mit Produkten ausgleichen, um mit den Schuldforderungen jederzeit Druck ausüben zu können. Ägypten liefert an die Sowjetunion doppelt so viel Waren, als es von dort einführt. Dadurch, daß die Ägypter zusätzlich einen Großteil ihrer Exporte zur Schuldentilgung an die Sozialimperialisten zahlen, ist ihr Handelsdefizit ziemlich hoch. 1975 hatte Ägypten eine Aufschiebung der Rückzahlung und eine Neufestsetzung des Betrages gefordert, um sich Luft zur Entwicklung seiner Wirtschaft zu machen, die zur Zeit hauptsächlich auf die Baumwollproduktion konzentriert ist, die 45 Prozent seines Gesamtexports trägt. Die Sozialimperialisten lehnten dies ab. Um sich aus der Umklammerung durch den Sozialimperialismus zu lösen und unter dem Druck der ägyptischen Volksmassen warf die ägyptische Regierung im Juli 1972 20 000 sowjetische Militärberater aus dem Land. In allen arabischen Staaten wächst die Klarheit über den wahren Charakter der sowjetischen „Hilfen“ und damit auch der Zusammenschluß der Völker gegen ihn.

Wie Ägypten ist auch Syrien mit 500 Millionen Dollar bei den Sozialimperialisten verschuldet, sein Handel mit der Sowjetunion ist, wie auch der des Nachbarlandes Libanon, durch ein hohes Handelsdefizit gekennzeichnet. Die Sozialimperialisten haben in den Jahren 1969 bis 70 ihren Handel mit Syrien und dem Libanon verdoppelt. Im Handelsabkommen mit dem Libanon haben sie die Rückzahlung der „Hilfen“ festlegen lassen:

„...eine Erweiterung der sowjetischen Exporte von Maschinen und Ausrüstungen nach Libanon hätte unweigerlich eine Erweiterung der Exporte libanesischer Waren in die Sowjetunion zur Folge, gar nicht zu sprechen von dem Aufschwung, den die nationale Wirtschaft Libanons dadurch erfahren würde.“ (Außenhandel 71/1)

„Helfen“ wollen die Sozialimperialisten, die noch nicht erschlossenen Vorkommen im Libanon an Kupfer, Asphalt, Pyrit, Phosphat, Chrom und Mangan zu fördern, um diese Rohstoffe als Gegenleistung für ihre „Hilfe“ einsacken zu können.

Um die Vorherrschaft über die Länder im Nahen Osten errichten zu können, müssen sich die Sozialimperialisten das Hinterland sichern. Das heißt für sie Zugang zum Mittelmeer und der Weg über die Türkei und den Balkan. Die Türkei versuchen sie über ihre „Hilfen“ zu unterwerfen und dem Einfluß der US- und der westeuropäischen Imperialisten zu entreißen.

Die USA leistete der Türkei in den 35 Jahren von 1930 bis 1974 1,8 Milliarden Dollar Kredit. Die Sowjetunion allein in den 9 Jahren von 1966 bis 1975 1,5 Milliarden Dollar. Unter den Ländern der Dritten Welt, mit denen die Sowjetunion Handel betreibt, steht die Türkei an fünfter Stelle. Die sowjetische Zeitschrift „Außenhandel“ vom November 1976 berichtet:

„Seit 1960 werden jährlich Handelsprotokolle auf Regierungsebene unterzeichnet. Im März 1976 wurde in Ankara das 17. Protokoll unterzeichnet. Es gilt bis zum März 1977 und sieht Warenaustausch für 175 Millionen Dollar vor. Das 1. Protokoll sah ein Volumen von rund 10 Millionen Dollar vor.“

Das neue Abkommen in diesem Jahr ist für 10 Jahre geschlossen worden. Zur Finanzierung von Industrieprojekten sollen die Sozialimperialisten mehrere Milliarden Kredite angeboten haben. Der „Außenhandel“ schreibt:

„In den letzten Jahren entstanden mit Hilfe der Sowjetunion in der Türkei Betriebe der Buntmetallindustrie und des Eisenhüttenwerkes sowie erdölverarbeitende, chemische und holzverarbeitende Industrie. Eine Besonderheit dieser Zusammenarbeit ist, daß für die Ausrüstungen, Materialien und technischen Dienstleistungen Kredite gewährt werden, die die Türkei mit Waren in erster Linie mit für sie herkömmlichen Exportwaren zurückzahlt. (...) In den letzten Jahren entwickelte sich in der Türkei die Leichtindustrie und entsprechende Produkte werden bereits in die UdSSR exportiert.“

Die Türkei plant den Ausbau des Petrochemischen Werkes Petkim mit Investitionen von 3,46 Milliarden Türkischen Pfund. Der Ausbau des Zweigwerkes Aliagla (300 000 Tonnen Äthylen Jahreskapazität) soll vorrangig behandelt werden. An diesem Werk ist die Sowjetunion mit 218 Millionen Türkischen Pfund beteiligt. Die Abtragsfrist der Kredite mit Produkten des Werkes ist auf 15 Jahre festgelegt. Geplant ist jetzt vor allem die Entwicklung der Stahl- und Erdölproduktion. Anfang März wurden in der Türkei neue Erdölfelder und Erzlager entdeckt. Mit ihren „Hilfen“ haben sich die Sozialimperialisten bereits den Zugang dazu verschafft.

Nachdem die Sozialimperialisten die Länder der Dritten Welt in Schuldknechtschaft von sich gebracht haben, rauben sie ihnen die Reichtümer des Landes, zwingen sie, nur die Industrie zu entwickeln, aus der die Sozialimperialisten Kapital ziehen können, und haben sie so gleichzeitig über die Spezialisierung auf höhrer Stufe in Abhängigkeit von sich gebracht und erklären dann, wieder hätten sie einem Land „große Hilfe“ geleistet und es von der sinnvollen „internationalen Arbeitsteilung“ überzeugen können.

Im Kampf um die Reichtümer der Völker der Dritten Welt gegen die imperialistischen Konkurrenten rüsten die Sozialimperialisten für den Krieg. An der Grenze von Bulgarien zu Mazedonien bauen sie gegenwärtig große militärische Anlagen auf und stationieren Truppen. Die westlichen Imperialisten, die sich den Weg in die Türkei über das Land sicherstellen wollen, fördern den Bau einer zweiten Brücke über den Bosporus in Istanbul. 1976 passierten 155 sowjetische Kriegsschiffe 432mal den Bosporus in das Mittelmeer. Der Flottenadmiral der Sowjetunion, Oberbefehlshaber der Kriegsmarine Sergej Gorschkov, schreibt in einem Buch mit dem Titel: „Die Rolle der Flotten in Krieg und Frieden“:

„Die Sowjetunion hat im Juli 1972 bei der 4. Sitzung des UNO-Ausschusses für Fragen des Meeresbodens konkrete Vorschläge betreffs der freien Schiffahrt in den Meerengen eingebracht. Damit wie auf offener See die Schiffe durch die Meerengen fahren und Flugzeuge diese überfliegen können, ist insbesondere vorgesehen, daß die Küstenstaaten in schmalen Meerengen entsprechende Korridore festlegen sollen. Diese Vorschläge berühren nicht die Rechtsordnung jener Meerengen, bei denen die Durchfahrt durch besondere internationale Vereinbarungen geregelt ist.“

Dem entgegengesetzt waren dagegen die Forderungen der revolutionären Bolschewistischen Partei. In einem Interview mit der Zeitung „Observer“ erklärte Lenin zur Frage der Meerengen, die aufgeworfen worden war durch den griechisch-türkischen Krieg und auf der Konferenz von Lausanne behandelt werden sollte, den Standpunkt des revolutionären Rußland:

„Zweitens enthält unser Programm die Schließung der Meerengen für alle Kriegsschiffe in Friedens- und in Kriegszeiten. Das ist im unmittelbaren nächstliegenden Interesse des Handels aller Mächte, nicht nur derjenigen, deren Territorium unmittelbar an diese Meerengen grenzt, sondern auch aller übrigen. Man muß bedenken, daß pazifistische Phrasen, Redensarten und Beteuerungen, manchmal sogar Schwüre gegen den Krieg und für den Frieden in der ganzen Welt außergewöhnlich oft zu hören sind, während wir der Bereitschaft, wirkliche Schritte, seien es auch nur die allereinfachsten, zur Sicherung des Friedens zu tun, in den meisten Staaten, besonders in den modernen zivilisierten Staaten, außergewöhnlich selten begegnen. Aber wir möchten sowohl in dieser wie auch in ähnlichen Fragen möglichst wenig allgemeine Erklärungen, feierliche Versprechungen und pompöse Formeln hören und dafür möglichst viele ganz einfache, ganz klare Beschlüsse und Maßnahmen sehen, die tatsächlich zum Frieden führen, von der völligen Beseitigung der Kriegsgefahr gar nicht zu sprechen. Drittens enthält unser Programm hinsichtlich der Meerengen die volle Freiheit der Handelsschiffahrt. Und nach dem, was ich soeben gesagt habe, halte ich es für völlig überflüssig, diesen Punkt zu erläutern und zu konkretisieren.“ – (Z-Red.)

Großbritannien: Klassenkämpfe um die Sozialversicherungen

Groß war der Schrecken der britischen Kapitalisten, als zu Beginn dieses Jahres die Bergarbeiter ernsthaft darangingen, durch eine Urabstimmung den Streik einzuleiten für die Forderung nach Senkung des Rentenalters auf zunächst 60, später 55 Jahre, bei voller Auszahlung der Rente. Nur mit fieberhafter Geschäftigkeit und allen möglichen Betrugsmanövern konnten die Sozialdemokraten in der Führung der Bergarbeitergewerkschaft die Bewegung unter Kontrolle bekommen. Sie vereinbarten mit den Kapitalisten eine Senkung des Rentenalters für Bergleute, die mehr als 20 Jahre unter Tage gearbeitet haben, auf 62 Jahre, später 60 Jahre. Das ist ein erster wichtiger Teilerfolg der britischen Arbeiterklasse in diesem Kampf.

Vor dem Zweiten Weltkrieg waren die britischen Arbeiterlöhne von den Kapitalisten so niedrig gehalten, daß kaum ein Spielraum blieb, für Krankheit, Unfall oder Alter Vorsorge zu treffen. Als in den Jahren 1931 – 32 in Großbritannien 3 Millionen arbeitslos waren, kam es zu Hungeraufständen, weil allein 40 Prozent der Arbeiter ohne jede Arbeitslosenunterstützung waren und auch die Unterstützungsbeiträge der Versicherten für kaum mehr als eine warme Suppe reichten. Nicht anders sah es mit den Alters- oder Unfallrenten aus.

Während des Zweiten Weltkriegs versuchten die britischen Imperialisten die Arbeiter mit dem Versprechen einer allgemeinen Sozialversicherung für den Krieg zu ködern. Aber erst unter dem Druck sich täglich verschärfender Klassenauseinandersetzungen, die sich revolutionär zu entwickeln drohten, war die Bourgeoisie gezwungen, zu den Löhnen auch Sozialversicherungsbeiträge hinzuzuzahlen.

Das Beispiel ihrer westdeutschen Rivalen erweckte dabei den Appetit der britischen Finanzbourgeoisie, sich in den Besitz dieser Versicherungskassen der Arbeiter und Lohnabhängigen zu setzen. Die Glückspilze des vierten, auf westdeutschen Boden eingeschränkten Reiches deutscher Nation, die BRD-Imperialisten, waren in der Lage, durch die Währungsreform mit einem Schlag einen Großteil ihrer Kriegsschulden zu liquidieren. Hatten sie im Dritten Reich ihre Panzer und Flugzeuge zu einem wesentlichen Teil aus dem Vermögen der Sozialversicherungen gebaut, so verwandelten sie diesen Schuldenberg durch die Währungsreform mit einem einzigen Federstrich in einen Haufen Papier. Erst durch die Einzahlung neuer Milliarden an Lohngeldern konnten die Arbeiter ihre Versicherungsansprüche wieder decken.

Die britischen Imperialisten waren dagegen nach dem Zweiten Weltkrieg bis über beide Ohren an die US-Imperialisten verschuldet. Daher trafen sie sofort alle notwendigen gesetzlichen Regelungen, um sich der neu einzurichtenden Versicherungskassen der Arbeiter und Lohnabhängigen zu bemächtigen. Von 1945 bis 1948 erließen sie in rascher Folge entsprechende Gesetze und setzten einen „Minister für Soziale Sicherung“ als obersten Verwalter der Versicherungskassen ein.

Für die Zahlungen und Leistungen der Versicherungen legten sie ein System fest, das so einfach wie wirksam war: einheitliche, relativ niedrige Beiträge und einheitliche, noch viel niedrigere Renten, Arbeitslosengelder usw., die weit unter dem Existenzminimum lagen. Diese Politik des „*national minimum*“ habe dazu gedient, „der individuellen Verantwortung einen ausreichenden Spielraum zu lassen“, schreibt ein bürgerlicher Autor dazu. Er hätte richtiger gesagt: Dies System diente dazu, bei niedrigsten Beitragszahlungen an die Kassen trotzdem einen Überschuß aus ihnen herauszuholen und Arbeitslosigkeit und Rentnerdasein den Arbeitern so schrecklich wie einen langsamen Hungertod vor Augen zu stellen.

Das System funktionierte bis zum Anfang der sechziger Jahre. Dann war das Niveau der Renten und anderen Versicherungsauszahlungen im Verhältnis zu den Löhnen, die die Arbeiter sich bis dahin erkämpft hatten, so unhaltbar geworden, daß eine Angleichung vorgenommen werden mußte. 1961 wurde durch Gesetz festgelegt, daß das System des „national minimum“ beibehalten, aber durch ein System gestaffelter Zusatzzahlungen entsprechend der Lohnhöhe ergänzt wurde. Das heißt, die Arbeiter waren gezwungen, für Renten und Versicherungsleistungen, die wenigstens das Existenzminimum deckten, zusätzliche Zahlungen an die Sozialversicherung zu leisten. Die Sätze für die Zusatzbeiträge wurden nach und nach immer mehr angehoben. Heute zahlen die britischen Arbeiter 5,5 Prozent ihres Lohns direkt und 8,25 Prozent über den Kapitalisten an die Sozialversicherung, insgesamt also 13,75 Prozent. Aus diesen Einnahmen erzielt der britische Staat, der die Kassen in seiner Regie führt, Jahr für Jahr steigende Überschüsse, nach der einfachen Methode, selbst in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit und steigender Rentnerzahlen (wie gegenwärtig der Fall) viel weniger auszuzahlen als einzunehmen.

Im Jahr 1973/74, aus dem uns eine Bilanz der britischen Sozialversicherung vorliegt, finden wir einen Fonds von 900 Millionen Pfund, nach damaliger Umrechnung etwa 5,5 Milliarden DM, als „Reservefonds“ abgezweigt und Jahr für Jahr wie das kleine Sparguthaben eines Arbeiters mit 3 bis 4 Prozent verzinst. Tatsächlich können die Bankkapitalisten, in deren Händen sich das Geld natürlich befindet (und nicht im Sparstrumpf des Ministers), dieses Kapital zu ganz anderen Zinssätzen für sich „arbeiten“ lassen. Die Differenz streichen sie als Nettoprofit ein.

Neben diesem „Reservefonds“ findet sich im Jahr 1973/74 ein Überschuß aus den laufenden Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherungskassen in Höhe von weiteren 970 Millionen Pfund, das waren damals umgerechnet weitere 5,8 Milliarden DM. Das gesamte Vermögen der Sozialversicherung betrug in diesem Jahr 6,2 Milliarden Pfund, das waren etwa 38 Milliarden DM. Das bedeutet also: *Insgesamt blieben 11,3 Milliarden DM, fast ein Drittel aller eingezahlten Versicherungsgelder der Arbeiter und übrigen Lohnabhängigen, in den Händen des bürgerlichen Staates, damit aber des Finanzkapitals hängen.*

Damit sind die britischen Kapitalisten ihren Konkurrenten in Westdeutschland wie in der Ausbeutung der Arbeiter, so auch in der Ausplünderung durch die Sozialversicherungen zwar ein gutes Stück hinterher. (Zum Vergleich: 1973/74 betrugen die „Rücklagen“, also die Überschüsse der westdeutschen Sozialversicherungen fast 47 Milliarden DM.) Aber der *proportionale* Anteil an den Gesamteinnahmen, den die britischen Finanzbourgeois für sich abzweigen, nämlich fast ein Drittel, kann sich unter kapitalistischen Brüdern wirklich sehen lassen.

Über die letzten drei Jahre liegen uns keine Bilanzen der britischen Sozialversicherung vor. Tatsache ist, daß, während die Einnahmen im Takt der Inflation 1977 auf über 10 Milliarden Pfund (das sind heute etwa 45 Milliarden DM) gestiegen sind, die Entwicklung der Renten weit dahinter zurückgeblieben ist. 1972 hatte die sozialdemokratische Labour-Partei gegenüber der konservativen Regierung lauthals eine „Inflationssicherung“ der Renten gefordert. Unter anderem mit dieser Forderung ließ sie sich in die Regierung wählen. Kaum gewählt, ließ sie die Sache erstmal liegen. Mitte 1974 erreichte die Teuerung 26 Prozent. Jetzt war es die konservative Presse, die der Labour-Regierung höhnisch Berichte vorhielt, wonach Rentner reihenweise in ihren eiskalten Wohnungen elendig zu Tode gebracht wurden durch sozialdemokratische Stadtverwaltungen, die ihnen wegen unbezahlter Rechnungen Gas und Strom abgestellt hatten. Im April 1975 schließlich mußten die Renten erhöht werden. Die Labour-Regierung war schamlos genug, dies als eine großartige Errungenschaft – die „inflationssichere Rente“ genannt – herumzuposaunen. 1976 wurde der „Inflationsausgleich“ bereits so errechnet, daß er nicht einmal in die Nähe der wirklichen Teuerungsrate kam. Heute beträgt die Basisrente für Alleinstehende etwa 60 DM, für ein Rentnerehepaar gerade 100 DM in der Woche. Zwischen 40 und 50 Prozent aller Rentner müssen von diesen Minimalsätzen leben. Sie liegen unter dem Existenzminimum. Deshalb müssen diese Alten noch zusätzliche Sozialhilfe in Anspruch nehmen. Um die zu bekommen, müssen sie allerhand Bedürftigkeitsnachweise führen. So demütigend wird dies von den alten Arbeitern empfunden, daß nach offiziellen Schätzungen mindestens 15 Prozent der alten Arbeiter lieber hungern und frieren, als aufs Sozialamt zu gehen.

Die Erkämpfung solcher Löhne, die es den Arbeitern ermöglichen, sich gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall und für das Alter zu versichern, zählt in allen kapitalistischen Ländern zu den wichtigsten Teilerfolgen im Kampf der Arbeiterklasse gegen ihre absolute Verelendung. Mit Hilfe der Sozialdemokraten werden daraus ebensoviele Mittel der Ausplünderung und Unterdrückung der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse. So haben die sozialdemokratischen Führer der Bergarbeitergewerkschaft, wiederum nach dem Vorbild ihrer westdeutschen Kollegen von der SPD und ihrer „flexiblen Altersgrenze“, die Senkung des Rentenalters zu einer „freiwilligen“ Angelegenheit gemacht. Sie setzen darauf, daß die Elendsrenten die alten Arbeiter zwingen werden, weiterzuarbeiten. Die Labour-Regierung hat dies schon früher ergänzt durch Regelungen, die es den Rentnern „ermöglichen“, bis zum 70. Lebensjahr für einen Wochenlohn, der 35 Pfund nicht übersteigen darf, weiterzuarbeiten. Sie wollen die Arbeiter dazu bringen, sich für die Kapitalisten buchstäblich zu Tode zu schuften. Jeder frühzeitige „Rentenwegfall“ (in der Sprache der westdeutschen Kapitalisten) ist zusätzliches flüssiges Kapital für die Kriegskasse der herrschenden imperialistischen Finanzbourgeoisie. – (Z-Red.)

Zusammenschluß der Lehrer gegen die Angriffe der Dienstherren – Politische Frontenbildung gegen die Schulunterdrückung

Die Sozialdemokraten in der GEW haben für November den Gewerkschaftstag einberufen

Für den November hat der Vorstand der GEW unter Vorsitz von Erich Frister den 1. Gewerkschaftstag der GEW einberufen. Bis zu diesem Zeitpunkt wollen die Sozialdemokraten den Widerstand gegen die neue Satzung und die darin enthaltenen „Unvereinbarkeitbeschlüsse" erdrückt haben: durch den Ausschluß, wie sie es in Westberlin mit dem ganzen Landesverband versuchen, und damit durch Zwang auf die klassenbewußten Mitglieder der Gewerkschaft, ihnen und ihrer Politik der Klassenversöhnung und der Abstumpfung der Gegensätze zur Schulaufsicht die Treue zu schwören.

Verschiedene Opportunisten, die sich hauptsächlich in Westberlin, in Hamburg und in Frankfurt zusammengefunden haben, blicken wie gebannt auf diese Unterdrückungsversuche der Sozialdemokraten in der Gewerkschaft. Sie können gar nicht genug lekken an dem Zuckerguß der Reformpädagogik, mit dem die Bourgeoisie die zielstrebige Verschärfung der Schulunterdrückung und Schulreaktion umgibt und wehren sich mit Händen und Füßen dagegen, die Sozialdemokraten um Erich Frister auf einem a.o. Gewerkschaftstag zu stellen, um sie zur Rücknahme der Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu zwingen. Sie propagieren allenthalben, daß sich die klassenbewußte Lehrerbewegung abfinden müßte – zumindest vorübergehend – mit der Unerschütterbarkeit der Herrschaft der Sozialdemokraten in der GEW und durch Angriff auf diese bürgerlichen Machthaber in der Gewerkschaft ihre Lage nur verschlechtern könne. Damit sind sie in Hessen und Westberlin schon beim offenen Verrat der Forderungen der gewerkschaftlich organisierten Lehrerbewegung und bei der direkten Unterstützung der Sozialdemokratie gelandet.

Die klassenbewußte Gewerkschaftsbewegung der Lehrer kann heute weniger denn je darauf verzichten, die Auseinandersetzung mit der Politik der Sozialdemokraten in der Gewerkschaft entschlossen und ohne Kompromisse zu führen. Denn: landauf, landab sind die öffentlichen Dienstherren und Bourgeois damit beschäftigt, den Angriff auf den Lohn weiterzutreiben, den Arbeitstag durch Rationalisierung zu verdichten und die Fessel des Beamtenrechts fester zu schmieden. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende und Bremer Bürgermeister Koschnick hat jetzt sogar vorgeschlagen, die Gehälter der Referendare und Beamtenanwärter durch die „Graduiertenförderung" oder vergleichbares zu ersetzen. Das unterscheidet sich nicht mehr viel vom BAföG, auf das die Studenten gesetzt sind.

Gleichzeitig bilden sich im Kampf gegen die Schulunterdrückung und den Notenterror politische Fronten heraus, die fortschrittlichen Lehrer unterstützen diesen Kampf und nehmen daran teil. Sie beginnen sich gegen die Schulaufsicht zusammenzuschließen, die die Lehrer zu zwingen versucht, die Schulunterdrückung an der Arbeiterjugend zu vollziehen und den Notenterror gegen sie auszuüben. Gewerkschaftliche Betriebsgruppen der Lehrer an den Schulen haben Beschlüsse gefaßt, diesen Kampf zu unterstützen. Sie tragen sie am 1. Mai auf die Straße.

Diese Verschärfung der Gegensätze ist der Grund für die heftigen Unterdrückungsversuche der sozialdemokratischen Machthaber in der GEW. Sie läßt die Opportunisten offen an der Seite eben dieser Sozialdemokraten auftreten. Aber diese Verschärfung der Gegensätze führt gleichzeitig auch zur Zersetzung der sozialdemokratischen Ideologie der Klassenversöhnung und der opportunistischen Hoffnungen auf Ausgleich. Für die klassenbewußte gewerkschaftliche Lehrerbewegung steht die Möglichkeit und Aufgabe, die Lehrermassen im Kampf gegen den öffentlichen Dienstherren zusammenzuschließen und sich im Kampf gegen die Schulunterdrückung und den Notenterror mit der Arbeiterklasse und den Volksmassen zu verbinden.

Zwei ganz verschiedene „arbeitsmarktpolitische Maßnahmen"

Abgefeimte, durch und durch betrügerische und konzentrierte Pläne der öffentlichen Dienstherren zwecks Auspressung von mehr Arbeit und Kürzung der Beamtengehälter:

Für die Beamtenanwärter, insbesondere die Lehramtsanwärter, sieht der SPD/FDP-Bundeskabinettsbeschluß vom 30.3. zur Änderung der Beamtenversorgung nach dem Lohnraubtarifabschluß folgende zusätzliche Verschärfungen vor. Sie sollen weniger Geld bekommen:

– Für Anwärter, die nach dem 31. August 77 den Vorbereitungsdienst antreten, sollen die Anwärterbezüge um rund 6,4 Prozent vermindert werden.

– Von den 150 DM Urlaubsgeld und den 100 DM Streckungszulage sehen die Anwärter nur 100 DM, bzw. 40 DM.

– Die Anwärterbezüge für die Stufenlehrer werden gänzlich neu geregelt, was für die Referendare, die im Haupt- und Realschulbereich (Sekundarstufe I) unterrichten, nochmals eine zusätzliche Lohneinbuße bedeutet. Denn vorgesehen ist die Angleichung der Anwärterbezüge für den Sekundarstufe I-Bereich an den Grundschulbereich, nämlich auf A 12. Betroffen sollen sein alle im neuen Schuljahr eingestellten Referendare.

Die neu eingestellten Referendare an der Grundschule erhalten im Vergleich zu ihren Referendarskollegen, deren Gehalt um 5,3 Prozent auf 1 209 DM erhöht wird, 136 DM weniger, im Haupt- und Realschulbereich 176 DM weniger, in der Sekundarstufe II 142 DM weniger.

Den öffentlichen Dienstherren läuft das Wasser im Munde zusammen: *„Herabsetzung der Anwärtergrundbeträge".*
Gesetzantrag des Landes Rheinland-Pfalz zur Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes vom 4.4.77:

„A. Zielsetzung
Zur Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation müssen auch im öffentlichen Dienst zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden. Die hohen Beträge der Anwärterbezüge gestatten es jedoch bei der angespannten Haushaltslage der öffentlich-rechtlichen Dienstherren nicht, noch mehr Beamtenanwärter einzustellen.
B. Lösung
Die Anwärtergrundbeträge sollen herabgesetzt werden, damit ohne zusätzliche Haushaltsausgaben mehr Anwärter eingestellt werden können; außerdem soll dem Umstand Rechnung getragen werden, daß es keines besonderen finanziellen Anreizes mehr bedarf, um Beamtenanwärter für eine spätere Verwendung in Laufbahnen des öffentlichen Dienstes zu gewinnen."

Das *„dringende Interesse des Dienstherren"* gebietet: *„Erweiterung der Möglichkeiten für Teilzeitbeschäftigung für Beamte".*
Gesetzantrag der Länder Baden-Württemberg und Bayern zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften vom 14.4.77:

„A. Zielsetzung
Nach vorliegenden Berechnungen zeichnet sich zumindest für das nächste Jahrzehnt ein erhebliches Überangebot von Hochschulabsolventen ab. Insbesondere für Absolventen des Lehramtsstudiums, die nach Abschluß ihrer Ausbildung überwiegend auf eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst angewiesen sind, ist eine beträchtliche Arbeitslosigkeit zu erwarten. (. . .)
B. Lösung
Als Beitrag zur Lösung des Problems soll durch Erweiterung der Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung für Beamte das bestehende Arbeitsplatzangebot des öffentlichen Dienstes auf eine größere Zahl von Personen verteilt werden können, wenn in einer Ausnahmesituation wie der geschilderten ein dringendes Interesse des Dienstherren daran besteht, Bewerber im öffentlichen Dienst zu beschäftigen, die für eine überwiegend im öffentlichen Dienst auszuübende Berufstätigkeit ausgebildet wurden und daher außerhalb des öffentlichen Dienstes in der Regel keine ihrer Ausbildung entsprechende Beschäftigung finden können."

„Voller finanzieller Ausgleich" für die Dienstaufsicht.
Gesetzantrag des Freistaates Bayern zur Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes vom 12.4.77:

„A. Zielsetzung
Die Einstufung der Schulleiter und Schulleiterstellvertreter ist an bestimmte Schülerzahlen geknüpft. Werden bei einem Zurückgehen der Schülerzahlen die jeweiligen Schwellenwerte unterschritten, so verlieren der Schulleiter und sein Stellvertreter zwar nicht ihr statusrechtliches Amt, sie sind aber nicht mehr entsprechend ihrer Funktion eingestuft und müssen an einen anderen Dienstposten versetzt werden. (. . .)
B. Lösung
Der Entwurf sieht vor, daß Beamte, bei denen eine Versetzung eine soziale Härte darstellen würde oder bei denen eine Versetzung im Hinblick auf die anfallenden Umzugskosten und Aufwendungen für Trennungsgeld unwirtschaftlich wäre, bei Rücktritt in ein niedrigeres Amt (. . .) den gleichen vollen finanziellen Ausgleich erhalten, wie er bisher schon für Beamte vorgesehen war, die im Zusammenhang mit der Auflösung der Umbildung von Körperschaften oder Behörden in ein niedrigeres Amt zurücktreten.
C. Alternativen
Alternativen sind nur mit schwerwiegenden Eingriffen in das derzeitige Besoldungssystem für Schulleiter und Schulleiterstellvertreter denkbar. . . ."

„Linke Speerspitze in der GEW"

„Linke Speerspitze" der Bourgeoisie

Auf der Vertreterversammlung der GEW Hessen vom 1. bis 5. April ist der sogenannte linke Sozialdemokrat Alfred Harnischfeger aus Frankfurt zum ersten Vorsitzenden der GEW Hessen gewählt worden.

„Sieg der Linken oder Öffnung nach links?" ist der Artikel zum Ergebnis der Landesvertreterversammlung im neuesten GEW-Info zu Frankfurt betitelt. Wir denken, weder noch. Das läßt sich nachweisen.

Im März 1976 haben dem Hauptausschuß der GEW Hessen zum ersten Mal die Anträge der Mitglieder auf Urabstimmung und Streik zur Entscheidung vorgelegen. 5 000 Lehrer demonstrierten am 3. Juni 1976 in Wiesbaden, nahezu 10 000 demonstrierten zusammen mit etwa 1 500 Schülern am 11. Februar 1977 ebenfalls in der Landeshauptstadt. Urabstimmung und Streik hat der alte Vorstand, zuletzt mit Hilfe des Hauptvorstandes unter Frister, verhindert.

Die Bewegung der Lehrer für ihre ökonomischen Interessen, für politische und gewerkschaftliche Freiheiten, hat sich daher auf der Landesvertreterversammlung zunächst auf die Beseitigung des alten Vorstandes konzentriert und auch konzentrieren müssen. Die Einheit unter den Lehrern für den Streik ist groß. Der Vorstand hatte den zur Durchsetzung der Forderungen notwendigen Streik sabotiert und verhindert, dafür mußte er weg.

Die offensten Reaktionäre sind abgewählt worden. Jetzt stellt die „linke Speerspitze aus Frankfurt" mit Alfred Harnischfeger den Vorsitzenden der GEW Hessen.

Die Forderung der Lehrer nach Urabstimmung und Streik sucht man in der Plattform, mit der Alfred Harnischfeger kandidierte, vergeblich. Kaum 11 Wochen ist es her, am 7. Februar noch, da stellte Harnischfeger auf einer Hauptausschußsitzung den Antrag, der Landesregierung ein letztes Ultimatum zu stellen, und dann sollte die Landesvertreterversammlung Anfang April den Streik beschließen.

Sodann bereitete Harnischfeger diese Versammlung mit einem Programm für seine Wahl vor. *„Neben* harten Verhandlungen mit den zuständigen Ministerien und regierungstragenden Parteien müssen künftig die Mitglieder durch demonstrative Maßnahmen und Aktionen bis hin zum Warnstreik und Streik ihren Widerstand organisiert sehen." Das läßt einiges offen, nämlich die Öffnung nach rechts.

Ebenso in Westberlin: Der kommissarische Vorstand der GEW Westberlin, der seine politische Richtung vom Offenbacher Sozialistischen Büro (SB) bezieht, hat die richtige Forderung der GEW-Mitglieder, am 1. Mai zusammen mit der Arbeiterbewegung zu demonstrieren, umgemünzt in den Vorschlag an den DGB, sich der GEW-Demonstration anzuschließen, und weigert sich weiterhin, die Revision gegen den Ausschluß des Landesverbandes der GEW Westberlin zu verlangen.

Untersuchen die GEW-Mitglieder, wie die GEW Frankfurt in den Ruf, „linke Speerspitze der GEW" zu sein, gekommen ist, finden sie heraus, daß sie sich diesen Ruf gerade nicht erworben hat in der entschlossenen Verfechtung des landesweiten Streiks, sondern für etwas ganz anderes, was den Mitgliedern jedoch als gegen den alten Vorstand gerichtet erscheinen mußte, zunächst. Dem alten Landesvorstand war ziemlich schnell klar, daß er gegen den Streik zur Durchsetzung der materiellen Forderungen der Lehrer, für den die Einheit sehr groß war, einen eigenen Vorschlag würde machen müssen, diese Einheit zu spalten. Und zwar über eine Sache, über die erstens keine Einheit der Aktion besteht und bestehen kann und die zweitens geeignet ist, die Bewegung, die sich nicht aus der Welt schaffen läßt, in die Irre zu führen. Sein Gegenvorschlag war daher der „Reformboykott".

Die Erfahrungen der Lehrer in ihrem Kämpfen für die Einstellung aller Lehrer, Streichung von Zweidrittelstellen usw., die Solidarisierung und teilweise direkte Verschmelzung mit den Streiks und Demonstrationen der Schüler und umgekehrt beförderte jedoch unvermeidlich die Klarheit über den unterdrückerischen Charakter der Schule. Die Lehrer sehen zunehmend, daß die politische und materielle Unterdrückung der Masse der Lehrer in der Unterdrückung und Abrichtung der Jugend der Arbeiterklasse und des Volkes für die Interessen der imperialistischen Bourgeoisie ihre Entsprechung hat. Dieser Zusammenhang beginnt sich im Kampf der Schüler und Lehrer gegen das Notensystem zu klären. Mit seinem Beschluß versuchte der Hauptausschuß der GEW Hessen die Lehrerbewegung zurückzuzerren.

Interessant aber ist, wie der GEW-Bezirksvorstand Frankfurt auf den Reformboykott reagierte. Nicht dagegen, daß die 20 bis 30 Anträge auf Urabstimmung für Streik vom Tisch gefegt wurden, lief er Sturm, sondern trat heftig und öffentlichkeitswirksam gegen den Beschluß des Hauptausschusses der GEW auf, „weil die Reformen um keinen Preis gefährdet werden dürfen im Interesse der Schüler und Eltern". Die Interessen der Lehrer sind plötzlich gegen die Interessen der Schüler und Eltern gerichtet und wert, daß man sie, ebenso wie es der alte Vorstand gemacht hat, vom Tisch fegt. Dafür wurde die GEW Frankfurt von der bürgerlichen Presse fast liebevoll zur „linken Speerspitze der GEW" hochstilisiert. Sogar der Hauptausschuß ließ sich davon angeblich erweichen und nahm „auf Druck der Basis" seinen Reformboykottbeschluß vom März schon im Mai wieder zurück, dem Druck der Lehrermassen für landesweiten Streik dagegen hielt er stand.

Nach seiner Wahl, noch während der laufenden Vertreterversammlung, hat sich Harnischfeger dann in einem Rundfunkinterview als Partner der Landesregierung bezeichnet in dem gemeinsamen Interesse, die Bildungsreform der Bourgeoisie durchzusetzen.

Der Unterschied zum alten Vorstand ist lediglich der, daß die Bourgeoisie hofft, es möge ihm zumindest für eine gewisse Zeit gelingen, die fortschrittlichen Lehrer zu täuschen. Dem dient auch die Fragestellung „Sieg der Linken oder Öffnung nach links?". Für eine Politik der GEW im Interesse der klassenkämpferischen Bewegung der Lehrer im Interesse der Arbeiterklasse und des Volkes wird es notwendig sein, den neuen Vorstand auf der Fortsetzung der Landesvertreterversammlung am 11. Mai mit konkreten Aufträgen zu versehen, durch Beschlüsse, die die materiellen und politischen Forderungen der Lehrer festlegen sowie die Maßnahmen, die zu ihrer Durchsetzung gegen den bürgerlichen Staat, gegen die Landesregierung erforderlich sind und die den Gewerkschaftstag der GEW im Herbst vorbereiten. Dafür haben sich allerdings die Voraussetzungen verbessert. Harnischfeger wird es sich nicht leisten können, offen reaktionär aufzutreten. Man muß ihn zwingen, Farbe zu beknnen und zu funktionieren nach dem, was die Mitglieder beschließen und was ihren Interessen entspricht.

Resolution der Betriebsgruppe Ellener Feld

Bremen. An der Schule Ellener Feld hat der Abteilungsleiter Gymnasium ein Rundschreiben erlassen, in dem alle Lehrer aufgefordert werden, die Zensurengebung zu überprüfen, weil sie angeblich zu gut zensiert hätten. In der Fachkonferenz Deutsch hat es darüber eine längere Auseinandersetzung gegeben. Der Abteilungsleiter wurde aufgefordert, diese Anweisung zurückzuziehen. Die Betriebsgruppe an dieser Schule hat am 19.4. folgenden Beschluß einstimmig gegen die Orientierungsstufe gefaßt:

„Die Betriebsgruppe des Schulzentrums Ellener Feld spricht sich gegen die Einführung der Orientierungsstufe aus. Auslese und Konkurrenz an den Schulen werden immer mehr verstärkt. (. . .) Die geplante Einführung der Orientierungsstufe reiht sich ein in die Kette dieser Maßnahmen:

– Durch einheitliche, verbindliche Lehrplanleisten werden Schüler und Lehrer gehindert, auch ihre eigenen Bedürfnisse und Interessen mit in die Themenauswahl einfließen zu lassen. , . . .sind die Unterrichtsthemen vorgeschrieben, ebenfalls die Richtung, die der Unterricht nehmen soll'. (. . .)

– Die äußerlich flexible Sortierung in Stützkurse und Projektkurse am Ende der Unterrichtseinheiten wird keineswegs verhindern, daß die Zusammensetzung der Gruppen weitgehend gleich bleibt. Die scheinbare Möglichkeit des ständigen Aufsteigens führt zu permanentem Leistungsdruck und verschärft die Konkurrenz. (. . .)

Darüberhinaus wehren wir uns gegen weitere Verschlechterungen der Arbeitssituation der Kollegen. Wir fordern: 23 Wochenstunden für alle Lehrer! Besoldung aller Lehrer nach A 13! Sofortige Senkung der Klassenfrequenzen auf 25 Schüler! Entlastungsstunden für Lehrer, die in Dependancen tätig sind."

„Übereinstimmung in einer Reihe von Maßnahmen"

„Übereinstimmung in einer Reihe von Maßnahmen" hätten der Präsident des Oberschulamtes Karlsruhe, Dr. Müller, und der GEW-Vorsitzende Frister gezeigt, berichtet das baden-württembergische GEW-Organ „Lehrerzeitung" über den Lehrertag in Wildbad am 31.3. Diese Maßnahmen müßten „zur Sicherung der Arbeits- und Ausbildungsplätze für die junge Generation in den nächsten Jahren ergriffen werden. Dazu gehört nach Auffassung beider Redner zum Beispiel die Herabsetzung des Renten- und Pensionsalters auf 60 Jahre, die Erweiterung der Teilzeitbeschäftigung und die Einführung einer Ergänzungsabgabe für besser Verdienende." In der Woche zuvor hatte eine Versammlung von Teilzeitlehrern in Stuttgart erklärt, ihre Lage sei unerträglich und sie würden einen Streik anstreben.

Diese beiden Stellungnahmen kennzeichnen gegensätzliche Pole in der GEW. Während sich die Masse der Lehrer mit denen, die teilzeitbeschäftigt sind, zusammenschließt und gegen den Druck und die Spaltung durch Teilzeitarbeit ist, betreibt die sozialdemokratische Fraktion in der GEW ihre Ausweitung. Überall, wo die Lehrer mit dem Dienstherren zusammenstoßen, stoßen sie auch mit den Sozialdemokraten in der GEW zusammen.

Völlig einig können sich diese mit den Präsidenten von Oberschulämtern sein. „Müller begrüßte, daß die GEW ,nicht anderen in die Tasche greifen' wolle, sondern daß die Lehrer bei Verwirklichung dieser Vorschläge auch einen eigenen Solidarbeitrag leisten würden", heißt es weiter im Bericht über den Lehrertag. Gemeint sind nicht die Lohnabschlüsse, nein, das Auge des obersten Karlsruher Schulrates richtet sich schon auf in Zukunft zu erbringende neue „Opfer".

Die Sozialdemokraten, fest entschlossen, die Lehrer zu solchen Opfergängen zu führen, schließen ihre Dienstherrenfraktion zusammen, um die Lehrermassen in den Griff zu kriegen. Im Februar 1977 fand eine Landesfachtagung der Fachgruppe Schulaufsicht und Schulberatung statt. Die Tagung „bekannte sich gleichermaßen zur kontrollierenden wie zur beratenden Funktion der Schulräte". (Lehrerzeitung 5/77) Die Sozialdemokraten wissen um die Brüchigkeit ihres Reformleims. Mit der Übernahme der Bundessatzung auch in Baden-Württemberg auf der Landesvertreterversammlung vom 13.-15. Mai wollen sie sich die satzungsmäßige Grundlage für die Säuberung der GEW zum sozialdemokratischen Richtungsverband holen. Aufgekommen ist, daß sie keinen einzigen der Anträge gegen die Übernahme der Bundessatzung an die Delegierten verschickt haben. Sie wissen, daß ihre Herrschaft in der GEW keineswegs gesichert ist. Anträge, die nicht verschickt werden, sind dadurch nicht erledigt. Dafür sorgen die, in deren Interesse sie sind.

Vertrauensleute fordern 7-Stundentag und Verbot der Akkord- und Schichtarbeit

Vertrauensleutesitzung Zeiss Göttingen / Beschluß zum 1. Mai und IGM-Gewerkschaftstag

Zeiss-Göttingen. Am 19.4. war Vertrauensleutesitzung. Auf der Tagesordnung standen Vorbereitung des 1. Mai und Anträge zum Gewerkschaftstag. In einem Referat des Vertrauensleutevorstandes wurden folgende Forderungen vorgeschlagen:

1 500 DM Steuerfreibetrag!
7-Stundentag bei 35 Stundenwoche und vollem Lohnausgleich!
Verbot der Akkord- und Schichtarbeit!
Verbot der Überstundenarbeit!
10 Stunden monatliche Freistellung und Kündigungsschutz der Vertrauensleute!

Durch eine ganze Welle von Rationalisierungen versuchen die Zeiss-Kapitalisten gegenwärtig die Ausbeutung der Arbeiter zu verschärfen, um so ihre Konkurrenten, besonders ihre japanischen, niederzubügeln. So wollen sie z.B. in der Optikfasserei die Abdrehbänke durch Halbautomaten ersetzen. Die Lohngruppe soll von gegenwärtig 6 auf 3 oder 4 gedrückt werden. Die Akkordzeiten sollen um die Hälfte gekürzt werden. So läuft das in allen Abteilungen. Die Arbeiter und Angestellten schließen sich dagegen zusammen. Im November 1976 haben etwa 500 gegen die Streichung übertariflicher Zulagen gestreikt, für den Tarifkampf wurde eine Forderung von 170 DM aufgestellt, 30 Arbeiter haben in einer Resolution den Lohnkampf der Beschäftigen im Öffentlichen Dienst unterstützt und sich weiterhin für eine Festgeldforderung von 170 DM ausgesprochen.

Um diesen Zusammenschluß zu festigen, sollten die vorgeschlagenen Forderungen auf der Vertrauensleutesitzung verabschiedet werden, um sie auf der 1. Mai-Demonstration zu tragen und als Anträge zum Gewerkschaftstag zu verabschieden.

Schon vor der Vertrauensleutesitzung war bei Diskussionen in den Abteilungen von einigen Sozialdemokraten an den Forderungen herumgenörgelt worden: Sie wären zu hoch und nicht durchsetzbar, außerdem vom KBW und schon deshalb falsch und spalterisch. Ihre eigenen Klamotten wie Recht auf Arbeit und Mitbestimmung boten sie nur zaghaft an und blieben auf ihnen sitzen. Auf der Vertrauensleutesitzung schlug denn ein IGM-Ortsverwaltungsmitglied auch gleich vor, sich über Forderungen und Tätigkeiten zum 1. Mai keine Gedanken zu machen. Das würde alles ein Maiausschuß des DGB erledigen. Weiter empfahl er, man sollte bei Zeiss keinen „Separatismus“ machen und keine „eigenen“ Forderungen aufstellen. Zur Not hätte man ja noch die DGB-Forderungen aus dem letzten Jahr, die Transparente wären ja auch schon fertig, und es müßten sich eben am 1. Mai nur noch die Arbeiter einfinden, um sie zu tragen. Damit gebe es aber immer Schwierigkeiten wegen zurückgebliebenen Bewußtseins der Arbeiter. Die Schwierigkeiten der Sozialdemokraten liegen woanders: Letztes Jahr ließ die 3 000-Mann-Demonstration einige dieser Klassenversöhnungstransparente am Gewerkschaftshaus stehen.

Der Versuch, die Debatte um die vorgeschlagenen Forderungen zu ersticken, schlug fehl. Auch der Versuch des Betriebsratsvorsitzenden, die Vorbereitung des 1.Mai auf das nächste Jahr zu vertagen, fand keine Zustimmung. Die Debatte begann jetzt erst richtig. Für die Forderung nach dem 7-Stundentag waren fast alle. Gegen die Forderung nach dem Verbot der Akkordarbeit war der Betriebsratsvorsitzende Fahlbusch, SPD-Stadtrat, noch im letzten Jahr wild angerannt: Das wirft uns hinter die Länder der Dritten Welt zurück! Dieses Jahr brachte er keinen Ton gegen diese Forderung heraus. Er wußte, daß er damit nicht mehr durchkommt, weil gerade im letzten Jahr die Akkordschraube unerträglich angezogen wurde und das Akkordsystem bei den Arbeitern immer verhaßter wird. So sagte anfangs z.B. ein Kollege: „Ich arbeite im Akkord an meiner Maschine und bin schon älter, was passiert denn, wenn ich das nicht mehr schaffe?“ Fahlbusch konnte ihn damit nicht vertrösten, daß ja 95 % seines Lohnes abgesichert seien. Denn der Lohn reicht ja so schon nicht.

Er konzentrierte sich gleich darauf, die Forderung nach Steuerfreibetrag vom Tisch zu bringen: „Wenn wir eine so lächerlich hohe Forderung an die Spitze stellen, kommen wir mit den anderen nicht durch.“ Es gelang nicht, die Forderung zu verschieben.

Die Sozialdemokraten profitieren davon, daß die Zelle diese Forderung nicht verankert hatte. Bis auf diese und die Forderung nach Verbot der Schichtarbeit wurden die übrigen Forderungen mehrheitlich ohne Gegenstimme beschlossen. Das gewerkschaftliche Maikomitee wurde aufgefordert, diese Forderungen am 1. Mai zu übernehmen, und die Transparente dafür zu erstellen. Abgelehnt wurde der Vorschlag, die Transparente selbst zu machen.

Die Vertrauensleutesitzung war ein Schritt voran, weil die aufgestellten Forderungen gut geeignet sind zum Zusammenschluß der Arbeiter.

Sie ziehen der Ausbeutung Grenzen und wirken den Spaltungsmanövern der Sozialdemokraten entgegen. Die Gewerkschaftsführung wird versuchen, diesen Fortschritt zunichte zu machen, um die Forderungen vom Tisch zu bringen. Schon jetzt sticheln einige Sozialdemokraten im Betrieb herum: „Am 1. Mai laufen wir nicht unter KBW-Forderungen!“ und wiegeln mit dem Gerede, die Forderungen seien vielleicht nicht schlecht, aber in den nächsten zehn Jahren nicht durchzusetzen.

Mit diesen Manövern werden sie keinen Erfolg haben. Die Forderungen entsprechen den Interessen der Arbeiterklasse. Die Zelle mobilisiert dafür, am 1. Mai für diese Forderungen zu demonstrieren. – (Zelle Zeiss Göttingen.)

„Streikbrecher bekommen die Schaufel ins Kreuz“

Bericht aus einem Baukleinbetrieb

Osnabrück. Wir sind in dem Kleinbetrieb, wo ich arbeite, ungefähr 25 Mann. Ein Teil arbeitet auf der einzigen Baustelle der Firma, der Rest ist auf Flick unterwegs, d.h. hier mal einen Fensteranschlag mauern, dort mal eine Tür einputzen, hier eine Gartenmauer hochziehen, usw. Die Produktion stagniert, das sieht man einerseits an der Flickarbeit, andererseits auch daran, daß auf der Baustelle „zu viele“ arbeiten. Der Kapitalist hofft auf bessere Zeiten und will seine Stammannschaft behalten. Im Sommer hat er bis auf diese alle übrigen entlassen.

Insgesamt hat sich der Druck auf uns verschärft. Der Konkurrenzkampf unter den Kapitalisten wird voll auf uns abgewälzt. Die Bauten müssen schneller hochgezogen werden, der Kapitalist, der es am schnellsten kann, wird Sieger im Konkurrenzkampf, den Sieg sollen wir ihm verschaffen. Für uns bedeutet das schleichende Lohnkürzung und Verlängerung der Arbeitszeit. Dies insbesondere bei denen, die auf Flick gehen müssen. Die Flickarbeiten werden in der ganzen Stadt durchgeführt, die Anfahrt dorthin müssen die Arbeiter bezahlen, ebenso wird dadurch die Arbeitszeit ausgedehnt. Ich muß um 7 Uhr anfangen, stehe aber schon um 5.30 Uhr auf. Auf das Frühstück verzichte ich schon, damit ich nicht noch früher aufstehen muß. Dann gehe ich eine Stunde zu Fuß zur Baustelle. Wenn ich mit dem Bus fahren sollte, müßte ich noch früher aufstehen, weil die Verbindungen miserabel sind. Jetzt hat der Chef angekündigt, wir müßten nach Bad Rothenfelde auf eine Baustelle, der Polier sollte uns mit seinem Privatauto dorthin mitnehmen. Bad Rothenfelde liegt 20 km von Osnabrück, ein Teil der Benzinkosten hätte der Polier aufgebürdet bekommen, weil 18 Pfennig pro Kilometer, die er vom Kapitalisten dafür bekommt, nicht ausreichen. Geschweige, daß ihm der Verschleiß des Autos, etc. bezahlt würde. Er hat also abgelehnt, der Kapitalist soll zusehen, wie der die Mannschaft dort hinbekommt. Wieder wurde in diesem Zusammenhang von den Bauarbeitern diskutiert, daß die Anfahrts- und Abfahrtszeiten voll in der Arbeitszeit drin sein müssen. Eine andere Methode, den Lohn zu kürzen, ist, bei Schlechtwetter einige Zeit früher aufzuhören, die Stunden aber nicht abzuschreiben, was faktisch Kurzarbeit ohne Lohnausgleich bedeutet.



Mit Streiks treten die Bauarbeiter dem 6,1 %-Schlichtungsvorschlag entgegen. Am 19. April streikten 1 000 Bauarbeiter in Hamburg und Umgebung. Am 21. April wurde im Kieler Umland gestreikt. Auf einigen Baustellen dauerten die Warnstreiks bis zu zwei Stunden, so beim Neubau des Postamts Raisdorf/Holstein. Unser Bild zeigt Streikende in Norderstedt.
In Hannover führen die Arbeiter auf den Baustellen von Montag bis Freitag Protestkundgebungen gegen den Schlichtungsvorschlag und für die Durchführung der Urabstimmung durch. Die Arbeiter verlangen, daß der Vorstand der IG Bau, Steine, Erden-Hannover auf diesen Kundgebungen erscheint und dies vor Ablauf des alten Tarifvertrags, und der „Friedenspflicht“ am 30.4. Ausgehend von den Kampfaktionen muß jetzt die Tarifkommission mit der Aufstellung der notwendigen Forderung von 170 DM beauftragt werden.

Ein weiterer Lohnraubabschluß würde die Bauarbeiter noch mehr in Richtung Existenzminimum drücken. Das wird von den Arbeitern gesehen und es gab einige Auseinandersetzungen um die Frage, ob man streiken muß, damit man einen ausreichenden Lohn bekommt. Die Belegschaft ist noch gespalten. Die Gewerkschafter sind sich einig in der Frage. Einer sagte: „Streikbrecher bekommen die Schaufel ins Kreuz.“ Die Unorganisierten konnten bis jetzt noch nicht von der Notwendigkeit des Streiks überzeugt werden. Die Kampfbereitschaft eines Teils der Belegschaft ist jedoch da und, wie man an der Haltung zu den Streikbrechern sieht, sind sie ziemlich entschlossen. Die Bedingungen für den Lohnkampf auch in einem Kleinbetrieb sind günstig. Die Konkurrenz der Kapitalisten untereinander kann ausgenutzt werden, wie in unserem Fall die Tatsache, daß der Kapitalist nicht wagt, die Stammannschaft zu entlassen, und ihnen 20 Pfennig Leistungszulage zahlt. Die Spaltung muß jedoch aufgehoben werden, das geht aber nur, wenn über die Höhe und die Form der Lohnerhöhung Einheit hergestellt wird. Das geht nur, wenn ein Festgeldbetrag von 1 DM in der Stunde gefordert wird und die Forderung des Hauptvorstandes gestürzt wird. – (Bezirk Osnabrück Emsland)

Vetters imperialistischer Propagandafeldzug

Der DGB-Vorsitzende Vetter hat eine Betriebsbesichtigung der Kernkraftwerks-Union Mülheim benutzt, um sich für das imperialistische Kernenergieprogramm auszusprechen. „Es gebe die vielfache Erfahrung, daß sich hinter Bürgerinitiativen gutbetuchte Bürger verstecken, die zur Verteidigung ihrer privaten Idylle angetreten sind.“

Das ist lächerlich. Mag sein, daß es ein paar „gutbetuchte Bürger“ gibt, die gegen Kernkraftwerke sind. Die Bewegung wird jedoch von Arbeitern und Bauern getragen. Das sieht man.

Und man sieht auch: Das Energieprogramm ist das Programm der Kapitalisten. Sie betreiben es, ihnen dient es. Die „gutbetuchten Bürger“ braucht Vetter nicht hinter den Bürgerinitiativen zu suchen. Hinter dem Energieprogramm sind sie zu finden. Es dient dem Profit der Kapitalisten, der Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiter, der Ausplünderung der Volksmassen, der Vernichtung der Existenz der Bauern, der imperialistischen Expansion auf dem Weltmarkt.

Vetter sagt, daß die Gewerkschaften „ein Gegner all jener Bürgerinitiativen seien, die sich zur höchsten Autorität in allen Lebensfragen machen wollten“. Tatsächlich werden mit dem imperialistischen Kernenergieprogramm alle Lebensfragen der Volksmassen angegriffen. Ihre Interessen sind die höchste Autorität. Wer sonst?

Vetter weiß das. Um die Arbeiter, die Gewerkschaften gegen die Massenbewegung aufzubringen, zu spalten, führt er seinen Angriff auf Umwegen. Er traut sich das, weil in der Massenbewegung gegen das imperialistische Kernenergieprogramm Kräfte am Werk sind, die Kernkraftwerke – große Produktionsanlagen, von vielen Arbeitern gemeinsam geschaffen – „überhaupt“ angreifen, die die Nutzung der Kernenergie im Produktionsprozeß „an sich“ angreifen. Sie machen es ihm leicht, vom Kampf zur Verteidigung „privater Idylle“ zu reden. „Überhaupt“ und „an sich“ gibt es in einer Klassengesellschaft aber nicht.

Vetter hat diese Rede bei der Kernkraftwerks-Union zu Mülheim gehalten. In dieser Fabrik produzieren Hunderte von Arbeitern Kernkraftwerke. Er sagt: Vor die Alternative „private Idylle oder gesellschaftliche Produktion“ gestellt, sollte die Entscheidung nicht schwer fallen.

Vetter will vom Klassencharakter des Kernenergieprogramms ablenken. Er will von den Produktionsverhältnissen, unter denen die Arbeiter Kernkraftwerke wie auch Strom produzieren, ablenken. Die aber sind durch das private Eigentum der Kapitalisten an den Produktionsmitteln und die Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten bestimmt.

Hat Vetter die Alternative erst mal so gestellt, kann er auch fortfahren: „Es ist Aufgabe des Staates, das Gemeinwohl auch gegen private Bürgerinitiativen durchzusetzen.“ Offensichtlich gibt es das Gemeinwohl nicht, sondern das Profitgeschäft einer Handvoll Kapitalisten, die mit dem Kernenergieprogramm einen großen Raubzug gegen die Volksmassen und einen Eroberungskrieg auf dem Weltmarkt führen wollen. Dazu setzen sie ihren imperialistischen Gewaltapparat ein.

Vetter verteidigt unter der Flagge der Kritik am Privaten das Kapital. Dabei beruft er sich auf den gesellschaftlichen Charakter der Produktion, die dem Kapital unterworfen ist. Profit muß sein und Kernkraftwerke müssen sein, wenn sie Profite versprechen, das ist Vetters Rede. Auch eine Idylle, eine imperialistische Idylle. Kernkraftwerke, Kernenergie sind so lang ein Abenteuer und ein Risiko für Mensch und Natur, solang die gesellschaftliche Produktion dem Kapital, solang die erste Produktivkraft, die Arbeiterklasse, der Ausbeutung unterworfen bleibt.

Daraus folgt nicht die Feindschaft zur gesellschaftlichen Produktion und zur industriellen Großproduktion, der Wunsch nach privater Idylle. So hätte Vetter das gerne. Die Arbeiterklasse kann ihr Ziel in einem Satz zusammenfassen: Aufhebung des Privateigentums.

Osnabrück. Auf der Baustelle Stadthalle in Osnabrück war am letzten Freitag eine Baustellenversammlung, auf der Lewandowsky, Vorsitzender des Bezirksverbandes Bau, Steine, Erden, über die Tarifrunde und die Möglichkeit eines Streiks sprach. Am Ende seiner Rede ließ er eine Abstimmung über Streik durchführen, wobei sich die Anwesenden Bauarbeiter der Baustelle einstimmig für Streik aussprachen.

Bremen. Im Vertrauensleute-Arbeitskreis der Klöckner-Hütte Bremen waren eine Reihe von Forderungen von den Genossen der Betriebszelle und einigen Kollegen eingebracht worden, auf denen sich die Belegschaft der Hütte am 1. Mai hätte zusammenschließen können. Diese Forderungen waren unter anderen: 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, 1 500 DM Steuerfreibetrag, Verbot der Nacht- und Schichtarbeit, Weg mit dem Atomenergieprogramm der Bundesregierung! Das Ziel der Sozialdemokraten und der Revisionisten in der Vertrauenskörperleitung war es gewesen, Debatte und Verabschiedung der Forderungen zum 1. Mai auf den Vertrauenleutearbeitskreis zu beschränken, um die Belegschaft insgesamt aus der Vorbereitung des 1. Mai herauszuhalten. Das ist ihnen aber nicht gelungen. Sie mußten eine Vertrauensleutevollversammlung zwecks Beratung und Abstimmung der Forderungen durchführen. Um für Beratung und Abstimmung möglichst wenig Raum zu lassen, waren der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Grobecker und Arno Weinkauf von der IGM-Ortsverwaltung angereist. Die erzählten lange und ausschweifend, was sie alles für die Belegschaft tun wollten, um 90 % Ausgleich bei Kurzarbeit durchzusetzen. Mit ihrem Gerede erreichten sie, daß bis zum Mittag mehr als die Hälfte der 300 Vertrauensleute die Versammlung verließ. Am Nachmittag, als nur noch 50 bis 100 Kollegen anwesend waren, las die Vertrauenskörperleitung einen Teil der im Vertrauensleute-Arbeitskreis vorgeschlagenen Forderungen vor (Forderungen wie gegen das Atomenergieprogramm ließ sie gleich weg) und ließ en bloc abstimmen. Das Ergebnis war, daß keiner mehr so genau wußte, was eigentlich für Forderungen angenommen waren. Genau das hatte die Vertrauenskörperleitung bezweckt. Als nämlich ein paar Tage später die Forderungen auf die Transparente gemalt werden sollten, kam heraus, daß die Vertrauenskörperleitung im stillen Kämmerlein nochmals an den Forderungen herumgebogen hatte. Aus „35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich“ war geworden: „Kürzere Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich“, aus „1500 DM Steuerfreibetrag“ war geworden: „Kein weiteres Anziehen der Steuerschraube“.

Emden. Am Dienstag haben in Emden über 4 000 Arbeiter von den Werften Thyssen Nordseewerke, Schulte & Bruns und Cassens zweieinhalb Stunden gestreikt und sind durch die Stadt zum Gewerkschaftshaus gezogen. Als der Zug der Thyssenarbeiter auf die Züge der kleineren Werften Schulte & Bruns und Cassens stieß, wurde er mit großem Beifall empfangen. Die Transparente, die mitgetragen wurden, richteten sich in der Mehrzahl gegen die Politik der Landesregierung. Ein Transparent „Keine Entlassungen bei den Thyssen-Nordseewerken! Siebenstundentag!“ wurde nach harten Auseinandersetzungen von sozialdemokratischen Ordnern zertrümmert. Aber dies konnte eine breite Debatte über die Forderung nicht verhindern. „Wenn das Transparent nicht mitkommt, drehen wir mit dem ganzen Trupp wieder um“, meinte ein Vertreter der Arbeiter einer der kleineren Werften.

Vom Gewerkschaftshaus aus sprachen der Betriebsratsvorsitzende der Thyssen Nordseewerke Gehlfuß, der IGM-Bevollmächtigte Wildfang und das Landtagsmitglied Bruns. Der Tenor ihrer Reden: Die Landesregierung ist schuld, mehr Subventionen müssen her, dann geht es Arbeitern und Kapitalisten besser. Schuld an der Krise seien Japaner und Koreaner, gegen die die Deutschen auftrumpfen müßten. „Wir brauchen die Reederhilfe, damit endlich wieder deutsche Schiffe auf deutschen Werften gebaut werden.“

Mit Sozialchauvinismus versuchen die Sozialdemokraten, die Empörung der Arbeiter über die Verödung der Region für imperialistische Kriegsvorbereitung zu nutzen. Dafür haben die Arbeiter nicht gestreikt. Sie sind auf die Straße gegangen, weil sie gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch die Kapitalisten sind.

Auf der **Vertrauensleute-Vollversammlung bei Ratio/Kassel am 22. April** hat ein Arbeiter über den Kampf der Soldaten in der Fritzlarer Georg-Friedrichs-Kaserne für gewerkschaftliche und politische Freiheiten berichtet und begründete die Forderung: Lohnfortzahlung in der Armee. Anhand eines Beispiels wurde die elende materielle Lage der Soldaten aufgezeigt. Die Vertrauensleute beschlossen einstimmig, einen scharfen Brief an den Kommandeur zu schicken, in dem aufgefordert wird: Schluß mit den Disziplinierungsmaßnahmen gegen den Soldaten Baumann! Für gewerkschaftliche und politische Freiheiten in der Armee! Lohnfortzahlung! Eine Solidaritätserklärung an die Soldaten der 11/2 und der 4/53 wurde verabschiedet.

Habra Darmstadt, Streik gegen Streikbruch

Am Montag, den 25.4.1977 haben die Arbeiter des Darmstädter Druckbetriebes Habra acht Stunden lang gestreikt, um sich nicht als Streikbrecher gegen den Kampf der dänischen Druckarbeiter einsetzen zu lassen.

Bei Habra sollen fünf Ausgaben einer dänischen Sonntagszeitung für den Berlingske Konzern gedruckt werden. Der Berlingske Konzern hat 1 000 Drucker und Setzer im Verlauf eines großen Lohnkampfes fristlos auf die Straße gesetzt.

Die Kapitalisten sind Blutsauger und bringen zusammen mit ihrer großen Schar von Antreibern sonst nichts zu stande. Am Sonntag haben sie versucht, bei Berlingske die Notausgabe einer Tageszeitung herauszubringen. Hunderte haben versucht, durch Blockade die Herausgabe der Zeitung zu verhindern, wobei es zu harten Kämpfen mit der Polizei kam, die – nach Angabe des Südwestfunks – erst abgebrochen wurden, nachdem die Verlagsleitung die Nichtherausgabe der Zeitung zugesichert hatte.

Der Kapitalist versucht hartnäckig, seine Aufträge bei deutschen Kapitalisten drucken zu lassen. Zahlreiche Vertrauensleutekörper haben den Arbeitern des Berlingske Konzerns ihre Solidarität zugesichert und erklärt: „Wir werden unsere Kolleginnen und Kollegen dazu aufrufen, euch in eurem Kampf nicht in den Rücken zu fallen, und es abzulehnen solche Streikbrecherarbeit zu machen", so in einem Beschluß der Vertrauensleute vom Axel-Springer-Verlag.

In Darmstadt wurde letzte Woche bekannt, daß Berlingske bei Habra drucken lassen will, die erste Nummer war bereits am 20.4. fertiggestellt worden. Als am Montag in der Spätschicht die zweite Nummer gedruckt werden sollte, wurde die Arbeit niedergelegt, die Maschinen standen von 14.30 bis 22 Uhr still.

Der Kapitalist hat sich von seinem Verband ein Rechtsgutachten per Telex rüberkabeln lassen, das herausgefunden hat, das „grenzüberschreitende Solidaritätsmaßnahmen grundsätzlich unzulässig" seien.

Die Solidarität der Arbeiter kennt keine nationalen Grenzen, haben die Arbeiter gesagt. Was die Kapitalisten für unzulässig halten, halten wir für unsere Pflicht im gemeinsamen Arbeiterinteresse.

Um 22 Uhr hat Opp, einer der Besitzer des Betriebes erklärt, wenn die Maschinen nicht in zehn Minuten laufen, sind morgen früh alle fristlos entlassen. Nur dadurch ist es ihm zunächst gelungen, den Abbruch des Streiks und die Fertigstellung der Nummer zu erzwingen. Die Arbeiter zu beugen, ist ihm nicht gelungen. Die Vertrauenskörperleitung hat darauf-
beiter zu beugen, ist ihm nicht gelungen. Die Vertrauenskörperleitung hat darauf-
hin beschlossen, durch alle Abteilungen zu gehen, und die Arbeiter aufzufordern, die nächsten Nummern der Sonntagszeitung nicht zu drucken. Besprochen wurde, die LKWs, die die Zeitung an die Grenze bringen sollen, auf dem ganzen Weg von Druckarbeitern zu begleiten, in der Absicht, eine Auslieferung dieser Nummer zu verhindern. – (n, Bezirksverband Darmstadt/Mi-Red)

Osnabrück. Die Schriftsetzer-Oberstufenklasse des Berufsschulzentrums Natruper Straße solidarisiert sich mit den streikenden Druckarbeitern in Dänemark. Sie hält den Streik für ein richtiges Mittel, um gegen die Rationalisierung und für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Sie verurteilen das Vorgehen der Polizei, die mit Gewalt eine Notausgabe ermöglichen wollte. Sie finden es richtig, daß die dänischen Arbeiter dies zu verhindern versucht haben.

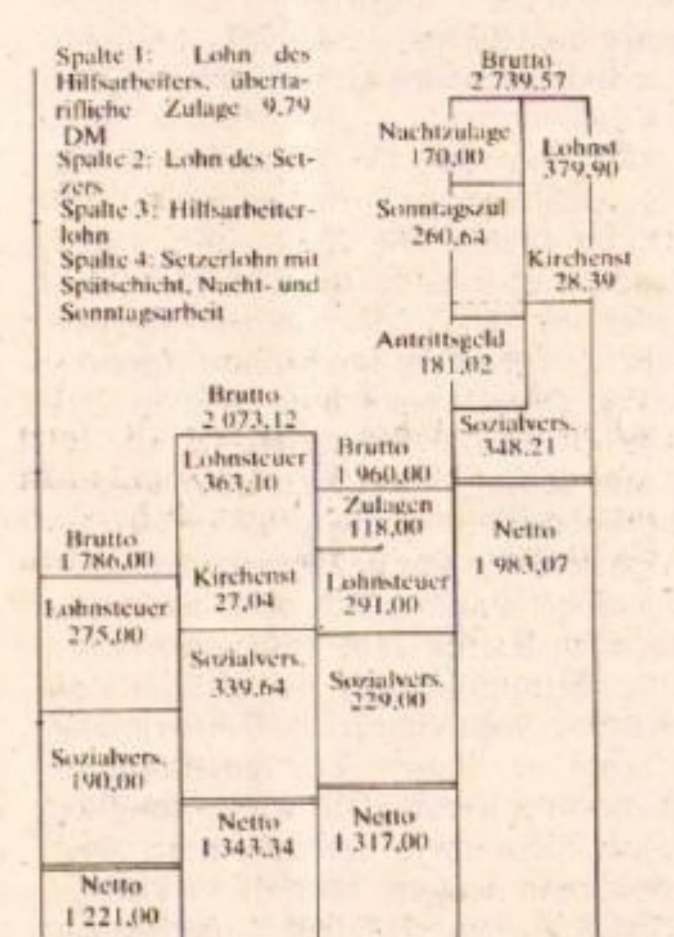
Westberlin. Der Kampf der Spinnearbeiter wird entschieden fortgesetzt. Die Arbeiter der Westberliner Spinnstoffabrik Zehlendorf vertrauen nicht auf Briefe der regierenden Parteien im Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze, sondern stärken ihre Einheit im Kampf gegen die Kapitalisten. So haben sie letzten Dienstag, als der Aufsichtsrat auf dem Gelände der „Spinne" tagte, die Arbeit niedergelegt und sind zum Gebäude gezogen, in dem er tagte. Sie haben ihre Forderungen: Keine Entlassungen bei der „Spinne", bekräftigt. Am Donnerstag tagte der Gesamtbetriebsrat des Hoechstkonzerns. Arbeiter und Angestellte der Spinnstofffabrik begleiteten ihren Betriebsrat nach Frankfurt und bauten vor der Halle, wo die Hoechstarbeiter essen, einen Stand auf, mit dem sie über ihre Lage informierten. Das fand breite Zustimmung. In dieser Lage mußte der Gesamtbetriebsrat die Entlassungen ablehnen. Der Betriebsrat und die Vertrauenskörperleitung der Spinnstoffabrik haben die IG Chemie aufgefordert, am 1. Mai eine Demonstration mit anschließender Kundgebung vor der „Spinne" zu machen. Dies ist ein großer Schritt für Betriebsrat und Vertrauensleutekörper. Die Forderung hat große Unterstützung gefunden. Damit wird sich die Einheit der Chemiearbeiter der ganzen Branche festigen. Die Unterstützung aller Arbeiter und Angestellten Westberlins ist den Spinnearbeitern sicher. Die Sozialdemokraten wollen den Kampf verhindern. Der erste Vorsitzende der IG Chemie Westberlin, Koliesch, hat auf der Betriebsversammlung bei Schering herausgelassen, was sie vorhaben. „Kollegen, unterschreibt draußen die Kondolenzlisten." Die Spinnearbeiter und alle Arbeiter werden den Sozialdemokraten einen Strich durch die Rechnung machen. Sie werden den Streik vorbereiten.

Steuerfalle bei Sonntags-, Nacht- und Schichtarbeit in der Druckindustrie

Zugrundegelegt wurde dieser Tabelle der Lohn eines Setzers und eines Hilfarbeiters in Steuerklasse IV mit einem Kind. Der Stundenlohn beim Setzer beträgt mit übertariflichen Zulagen, die sich die Arbeiter im Betrieb erkämpft haben, 12,34 DM. Das sind 2,17 DM über dem Facharbeitereck-lohn. Der Hilfsarbeiter bekommt 9,79, das sind 1,35 DM über Tarif. Abgesichert sind diese Übertarife nicht. Einmal können die Übertarife jederzeit gestrichen werden, zum anderen dienen sie der Spaltung unter den Arbeitern, da es Praxis ist, dem einen mehr, dem anderen weniger zu geben.

Klar wird an dieser Tabelle, daß der reine Tariflohn nicht ausreicht zum Leben. Auch mit den betrieblichen Zulagen reicht er nicht aus, um eine Familie zu ernähren, zu kleiden, die Miete zu tragen usw.

Also müssen Schichten gemacht werden. Der Setzer arbeitet drei Wochen lang Spätschicht und muß jeden Sonntag arbeiten. Der Hilfsarbeiter arbeitet Wechselschicht, wobei die Frühschicht um 5 Uhr beginnt und die Nachtschicht bis 1 Uhr geht, auch in



den Sonntag hinein. Familienleben gibts nicht mehr, schon gar nicht, wenn auch die Frau gezwungen ist, mitzuarbeiten. Der Lohn der Frau geht dann zum größten Teil wieder für den Kindergarten drauf, denn das Kind muß ja auch versorgt werden.

Klar wird an dieser Tabelle auch, daß der Staat in der Ausplünderung der Steuern und Versicherungsbeiträge an Brutalität den Kapitalisten in nichts nachsteht bei deren Ausbeutung der Arbeiter. Je mehr der Arbeiter arbeitet, um sich von den Schulden zu befreien und einen erträglichen Lebensstandart zu erreichen, desto mehr reißt der bürgerliche Staat ihm aus der Tasche.

Zahlt der Setzer bei 9,54 DM (Tariflohn) die Stunde 31,5 % an Steuern und Sozialversicherungen, so muß er bei 12,34 DM schon 35,5 % blechen, der Hilfsarbeiter zahlt in Normalschicht 31,6 %, bei Wechselschicht und Nachtarbeit 32,0 %.

Die Zuschläge für Nacht- Spät- und Sonntagsarbeit sind steuerfrei – aber nur dann, wenn der Arbeiter tatsächlich gearbeitet hat. Ist der Arbeiter krank, wird dieser Betrag ebenfalls versteuert. So verdient der Staat dann an der Krankheit und schafft dem Kapitalisten die Mittel, den Arbeiter rasch wieder an die Arbeit zu treiben.

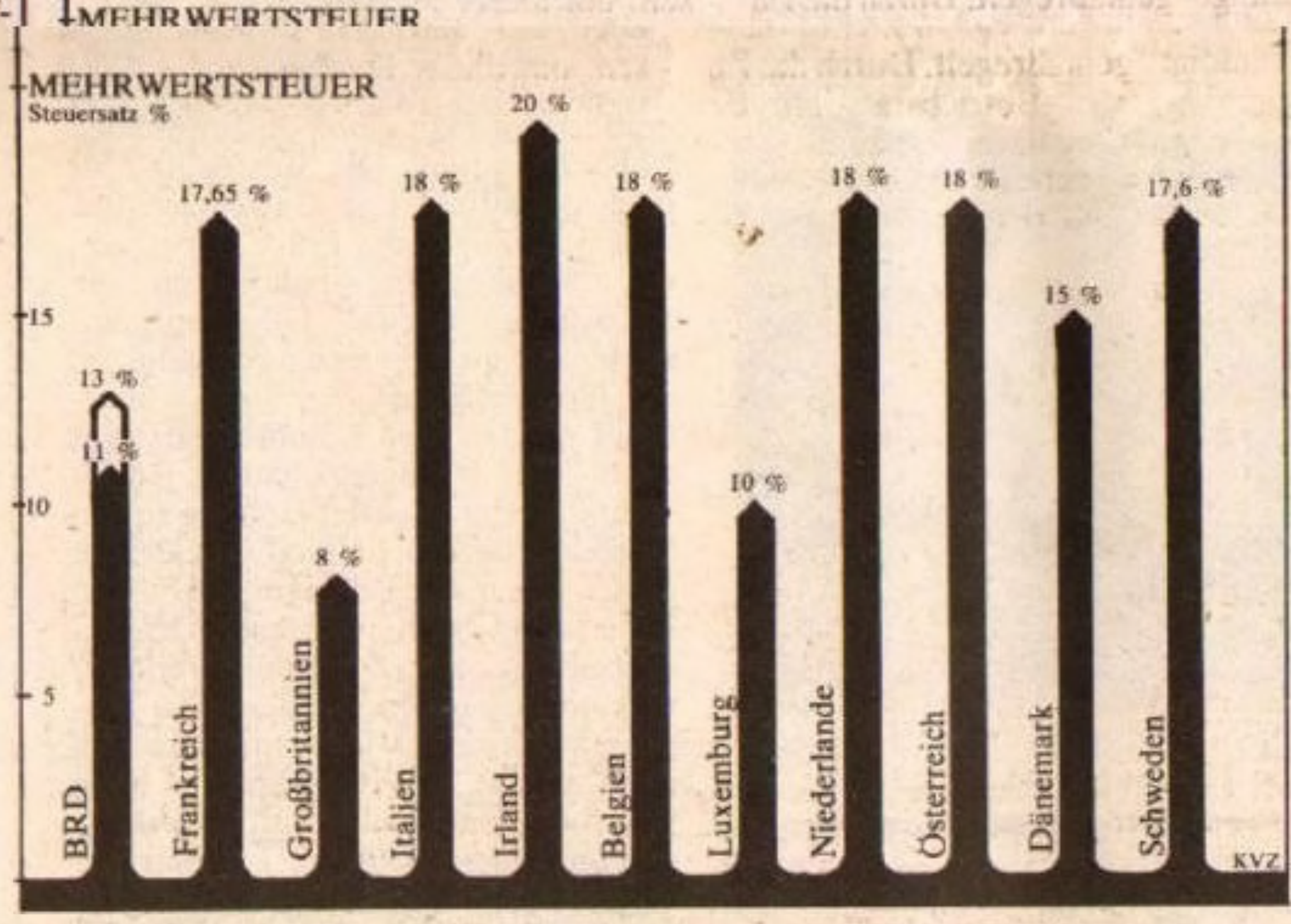
Hinzu kommen noch die indirekten Steuern, wie Tabak- und Branntweinsteuer und die Mehrwertsteuer. Das ist in der Tabelle nicht berücksichtigt, muß aber in die Überlegungen mit einbezogen werden, wenn man den vollen Umfang staatlicher Ausplünderung erfassen will.

Die Schichtarbeit muß abgeschafft werden, der Arbeiter muß vom Lohn, den er für den Normalarbeitstag erhält, leben können. Das geht nicht, wenn der Staat und die Versicherungen ihn plündern. Der Lohnkampf ist notwendig. Genauso nötig ist es, für einen Steuerfreibetrag zu kämpfen von 1 500 DM, wenn nicht jede Mark mehr des Arbeiters zur Bereicherung des kapitalistischen Staates führen soll, und der Arbeiter gezwungen ist, seine Lebenszeit in Arbeitszeit für die Kapitalisten zu verwandeln. damit der Lohn zum Leben reicht. – Auer/Bauer Zelle, Bezirk Hamburg/Unterelbe)

Mehrwertsteuer-Harmonisierung in Westeuropa

Die Mehrwertsteuer ist bei den Kapitalisten beliebt, weil sie eine „unsichtbare" oder indirekte Steuer ist. Zahlt man 60 DM für ein paar Schuhe, so kassiert der Händler darin knappe 6 DM an Mehrwertsteuer mit. Er liefert diese Steuereinnahmen an seinen Staatsapparat ab, vorher zieht er aber den Betrag als „Vorsteuer" ab, den er selbst als Mehrwertsteuer bei seinen eigenen Einkäufen hat zahlen müssen. So bleiben die Investitionen, Halbfabrikate etc. der Kapitalisten steuerfrei. Der Arbeiter aber sieht es gar nicht, wenn er über den Ladentisch die Mehrwertsteuer gleich mit zahlt. 58,5 Milliarden DM haben die Kapitalisten vergangenes Jahr mit dieser Steuer eingenommen. Der SPD/FDP-Regierung ist das nicht genug. Sie will noch mehr aus der indirekten Steuer holen, ab 1.1.1977 statt 11 % sodann 13 %. Schon aus Gründen der europäischen Steuerharmonisierung sei das notwendig. Die Plünderungsinstrumente der westeuropäischen Bourgeois sind noch ziemlich verschieden. In Großbritannien z.B. ist die Mehrwertsteuer etwas niedriger, dafür die Lohnsteuer besonders hoch. Ähnlich in Westdeutschland. Es läßt sich da noch einiges „harmonisieren" im europäischen Räuberkonzert.

MEHRWERTSTEUER





Salzgitter. 300 Mitglieder der Gewerkschaft HBV aus allen Teilen Niedersachsens kamen am 24.4. zur „Landesfachtagung Einzelhandel" nach Salzgitter. Die Sozialdemokraten wollten auf der Veranstaltung einen „Kompromißabschluß" wie bei den Banken um 6,5 % vorbereiten. Dazu versuchten sie, die Auseinandersetzung um die richtige Forderung zu unterdrücken. Junge Gewerkschafter aus Osnabrück ließen sie ein Transparent für 170 DM nicht in den Saal mitneh-
dersetzung um die richtige Forderung zu unterdrücken. Junge Gewerkschafter aus Osnabrück ließen sie ein Transparent für 170 DM nicht in den Saal mitneh-
men, gegen einen Agitationsstand des KBW vor dem Versammlungsort riefen sie die Polizei. Es half nichts. Kaum war HBV-Landesleiter Steinborn mit seiner Rede am Ende, ging die Debatte um eine Forderung, auf der Einheit zum Kampf möglich ist, los. Die Mehrzahl der Diskussionsredner trat gegen die Forderung der Sozialdemokraten und für 170 DM ein. Etwa ein Drittel der Anwesenden unterstützte die Redner mit Beifall. Trotzdem konnten die Sozialdemokraten eine Abstimmung über den entsprechenden Antrag verhindern. Gegen die Festgeldforderung beschworen sie die „Einheit" der Gewerkschaft auf der nun einmal beschlossenen Forderung. Als ob es Einheit geben könnte für eine Forderung, unter der gemeinsamer Kampf unmöglich ist, weil sie spaltet und der weiteren Verelendung Raum gibt. Wie stark die Bewegung für Festgeld im Handel ist, zeigt die Tatsache, daß die Sozialdemokraten gegen die 170 DM-Forderung ihre ursprünglich aufgestellte Mindestforderung von 120 DM hochhielten, von der sie erklärtermaßen in den Verhandlungen längst heruntergegangen sind. Am 28.4. soll neu verhandelt werden. Die Sozialdemokraten wollen abschließen: Gleich für den nächsten Tag haben sie die Tarifkommission einberufen. Unser Bild zeigt Gewerkschafter aus Bremerhaven und Oldenburg beim Eintreffen in Salzgitter. Nur mit Streik für 170 DM kann die Herabdrückung noch größerer Teile der Lohnabhängigen ins nackte Elend verhindert werden.

„Individuelle Rentenberechnung" 531 DM Rente nach über 40 Jahren Arbeit

„So schlecht kann es ja eigentlich nicht sein mit den Rentnern in Deutschland, nicht?", höhnte Schmidt kürzlich in seiner Rede bei Blohm & Voss. Die Bourgeois klatschten Beifall, die Arbeiter pfiffen. Die Bourgeoisfrau Buback zum Beispiel hat ihr Leben lang keinen Finger gerührt und bekommt für den Tod ihres Mannes, nach „Bild"-Zeitung vom 12.4., 3 400 DM Pension. Frau F., die ihr Leben lang, seit 1930, als Textilarbeiterin gearbeitet hat und seit 1974 in Rente ist, bekommt 531,78 DM. Frau Buback bekommt soviel wie die Unterdrückungstätigkeit des Bundesstaatsanwaltes der Bourgeoisie auch nach seinem Tod noch wert ist, Frau F. bekommt fast nichts, weil sie sich für die Profitproduktion verbraucht hat und für die Kapitalisten nur noch als jemand zählt, der den „Rentnerberg" vergrößert und deshalb durch Aushungern beiseitegeschafft werden soll.

Damit die Rentenversicherung, in die die Lohnabhängigen ihr Leben lang einzahlen, durch möglichst wenig Rentner möglichst kurz nur „belastet" wird, haben die Bourgeois die Rentenformel ersonnen, nach der sie die Rente der Lohnabhängigen berechnen. „Ansatzpunkt zur individuellen Berechnung ist die vom Versicherten erbrachte Leistung."

Individuelle Berechnung! Die Spaltung der Arbeiter durch das Lohnsystem wird auf die Rentenauszahlung übertragen. Im einzelnen lauten die Faktoren zur Rentenberechnung:

Durchschnittlicher Prozentsatz des eigenen Lohns vom Durchschnittslohn
mal
allgemeine Bemessungsgrundlage
mal
Zahl der anrechnungsfähigen Versicherungsjahre
mal
Steigerungsfaktor entsprechend der Rentenart, bei Altersrenten 1,5.

Frau F. hat, bevor sie in Rente ging, 6,80 DM die Stunde verdient, 14 116,80 DM im Jahr. Ein Hungerlohn nach 45 Jahren Arbeit und 69,3 % vom Durchschnittslohn der Versicherten, der 1974 20 381 DM betragen hat. Über die Versicherungsjahre hinweg, und das zählt, liegt ihr Durchschnittslohn um einiges niedriger, bei 64 %. Sie hat keine Ausbildung machen können, war immer in den untersten Lohngruppen eingestuft und mußte zudem noch in den ersten Jahren, weil sie schon mit 15 zu arbeiten begonnen hat, eine Lohnkürzung durch Altersabschlag hinnehmen. Weil der Lohn ins Verhältnis zum Durchschnittslohn der Arbeiter und Angestellten gesetzt wird, bezahlt sie heute ihren lebenslang niedrigen Lohn mit einer niedrigen Rente.

Dieser erste Faktor soll der Rente den „individuellen Anstrich" geben. Der zweite, die allgemeine Bemessungsgrundlage, wird allgemein festgelegt. Es sind die durchschnittlichen Löhne des dreijährigen Zeitraums, der *vor* dem Kalenderjahr liegt, das dem Jahr vorausgeht, in dem der Versicherungsfall eintritt. Für Frau F.s Rentenberechnung liegen die Durchschnittslöhne 1970, 71 und 72 bei 14 869 DM, gegenüber dem 74er Durchschnittslohn von 20 381 DM. Das Heranziehen früherer Löhne hat keinen anderen Zweck, als die Renten zu drücken.

Mit zahlreichen Gemeinheiten streicht die Bourgeoisie die „anrechnungsfähigen Versicherungsjahre" zusammen.

1932 und 33 war Frau F. infolge der Weltwirtschaftskrise insgesamt 23 Monate arbeitslos – Ausfallzeit. Unter dem Faschismus haben die Imperialisten sie, wie die meisten kinderlosen Arbeiterinnen, die nicht in der Rüstungsproduktion arbeiteten, gezwungen, fünf Jahre in der Landwirtschaft zu arbeiten, steuer- und versicherungsfrei. Diese Jahre der Zwangsarbeit fehlen ihr heute bei den „anrechnungsfähigen Versicherungsjahren". 1947 bekam Frau F. ein Kind. Sie wollte aufhören zu arbeiten, denn sie war von der Zwangsarbeit gesundheitlich ziemlich angegriffen. Der Lohn ihres Mannes reichte vorn und hinten nicht, nach drei Jahren mußte sie weiterarbeiten, einen Kindergartenplatz für das Kind bekam sie nicht. Die drei Monate, in denen sie unter den Mutterschutz fiel, rechnet ihr der bürgerliche Staat als Ausfallzeit an, die restlichen 33 Monate fallen für die Berechnung ihrer Rente aus. Infolge der Plackerei im Akkordlohn – die Folgen der Nachkriegshungerjahre und der schweren Geburt wirken immer noch – wird sie 1953 für 6 Monate krank. Lohnfortzahlung bekommt sie nicht – und die 6 Monate werden ihr als Ausfallzeit berechnet. Kaum kann sie wieder arbeiten, wird sie erneut arbeitslos – 12 Monate Ausfallzeit –, weil der Betrieb pleite machte. In den letzten Jahren mußte Frau F., die ihr ganzes Leben schwer für den Reichtum der Kapitalisten gearbeitet hat, dreimal zur Kur: dreimal je 6 Wochen Ausfallzeiten.

Insgesamt hat Frau F. bis 1974 387,5 Monate lang Beiträge gezahlt. 48,5 Monate gelten als Ausfallzeit – es handelt sich um Zeiten, in denen Frau F. infolge der Planlosigkeit der kapitalistischen Produktion auf die Straße geworfen wurde, und um Zeiten, in denen ihre durch den imperialistischen Krieg und die Arbeitshetze zerrüttete Gesundheit ein Arbeiten unmöglich machte. Der bürgerliche Staat rühmt sich seiner „Großzügigkeit", diese „Ausfallzeiten" auf die Versicherungsjahre anzurechnen. –

Wieviel Schikane hat Frau F. ertragen müssen, wie oft hat sie zu den Behörden rennen müssen, bis sie die Ausfallzeiten bis auf den letzten Tag nachgewiesen hat. Ganz abgesehen davon, daß während der Ausfallzeiten der jeweils letztgezahlte Lohn ins Verhältnis zu den zumindest nominal steigenden Durchschnittslöhnen gesetzt wird, was dieses Verhältnis weiter verschlechtert und die Rente drückt.

So setzt sich schließlich Frau F.s Rente zusammen:

64 : 100 x 14 869,7 x 36,25 x 1,5 : 100 : 12 ist gleich 431,22 DM monatlich im Jahr 1974, dazu die zweimalige Rentenanpassung, heute also 531,78 DM.

Bevor sie diese Rente bekommt, muß sie allerlei über sich ergehen lassen, muß sie ihren Lohn genauestens nachweisen, ob sie nicht etwa zuviel angibt, ebenso die Ausfallzeiten, die ihr sonst nicht oder bis 1957 nur pauschal angerechnet werden. Von alledem wird Frau Buback nichts kennenlernen. – (Z-Red)

Sonderschichten, Kurzarbeit und Massenentlassungen für die „Konkurrenzfähigkeit“

Auf der Betriebsräteversammlung der sechs Volkswagenwerke in der BRD erklärte Preiß, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der IG Metall: „die Gewerkschaften setzen alles daran, um für die abhängig Beschäftigten die Angst vor dem Wechselbad der Sonderschichten und Kurzarbeit zu bannen. Er warnte die Kapitalisten vor der „Personalpolitik des Heuerns und Feuerns“ (Mitteilungsblatt des Gesamtbetriebsrates der VW AG). Diese Behauptung ist schon ziemlich kühn. Der sozialdemokratische Betriebsrat der VW AG mit dem IG Metall-Vorstandsmitglied Ehlers an der Spitze, hat bisher unter dem Hinweis des Kampfes gegen „Heuern und Feuern“ jeder Kurzarbeit, den Massenentlassungen, der Produktionsverlagerung in die USA und schließlich seit Ende August 1975 42 Sonderschichten zugestimmt.

Zugrunde liegt dieser Politik eine Weltanschauung, die davon ausgeht, daß die Arbeiter mit ihren Kapitalisten gemeinsame Interessen haben: Der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende des Wolfsburger Betriebsrates, Blank, wies im Sommer 1975 auf einer Betriebsversammlung die Forderung eines Genossen der KBW-Betriebszelle zurück, als dieser vom Betriebsrat die Aufhebung der ersten Sonderschicht nach den Massenentlassungen verlangte: „Natürlich haben wir ein Interesse an der Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens. Natürlich müssen wir um Absatzmärkte kämpfen. Schließlich hängt davon die Sicherheit unserer Arbeitsplätze ab.“ Auf der damaligen Betriebsversammlung erhielt er für diese Rede noch verhalten Beifall. Neueinstellungen, Sonderschichten, Kurzarbeit und Entlassungen werden von den Kapitalisten jedoch immer durchgeführt, um des Höchstprofits willen. Es ist die Aufgabe der Sozialdemokratie, sie als Sicherung der Arbeitsplätze zu verkaufen.

1973 äußerte sich die Krise in der Automobilindustrie bereits in einem deutlichen Rückgang der Absatzzahlen. Der damalige Vorstandsvorsitzende Leiding verlangte vom Betriebsrat trotzdem Neueinstellungen, da die Produktion auf das neue Modellprogramm umzustellen begann und für diese Umstellung mehr Arbeiter gebraucht wurden. Der Betriebsratsvorsitzende Ehlers erkärte dazu auf der Betriebsratskonferenz am 30.2.74: „Nach unserer Meinung kann der Spitzenbedarf des Betriebes wie in der Vergangenheit in eventuellen Sonderschichten abgefangen werden.“ „Der Gesamtbetriebsrat vertrete nach wie vor die Auffassung, daß in der Produktion äußerst kurz getreten werden sollte, um eine Vollbeschäftigung nicht zu verhindern.“ (Wir Metaller, Nachrichtenblatt der IGM).

Das Ergbnis dieser grandiosen „Arbeitsplatzsicherungspolitik“ läßt sich am besten daran ablesen, daß im Laufe des Jahres 74 die Belegschaft der VW AG von 110 000 auf 97 000 abgebaut wurde. Allerdings wies der Aktionärsbericht des VW-Vorstands 1973, im Jahr der Sonderschichten, einen „Überschuß“ von 330 Millionen DM gegenüber 1972 220 Millionen DM aus. In einem Brief an die Belegschaft rechtfertigt Siegfried Ehlers anläßlich der Betriebsratswahl im Frühjahr 75 die Kurzarbeit und die Entlassungen des vergangenen Jahres: „Ihr Arbeitsplatz muß erhalten bleiben.... Mit Kurzarbeit und freiwilligem Ausscheiden, mit Einstellstop und Reduzierung von Fremdaufträgen, mit der sozialen Altersregelung und anderen von den IGM-Betriebsratsmitgliedern durchgesetzten Maßnahmen haben wir Schritte in die richtige Richtung getan.“ Dazu muß man wissen, daß viele Arbeiter zu freiwilligen Ausscheiden erpreßt wurden, indem sie wegen Krankheit oder Zuspätkommen vor den Personalausschuß zitiert wurden. Der Brief von Ehlers lief auf Spaltung der Belegschaft hinaus, um Kampfmaßnahmen zu verhindern.

1975 schließlich stimmt der Betriebsrat von dem damals neuen Vorstandsvorsitzenden Schmücker verlangten 25 000 Entlassungen grundsätzlich zu, feilscht um das Ausmaß, und verlangt, daß im Werk Wolfsburg nur über Auflösungsverträge entlassen wird. Schmücker stimmt zu. Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist die Spaltung der VW-Belegschaft: Die Arbeiter von Audi NSU in Neckarsulm, in Salzgitter und Emden können zwar die Schließung der Werke verhindern, aber insgesamt werden 1975 18 330 Arbeiter und Angestellte entlassen. Bereits auf einer Bilanzpressekonferenz am 12. Mai 1975 konnte Schmücker den Erfolg der Entlassungen bekannt geben: „Der Rohertrag pro Beschäftigten sei um 28 % gestiegen.“

Im August 1975 bereits beantragt der VW-Vorstand 12 Sonderschichten. In der Belegschaft herrscht gewaltige Empörung. Der Betriebsrat kann nicht ohne weiteres zustimmen. Er vereinbart mit dem Vorstand zwecks Spaltung der Arbeiter einen Tag Sonderurlaub als Ausgleich für die Sonderschichten. Im Frühjahr 1976 verlangt Schmücker erneut 12 Sonderschichten. Es ginge nur darum, die Kunden zu halten. „Verdient wird nichts dadurch.“ Die Betriebszelle des KBW enthüllt in ihrer Betriebszeitung, daß die VW-Kapitalisten einen fetten Extraprofit mit den Sonderschichten machen. Es gibt heftigen Aufruhr unter den Arbeitern. Denn gerade hat Schmücker einen Lohnraubabschluß mit Hilfe der Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung gegen die VW-Arbeiter durchgesetzt. Die Ausdehnung der Arbeitszeit lohnt sich jetzt für ihn erst recht. Der Gesamtbetriebsrat lehnte zunächst ab, führte aber sofort Verhandlungen mit Schmücker: „Die Mindestforderung des Betriebsrates: Von den vier zwischen Weihnachten und Neujahr festgelegten Sonderschichten müssen zwei Tage (bei der ersten Sonderschicht ein Tag) in zusätzlich bezahlte Freizeit umgewandelt werden.“ Schmücker machte einen Gegenvorschlag: zehn Sonderschichten und dafür einen Tag Sonderurlaub, stimmt dann kurz danach zu. Das Spaltungsmanöver hatte gewirkt. Allerdings mußte Schmücker seit Anfang des Jahres Neueinstellungen in begrenzter Zahl vornehmen.

Der Betriebsratsvorsitzende erklärt in „Wir Metaller“: „Nachdem sich die verbesserte Lage stabilisiert hat, ist es besser jungen Leuten und Familienvätern, die bislang stempeln gehen, Arbeit zu geben, anstatt jeden Sonnabend Mehrarbeit zu leisten.“ Unter dem Vorwand, „jungen Leuten Arbeit zu geben“, gibt der Betriebsrat der Profitgier des Schinders Schmücker nach: Jugendliche unter 18 Jahren werden in der Produktion eingestellt. Dies ist nach dem neuen Jugendarbeitsschutzgesetz der sozialdemokratischen Regierung möglich geworden.

Als im Mai durch die Betriebszeitung des KBW bekannt wurde, daß Jugendliche ans Golf-Band gesteckt werden sollten, war die Empörung unter den VW-Arbeitern und den Vertrauensleuten der IGM groß. Sofort dementierte die SPD-Betriebsfraktion: Die Jugendlichen sollten gar nicht am Band arbeiten, auch nicht im Akkord, hieß es. Außerdem seien sie schon 17,5 Jahre, also fast 18. Jetzt konnte es sich der VW-Vorstand nicht mehr erlauben, die Jugendlichen am Band arbeiten zu lassen. Sie wurden aber in Schichtarbeit eingestellt. Nachdem der Modellversuch auf diese Weise „erfolgreich“ war, werden jetzt zusätzlich 60 bis 70 Jugendliche eingestellt, diesmal auch sechzehnjährige.

Neueinstellungen werden überhaupt nur als „Fluktuationsersatz“ vorgenommen, so daß die Belegschaftszahl nur unwesentlich steigt. Viele Arbeiter kündigen sofort wieder, oder werden in der Probezeit entlassen, weil sie die Arbeitsbedingungen nicht aushalten. 1976 ist die Belegschaftszahl um 5 % gestiegen, die Produktion um 17 % (Vorstandsbericht). Ergebnis für das VW-Kapital: 1 Milliarde mehr Profit 1976. Ende 1976 verlangt Schmücker erneut zwölf Sonderschichten für 1977. Eine Vertrauensleutesitzungsgruppe der IGM aus der Halle 12 fordert den Betriebsratsvorsitzenden auf, die Sonderschichten abzulehnen. Ehlers läßt den Vertrauensleuten mitteilen, daß „er sauer sei“, und erkärt in „Wir Metaller“: „Mit der Kombination von Neueinstellungen und Sonderschichten sind wir 1976 gut gefahren, und wir sehen keinen Anlaß, von dieser Marschroute abzugehen.“ Diese Marschroute der völligen Auspowerung der Arbeiter wird jetzt vornehm „Personalpolitik der mittleren Linie“ getauft und als Konzept zur Sicherung der Arbeitsplätze bei VW ausgegeben.

Allerdings finden sich die Arbeiter keineswegs mit den neuen Sonderschichten ab. Immer häufiger fehlen sie Samstags, und immmer häufiger werden sie dafür mit einem „fehlt unentschuldigt“ gemaßregelt. Durch die Zustimmung des Betriebsrats gilt der Samstag als regulärer Arbeitstag – die 40-Stundenwoche ist nicht mal das Papier wert, auf dem sie steht. In den Abteilungen gehen sie jetzt gemeinsam zum Betriebsrat und fordern ihn auf, eine Sonderregelung für die nächste Sonderschicht durchzusetzen. Einzelne Betriebsräte müsse sich beugen und die Sozialdemokratie wird dadurch zersetzt. Das ist gut, jedoch, um die Sonderschichten zu Fall zu bringen, ist mehr nötig.

Inzwischen bekommen Arbeiter, die erklären, daß sie grundsätzlich gegen die Sonderschichten sind, keine Sonderregelungen mehr. Es macht sich die Spaltung, die der letzte Lohnabschluß bewirkt hat, bemerkbar. Außerdem wird auf die Arbeiter, die Sonderschicht arbeiten müssen, über die, die nicht arbeiten müssen (das ist der größte Teil der Angestellten und Facharbeiter), ein starker moralischer Druck ausgeübt: Die zwei Tage Sonderurlaub als Ausgleich für die Sonderschichten bekommen nämlich alle, egal ob sie arbeiten müssen oder nicht.

Die Wirklichkeit hinter den großen Worten der Sozialdemokraten, die Gewerkschaften täten alles, um den Arbeitern die Angst vor dem Wechselbad der Kurzarbeit und Sonderschicht zu nehmen, ist die Spaltung der Arbeiterbewegung. Genauso wie der sozialdemokratische Betriebsrat heute erklärt, Sonderschichten sichern die Arbeitsplätze, wird er morgen wie 1974 behaupten, der Kurzarbeit müsse zugestimmt werden, um Entlassungen zu verhindern. Die Sonderschichten 1973 haben Kurzarbeit und Entlassungen 1974 und 1975 nicht verhindern können, wie sollten sie es in Zukunft?

Auf der letzten Betriebsversammlung haben die Sozialdemokraten verhindert, daß wir einen Antrag für den 7-Stundentag bei 35-Stundenwoche und vollem Lohnausgleich eingebracht haben. Letzten Sonntag ist auf einer Ortsteilmitgliederversammlung der IGM in Wolfsburg der gleiche Antrag eingebracht und einstimmig verabschiedet worden. Der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Blank und der 1. Bevollmächtigte der IGM Wolfsburg mußten zustimmen. Sie werden aber ganz sicher nichts unversucht lassen, um dieser Forderung der Arbeiterbewegung vom Tisch zu fegen. Die Arbeiterbewegung muß mit der Sozialdemokratie vollständig brechen. – (Betriebszelle VW Wolfsburg)



Bremen/Bremerhaven. Gegen die Expansion und Einmischung des BRD-Imperialismus in Spanien demonstrierten am 22.4. 500 Menschen in Bremen anläßlich des Besuches des spanischen Königs Juan Carlos. Aufgerufen hatte eine Aktionseinheit, gebildet von dem Komitee Republikanischer Spanier, der Deutsch-Spanischen Freundschaftsgesellschaft, dem KBW und seinen Masseorganisationen und einzelnen Schüler- und Studentenvertretungen.

„Drückeberger müssen gefaßt werden“

„Arbeitgeber sollen nach Ansicht von Bundesminister H. Ehrenberg arbeitsunwillige Arbeitslose offen dem Arbeitsamt melden“ (Handelsblatt, 13.4.). Drückebergern müsse das Arbeitslosengeld gesperrt werden, tönt Ehrenberg. Gegenwärtig läuft über die bürgerliche Presse eine Kampagne gegen die „faulen Arbeitslosen“. Bundesregierung, Kapitalistenverbände und Bundesanstalt für Arbeit hetzten gemeinsam gegen die „faulen Arbeitslosen“, die „schwer zu fassen sind“ (Süddeutsche Zeitung). „Immer wieder kursiert in der Öffentlichkeit das Bild vom Arbeitslosen, der in Wirklichkeit gar nicht arbeiten will“, so Stingl von der Bundesanstalt für Arbeit. „Natürlich gibt es den.“ „Wir können ihn sogar noch leichter fassen, wenn die Arbeitgeber uns in dieser Richtung mehr Hilfestellung leisten würden.“ Damit meint Stingl entsprechende Vermerke auf den Arbeitsamtskarten beim Vorstellen. Die Kapitalisten richten sich gerade darauf aus. Unter der Überschrift: „Schwarze Schafe bei den Arbeitslosen“ heißt es im „Handelsblatt“: „Die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) vertritt aufgrund des ihr von Firmen und Verbänden zugegangenen Materials die Meinung, daß ein hoher Prozentsatz der als arbeitslos registrierten Personen gar nicht bereit ist, sich in ein neues Arbeitsverhältnis vermitteln zu lassen. Die registrierte Arbeitslosigkeit ist zu einem erheblichen Teil unecht“.

Zweck dieser ganzen Kampagne ist, den Widerstand der Arbeiterklasse und des Teils, welcher von den Kapitalisten auf die Straße geworfen wurde, gegen die absolute Verelendung zu brechen, gleichzeitig ideologisch das Feld dafür zu schaffen, daß dieser Teil der Arbeiterklasse besser als Lohndrücker und Spaltungsinstrument eingesetzt werden kann zum Zwecke der rigoroseren Ausbeutung in den Fabriken. Was die Presse mit „Faulenzer“ meint, ist die Tatsache, daß sich immer mehr Arbeitslose gegen eine systematische Lohnsenkung durch Arbeitslosigkeit wehren, die das Lohnniveau der ganzen Klasse senkt. Das ist es auch, was den Kapitalistenverband so aufregt. „Vorbehalte gegen die Arbeitszeit, die Arbeitsbedingungen, den Anfahrtweg zur Arbeit und die Entlohnung“ ist vielfach der Grund von Widerstand gegen die Arbeitsvermittlung. Das heißt dann „Faulenzer“. Systematisch sollen durch diese Pressekampagne 1 Million Arbeitslose zu willigen Lohnsklaven und Lohndrückern erzogen werden. Dazu sollen die Teile der Arbeiterklasse, die in Arbeit sind, und die Volksmassen aufgehetzt werden. Die Pressekampagne ist dazu gegenwärtig ein Mittel.

Mittlerweile werden immer mehr Arbeitslose gezwungen, ihren Wohnort zu wechseln, weil sie sonst keinen Arbeitsplatz vermittelt bekommen und auch kein Arbeitslosengeld. Mobilitätszulage gibt's dann und genau zu dem Zeitpunkt, wo die bürgerliche Presse gegen die „faulen Arbeitslosen“ hetzt, propagiert die IG-Metall-Zeitung die Arbeitsbeschaffungsprogramme der Bundesregierung.

Bekannt ist, daß die Arbeitsbeschaffungsprogramme oftmals aus nichts anderem bestehen als im Säubern von Rheinwiesen vom Dreck der kapitalistischen Großkonzerne. Für ein paar Groschen wird hier eine Arbeit geleistet, die sonst ganz normal mit Tariflohn bezahlt werden müßte. Das heißt, das Lohnniveau wird noch weiter gesenkt, was die Kapitalisten praktiziert. Die Hetze gegen die „faulen Arbeitslosen“ hat weiterhin zum Zweck, daß sich niemand wundern soll, wenn in Zukunft immer mehr diese Vorstufe des Arbeitsdienstes zur Praxis der Arbeitsbeschaffung wird. „Dann kommen die Faulen von der Straße“ wird es heißen.

VW Wolfsburg. Am 26.4. nahmen 35 Arbeiter auf der Schicht 1 am Golfband, Montagehalle 12 die Arbeit zu Beginn der Schicht nicht auf. Alle Bänder in der Halle 12 standen für ca. 20 Minuten. Die Kollegen hatten sich im Betriebsratsbüro versammelt, um gegen zusätzliche Mehrarbeit zu protestieren, die sie im Rahmen einer Änderung der Ferigungspläne leisten sollen. Nach dieser Änderung sollen ca. 5 % der Arbeiter von den Bändern abgezogen werden Vor drei Wochen hatten die Dippich-Beanstander eine ähnliche Aktion durchgeführt. Diesmal waren es hauptsächlich Kollegen, die Eckfenster montieren. Bisher waren pro Band je zehn Kollegen für diese Arbeit eingesetzt. In Zukunft sollen es neun sein.

Wilhelmshaven. Auf Ehrenbergs Initiative hin hat das Marinearsenal in Wilhelmshaven 130 statt 70 Lehrlinge eingestellt. Heute steht fest, daß diese zusätzlichen Lehrlinge nicht übernommen werden. Innerhalb der nächsten drei Jahre fliegen so 340 jugendliche Facharbeiter auf die Straße, mit einer Ausbildung, die ihnen außerhalb der Bundeswehr nicht viel nützt. Die Bourgeoisie rüstet für den Krieg. Sie braucht Facharbeiter. Ihr Plan ist, „von den zusätzlichen Lehrlingen nach Abschluß ihrer Ausbildung einen Teil, der über den eigenen Deckungsbedarf der Bundeswehr übersteigen, eine Reihe von jüngeren Menschen nach ihrer Ausbildungszeit als Zeitsoldaten (zu) gewinnen“. (Ministerialdirektor Laabs von der Abteilung Sozialpolitik im Bundesverteidigungsministerium in der Wilhelmshavener Zeitung vom 5.3.76). Als Zeitsoldaten sind die Jugendlichen den Kapitalisten sicher, die ihre Rechte, die die Arbeiterklasse erkämpft hat, beraubt.

Kampf gegen Akkordarbeit für Auszubildende

Stahlbauschüler und Lehrlinge fordern 50 DM mehr für alle

Bremen. Der Vulkanvorstand und die sozialdemokratische Betriebsgruppe brüsten sich damit, etwas gegen die Jugendarbeitslosigkeit zu tun. Tatsächlich werden Jahr für Jahr mehr Auszubildende eingestellt, als Lehrlinge in Stufenausbildung, für dreijährige Lehre oder für zweijährige Anlehre als Stahlbauschlosser.

Erst arbeitet man in der Lehrwerkstatt oder dem Lehrhelgen, dann aber kommen alle schnell raus und in die verschiedensten Kolonnen hinein.

Ein Genosse des KJB berichtet:

„Alle Kolonnen stehen unter beständigem Druck, den Akkord zu schaffen. Ich kann noch nicht so schnell arbeiten wie die älteren Arbeiter. Diese haben aber wenig Zeit, mich einzuweisen, der Akkord will geschafft sein. Die Arbeit unterbrechen, lange Erklärungen und Einweisungen bedeuten da sofort einen Abzug vom eh zu geringen Lohn der Arbeiter. Also was geschieht: Wir müssen billige Hilfsarbeiten leisten und das Tempo mithalten. Eisen, Profile und Werkzeug holen, Kabel und Schläuche ziehen, Platten heften und Hammer schwingen. Herauskommen soll, daß der Arbeiter auf den Lehrling – weil zu langsam und zu unwissend – und der Lehrling auf den Arbeiter – weil der immer antreibt und nichts erklärt – sauer ist.“

Anfang April fand eine Jugendversammlung mit rund 300 Jugendlichen statt. Auf der Tagesordnung stand die Akkordarbeit. Der IGM-Sekretär für Bremen Nord hatte zusammen mit Sozialdemokraten und Revisionisten aus der Jugendvertretung eine Betriebsvereinbarung vorgelegt, in der es unter anderem bezüglich der Akkordarbeit hieß: „Als Akkordausgleich wird ein Pauschalbetrag von 50 DM monatlich an die Auszubildenden gezahlt“. Also, wenn schon Akkord, dann aber 50 DM Bezahlung. Die Versammlung wies das einmütig zurück. Sie erklärte sich für die Abschaffung des Akkordsystems, so wie es die Belegschaft insgesamt fordert. Bezüglich der 50 DM forderte die Versammlung diese für alle Auszubildenden, weil die Ausbildungsvergütung zu gering ist.

Dieser Punkt in der Betriebsvereinbarung wurde gestrichen. Jetzt wird über die Forderung nach 50 DM mehr für alle verhandelt.

Es gibt Bestrebungen unter den Jugendlichen, am nächsten Verhandlungstermin dort geschlossen aufzutauchen und Druck hinter die Forderung zu setzen.

Zugleich wird hartnäckig der Kampf um eine bessere theoretische und praktische Ausbildung geführt. Die Kapitalisten wollen billige Hände. Darum auch immer mehr Ausbildungsplätze.

Die Jugendlichen wollen lernen, die Produktion zu beherrschen und ihre Arbeitskraft ausbilden. Seit Jahren führen die Jugendlichen von Vulkan bereits den Kampf gegen die Verschlechterung und Zusammenstreichung ihrer Berufsschulzeit, für 12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Wochentagen, gegen die Disziplinierung und Unterdrückung durch die Berufsschulanwesenheitskarte, deren Führung die Vulkan-Kapitalisten verlangen. Jetzt haben sie einmütig die geplante Einführung des Blockunterrichts abgelehnt.

Als sie über ihren Kampf und ihre Forderungen auf der Betriebsversammlung berichteten, erhielten sie großen Beifall. Der Kampf der Jugend gegen Unterdrückung und für eine theoretische und praktische Ausbildung zur Beherrschung der Produktion ist eine Sache der ganzen Arbeiterklasse. –(Zelle Bremer Vulkan)

Westberlin. Wie wir berichtet haben, hatten die BEWAG-Kapitalisten und die Sozialdemokraten im Betriebsrat die Lage der Jugendlichen, nach der Ausbildung voraussichtlich keinen Arbeitsplatz zu bekommen, zu einem dreckigen Erpressungsmanöver genutzt. Die Lehrlinge des 3. Lehrjahres sollten eine Resolution unterschreiben, die das imperialistische Energieprogramm unterstützt und das Verbot des KBW und der KPD/ML fordert. An die älteren Arbeiter und die Lehrlinge des Grundlehrgangs haben sich die Sozialdemokraten erst gar nicht rangetraut. Wir haben damals geschrieben, daß der Schuß nach hinten losgeht. Am letzten Donnerstag fand eine Veranstaltung der ÖTV-Jugendgruppe der BEWAG gegen das Kraftwerk Oberjägerweg statt, auf der auch Vertreter der Bürgerinitiative anwesend waren. Folgende Resolution wurde dort verabschiedet:

„Wir, die anwesenden Auszubildenden und Arbeiter an der Jugendgruppensitzung am 21.4.77, sprechen uns gegen den Bau des Kraftwerks Oberjägerweg aus, weil die Industrie mehr Strom benötigt, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben, was heißt, daß die Rationalisierung weiter fortgesetzt werden soll auf Kosten der Arbeiter, die Sondertarife für die Kapitalisten bestehen bleiben und der Profit erhöht werden soll. Dieser Teil des Energieprogramms soll ebenfalls auf Biegen und Brechen durchgesetzt werden. Zum Beispiel mit Drohungen: Dann gehen 1980 die Lichter aus usw. Es ist jedoch keine Alternative, daß entweder die Lichter ausgehen oder sich die Lebensbedingungen der Volksmassen weiter verschlechtern durch giftige Abgase, Aufheizen des Wassers oder weitere Verschmutzung. Deshalb unterstützen wir den Kampf gegen das Kraftwerk Oberjägerweg und unterstützen Eure Aktivitäten wie z.B., den Bauplatz zu besetzen, damit nicht zu bauen angefangen werden kann, oder daß Ihr probiert habt, die Probebohrungen zu verhindern. Wir unterstützen Euren Vorschlag, eine Demonstration am 27.4.77 durchzuführen und werden dafür mobilisieren. Kein Kraftwerk am Oberjägerweg und anderswo! Wir fordern unsere Gewerkschaft ÖTV auf, diese Forderung zu übernehmen und Kampfschritte vorzubereiten."

Hamburg. Die Teilbereichsversammlung 5 der ÖTV am Universitätskrankenhaus Eppendorf hat ohne Gegenstimme eine Resolution an die Medizinstudenten verabschiedet, in der es heißt: „Die Medizinstudenten wollen keine Sonderrechte. Sie haben Forderungen aufgestellt, die auf Gleichstellung mit den übrigen Beschäftigten abzielen: 1. Ausbildungs- und Tarifvertrag ... 2. Ausbildungsvergütung ... 3. freie gewerkschaftliche Betätigung ... 4. ausreichende materielle und personelle Ausstattung der Lehrkrankenhäuser .... In die gleiche rechtlose und materiell schlechte Lage wie euch will der Staat die Krankenpflegeschüler/innen durch ein neues Krankenpflegegesetz drücken. Auf der Vertrauensleutesitzung im UKE wurde eine gemeinsame Veranstaltung der ÖTV und PJ-Studenten erörtert. Mit Nachdruck fordern wir diese Veranstaltung in der ersten Mai-Hälfte zur Unterstützung eures Streiks, über den in den nächsten Tagen durch eine bundesweite Urabstimmung unter den Studenten entschieden wird."

Zwischenbilanz zum §218. Trotz Geldstrafen und Gefängsnisstrafen hat die Bourgeoisie den § 218 nicht durchsetzen können. In Westberlin mußte die „Sozialmedizinische Beratungsstelle Kreuzberg" in einem Bericht festhalten, daß 80 % der Frauen, die die Beratungsstelle aufsuchen, fest entschlossen zu einem Schwangerschaftsabbruch sind. Der Betrug mit den „sozialen Hilfen", die der Schwangeren bei Austragen des Kindes gewährt werden sollen, zieht nicht. „Soziale Hilfen erwiesen sich nach dem Erfahrungsbericht als problematisch, da der Katalog der sozialen Hilfen für die Frau, wie zum Beispiel das Kind zur Adoption beziehungsweise in Pflege zu geben, oft keine akzeptabel Hilfe darstellt." (Tagesspiegel, 20.4.) In Bremen trafen sich am 13.4. Beratungsstellenmitarbeiter und Gynäkologen zum Thema „Schwierigkeiten beheben bei der Indikationslösung". Man wird davon ausgehen können, daß die Bourgeoisie sich noch einiges an Betrugsmanövern einfallen lassen wird, um die Arbeiterfamilien mit dem § 218 weiter zu bevormunden und zu unterdrücken und sich in die Angelegenheiten des Volkes verstärkt einzumischen.

Bremen. Hochschule für Sozialpädagogik und Sozialökonomie. Über den Tarifabschluß im Öffentlichen Dienst gab es auf der letzen 6. Semestervollversammlung der HfSS große Empörung, wird doch in diesem Abschluß eine Lohnkürzung von ca. 100 DM für Praktikanten festgelegt. Die Studenten des 6. Semesters werden im Oktober eingestellt, sie sollen dann unter diesen Bedingungen arbeiten. Einhellig wurde festgestellt: Gegen diesen Abschluß und die damit beabsichtigte Verschärfung der Konkurrenz ist der Zusammenschluß der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst notwendig. Es wurde beschlossen, daß der AStA eine Veranstaltung gegen diesen Tarifabschluß organisieren soll. Eingeladen werden Beschäftigte aus dem Öffentlichen Dienst, jetzige Berufspraktikanten, Vertreter aus der Tarifkommission und Vertreter des ÖTV-Kreisvorstands.

Der Kampf der Medizinstudenten wird unterstützt

Beschlüsse zum 1.Mai Universitätskrankenhaus Eppendorf

Hamburg. Im Universitätskrankenhaus Eppendorf ist von der längst fälligen Tariferhöhung kein Pfennig ausgezahlt worden. Dies in einer Lage, wo man mit dem eh viel zu niedrigen Tarif überhaupt nicht weiß, wie man vorn und hinten klar kommen soll. Bei den Auszubildenden schlägt sich das besonders krass nieder. Wollen sie den Eltern nicht mehr auf der Tasche liegen, so sind z.B. einige gezwungen, im Urlaub sich einen Job zu suchen, um überhaupt den Schuldenberg abbauen zu können. Oder eine andere Schülerin, die sich eine neue Lederjacke gekauft hatte, meinte: „Das bedeutet für diesen Monat keinen Aufschnitt."

In dieser Lage war es klar, das man die Nichtauszahlung nicht so hinnehmen konnte. Ein Kurs der Krankenpflegeschule forderte die sofortige Auszahlung der Tarife. Ebenso eine Teilbereichsversammlung der ÖTV. Man forderte Personalrat und Vertrauensleutekörper auf, dies zu unterstützen. Man hatte ausgerechnet, daß ein Krankenpfleger (KR IV/5), 1 Kind, ca. 165 DM mehr Steuern und Versicherungen zahlen muß, wenn im Mai die geballte Auszahlung kommt. Es wurde zu einer weiteren Versammlung aufgerufen, wo man sich mit den Lohnzetteln auseinandersetzte und Wandzeitungen für die Schule besprach. Anfangs hatten Revisionisten versucht, die Einheit hinter der Forderung „Sofortige Auszahlung" zu verhindern. Das sei doch Unsinn und das könnte man nächstes Jahr in Form von Abschlagzahlungen verlangen, wie das auch schon andere Gewerkschaften machen. Dies gelang nicht und schließlich wurde einstimmig beschlossen, sich damit ans Senatsamt für den Verwaltungsdienst zu wenden.

Auf der Gewerkschaftsversammlung wurde die Nichtauszahlung der Tarife genutzt zur Vorbereitung des 1.Mai. Es wurde besprochen, daß der Staat durch die Nichtauszahlung einen zinslosen Kredit in Milliardenhöhe sich verschafft hat, womit er seine Unterdrückungstätigkeit zusätzlich finanziert. Ein wesentlicher Punkt ist darin zur Zeit die Durchsetzung des Energieprogramms gegen die Volksmassen. Gewinnen wollen sie dafür die Gewerkschaften mit Hilfe ihrer sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung. Um auf diesem Weg einen Schritt voran zu kommen, hat der DGB Hamburg den verantwortlichen Minister Matthöfer (SPD) für die Maikundgebung nach Hamburg geholt.

Auf der ÖTV-Teilbereichsversammlung wurden die Forderungen gegen das Energieprogramm der Bundesregierung beschlossen. Weiter forderte man die Ausladung Matthöfers. Gemeinsames Transparentemalen wurde festgelegt. Die Revisionisten beteiligten sich zum Teil gar nicht an der Abstimmung, weil es verboten sei, zusätzlich zu den Forderungen des Abteilungsvorstandes eigene Forderungen in der Gewerkschaft zu beschließen. Dieser Zensur durch die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer wollte sich aber außer den Revisionisten niemand unterwerfen.

Am 1.Mai gilt es weiterhin, den Kampf der Praktischen-Jahr-Studenten zu unterstützen, die in dieser Woche die Urabstimmung über einen bundesweiten Streik durchführen. Es wurde ein Brief an die Studenten geschrieben, wo man ihren Kampf für einen Ausbildungs- und Tarifvertrag unterstützt.

Der Vertrauensleutekörper wurde aufgefordert, zusammen mit den Studenten und den anderen Auszubildenden im öffentlichen Dienst, die von der Lohnkürzung getroffen sind (Krankenpflegeschüler und Praktikanten), eine gemeinsame Veranstaltung in den ersten zwei Mai-Wochen zur Unterstützung des Kampfes der Medizinstudenten durchzuführen. Die DGB-Maiplaketten, die am Ende der Versammlung von einem DKPler ungeschmückt verkauft wurden, „verzierten" die meisten mit einem roten Aufkleber: 1.Mai Internationaler Kampftag der Arbeiterklasse. (Zelle Universitätskliniken Eppendorf, Hamburg)

Deutsches Hydrographisches Institut Hamburg

Streik gegen Streichung der Lohnzuschläge

Hamburg. Am 21.4. haben die ca. 60 Arbeiter im Deutschen Hydrographischen Institut (DHI) aus mehreren Abteilungen an der graphischen Technik 1,5 Stunden gestreikt, beteiligt waren fast alle von Offset, Buchdruck, Setzerei, Repro, Buchbinderei und der Kopie.

Kurz nach dem Lohnraubabschluß von 5,3 % wurde den Arbeitern mitgeteilt, daß ab 1.3.77 rückwirkend die „außertariflichen widerruflichen Lohnzuschläge für Druckereipersonal stufenweise jährlich um 0.30 DM abgebaut werden sollen, d.h. Lohnabbau von 52 DM im Monat. Z.B. wird in der Buchbinderei, wo überwiegend Frauen tätig sind, mit den niedrigsten Lohngruppen, die sowieso nur 0,25 DM Zulagen erhalten, diese mit einem mal voll gestrichen kriegen. Die Drucker erhalten z.B. statt 1.20 DM nur noch 0.90 DM Zulage. Zusammen mit dem Lohnraubabschluß bedeutet das eine gewaltige Lohnsenkung. Begründet wird diese Maßnahme vom Bundesminister für Verkehr, „daß aufgrund der heutigen allgemeinen Arbeitsmarktlage die Zahlung der Zulage für das Druckpersonal nicht mehr gerechtfertigt und nicht mehr für vertretbar gehalten wird."

Die Arbeit ist nicht weniger geworden, ganz im Gegenteil – wie überall im Öffentlichen Dienst durch Einsparung von Planstellen müssen die Arbeiter mehr leisten.

Bei der letzten Lohnzettelausgabe waren die Kollegen schon ziemlich empört, daß die sowieso viel zu niedrige Lohnerhöhung immer noch nicht ausgezahlt worden ist. Als nun bekannt wurde, daß am Vortage die Besprechung zwischen ÖTV und Dienstherrn gescheitert war – die tarifliche Absicherung der Zulagen zum Ziel hatte – reichte es.

Wie vorher bereits besprochen, wurde der Streik organisiert. Die Maschinen wurden abgestellt. Während des Streiks wurde eine Resolution mit folgenden Forderungen verabschiedet: Sofortige Zurücknahme des Erlasses der Streichung der Lohnzuschläge für Druckereipersonal. Tarifliche Absicherung der Lohnzuschläge für Drukkereipersonal.

Während des Streiks war der stellvertretende Präsident des DHI (Walden) gezwungen, zu den Streikenden zu kommen. Er jammerte, daß er mit dem Erlaß nichts zu tun hätte, sondern die Minister in Bonn. Es wurde jedoch gezwungen, die Forderungen der Arbeiter sofort telefonisch in Bonn vorzutragen. Sonst wäre der Streik weitergeführt worden. Dieser Streik war der erste Schritt im Kampf zur Durchsetzung der Forderung. Der Kampf wird weitergeführt, bis die Zulage tariflich abgesichert ist. – (Bezirksverband Hamburg-Unterelbe)

Der Bruch des Tarifs wird nicht hingenommen

Braunschweig. Die Unruhe unter den Beschäftigten bei der Stadtverwaltung wegen der Nichtauszahlung der einmaligen Zahlung von 100 DM hat sich erheblich verstärkt und in zahlreichen Anfragen beim Lohnbüro, bei Personalräten und bei Gewerkschaftsvertretern niedergeschlagen, seit am Montag bekannt wurde, daß in § 4 des Tarifvertrages steht, daß die Auszahlung „Im April 1977 fällig" ist. Jetzt sehen sich auch die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer gezwungen, für die sofortige Auszahlung sich einzusetzen.

Daß der bürgerliche Staat hier planmäßig den Bruch des Tarifvertrages betreibt, indem erst im Mai ausgezahlt werden soll, zeigt sich daran, daß den Gemeinden vom Kommunalen Arbeitgeberverband in einem Schreiben vom 17.3.77 empfohlen wurde, die einmalige Zahlung von 100 DM erst im Mai auszuzahlen. Sie begründen dies damit, daß noch die Anspruchsberechtigung geklärt werden müsse. In Wirklichkeit ist es jedoch so, daß schon seit dem Abschluß des Tarifvertrages am 3.3.77 bis auf wenige Ausnahmen die Anspruchsberechtigung festliegt. Daß die Auszahlung ohne weiteres möglich war, zeigt sich auch daran, daß in Braunschweig an der TU und den Stadtwerken vollständig ausgezahlt wurde.

Die Sozialdemokraten in Personalrat und Gewerkschaft haben sich zunächst dagegen gesträubt, etwas für die sofortige Auszahlung und gegen den Bruch des Tarifvertrages zu unternehmen. Ihre Argumente waren hauptsächlich: Es ist zwar nicht richtig, wenn der Tarifvertrag gebrochen wird, aber man kann ja nicht viel dagegen unternehmen. Nachdem nun von den Beschäftigten zahlreiche Anfragen beim Lohnbüro, bei den Personalräten und bei den Gewerkschaftsvertretern vorgebracht worden sind, sehen sich einzelne Personalräte gezwungen, für die Einhaltung des Tarifvertrages und für die sofortige Auszahlung sich einzusetzen und entsprechend zu beschließen.

Unter den Beschäftigten war zunächst noch die Meinung vertreten, daß die Stadt bisher meistens rechtzeitig ausgezahlt hat und es diesmal wohl triftige Gründe gewesen sein müssen, wenn nicht ausgezahlt wurde. Diese falschen Ansichten konnten teilweise durch die Enthüllung geschlagen werden, daß nach dem Lohnraubabschluß und der Senkung des Lohns bei den Krankenpflegeschülern jetzt der bürgerliche Staat mit der Nichtauszahlung der 100 DM und der Nichterhöhung der Anwärterbezüge nachsetzt, um die Lohnsenkung weiterzutreiben und die Bewegung im öffentlichen Dienst niederzuwerfen. Gegen diese Absicht der Bourgeoisie, die Bewegung im öffentlichen Dienst niederzuwerfen und dabei insbesondere die Jugendlichen durch Lohnsenkung zu drücken, entwickelt sich der Widerstand besonders bei der Jugend. Die Betriebsjugendgruppe Stadtverwaltung der ÖTV hat jetzt für den 28.4.77 eine Protestversammlung gegen die Einfrierung der Anwärterbezüge und des Krankenpflegeschülertarifs beschlossen. An der Durchführung und Vorbereitung beteiligen sich auch die Schülermitverwaltung der Gemeindeverwaltungsschule und die Krankenpflegeschüler. Zum 1. Mai wollen sie sich unter entsprechenden Forderungen an der DGB-Kundgebung beteiligen. Erreicht werden soll auch durch weitere Aktionen, daß die Erhöhung sofort ausbezahlt wird. – (Bezirk Braunschweig-Östliches Niedersachsen)

Arbeitsämter: 10 % der Beschäftigten in Zeitverträge gepreßt

An allen Arbeitsämtern laufen jetzt heiße Diskussionen unter den Beschäftigten um die Praxis der staatlichen Arbeitsämter, 5 bis 10 % der Beschäftigten in besonders rechtloser Lage zu halten: als „Zeitverträgler".

Das sieht dann so aus, daß man einen Arbeitsvertrag von 2 Monaten Dauer bis zu 11 Monaten unterschreiben muß. Am liebsten nimmt der Dienstherr dafür ehemalige Zeitsoldaten, längere Zeit arbeitslose Verwaltungsangestellte, aber auch Volljuristen für die Bearbeitung der Flut von Widersprüchen, die erhoben werden gegen die Maßnahmen der Arbeitsämter; wenn ein Arbeiter das Arbeitslosengeld gesperrt kriegt, nur weil er nicht jede Drecksarbeit annehmen wollte u.ä.

Anfang 1976 gab es 5 000 mit Zeitverträgen, Ende 1976 nur noch 3 000. Planstellen hat es kaum mehr gegeben. Und 1977 sollen es nochmal 1 000 weniger werden.

Die völlig rechtlose Lage der Beschäftigten mit Zeitverträgen besteht darin, daß sie keinen Kündigungsschutz haben, weil eben nur befristet eingestellt, daß sie im Krankheitsfall keine Lohnfortzahlung kriegen, wenn der Vertrag zwischendurch ausläuft, kein Mutterschutz gilt usw. Sie werden fast alle in den beiden niedrigsten Vergütungsgruppen eingestellt, als Hilfsarbeiter, als Registraturkräfte usw. Bei den sogenannten „bewährten Kräften" wird der Vertrag verlängert, wieder um ca. 3 bis 6 Monate.

Es gibt Beschäftigte an den Arbeitsämtern, die arbeiten dort ca. drei bis vier Jahre schon mit dem zwanzigsten Zeitvertrag.

Die Zeitverträge sind nur die Spitze der Rationalisierungsmaßnahmen an den Arbeitsämter zur effektiveren Kontrolle und zum verbesserten Umschlag der Arbeitslosen:

– so wird jetzt für die Vermittlung von Akademikern die sogenannte computergesteuerte Arbeitsvermittlung genutzt. Das sieht dann so aus, daß der Kapitalist eine Arbeitsstelle anbietet mit genauen Merkmalsbeschreibungen. Genauso werden von jedem, der beim Arbeitsamt Arbeit sucht, dann entsprechende Merkmale erfaßt. Heraus kommt aus dem Computer ein Bogen, auf dem an erster Stelle derjenige steht, der die Anforderungen des Kapitalisten am besten erfüllt. Bis zu 25 „Vorschläge" für den Kapitalisten stehen auf so einem Computervordruck. Das alles läuft sehr schnell und über Nacht ab.

Gar nicht schnell läuft dagegen die Auszahlung des Arbeitslosengeldes, obwohl auch über den Computer gesteuert aus Nürnberg. Es dauert normalerweise über 4 Wochen, bis die erste Zahlung da ist.

– In den Schreibbüros der Arbeitsämter sind Schreibautomaten aufgestellt, worden, die je nach Vorgang aus einem „Korrespondenzhandbuch" automatisch und in Windeseile vorgefertigte Standardschreiben aufs Papier drukken. Die Schreibkraft braucht nur noch persönliche Daten hinzuzufügen.

Für die Kapitalisten und ihre Handlanger der Dienstaufsicht in den staatlichen Arbeitsämtern bedeutet das Beschleunigung der Bearbeitung und eine wesentlich verbesserte Kontrolle der Arbeitslosen wie auch der Beschäftigten der Arbeitsämter.

Die andere Seite besteht darin, daß die gleiche Zahl von Beschäftigten ganz einfach mehr arbeiten soll:

– Jedes der berüchtigten Arbeitsbeschaffungsprogramme bedeutet automatisch Mehrarbeit für die Kollegen in der Arbeitsvermittlung – Mehrarbeit gibt es auch in der Leistungsabteilung, dadurch, daß immer mehr Angehörige der Arbeiterklasse auf Arbeitslosenhilfe angewiesen sind. Solche Anträge dauern länger bei der Bearbeitung, weil mehr kontrolliert und geschnüffelt wird und jedesmal gefordert wird nachzuweisen, welches Einkommen Eltern bzw. Kinder haben. Denn das wird angerechnet.

Mehrarbeit bringen auch die verschärften Kontroll- und Ausplünderungsbestimmungen des Sozialgesetzbuches: Danach kann Arbeitslosengeld beliebig gepfändet werden, und rapide steigt die Zahl der Arbeitslosen, die davon betroffen sind, wenn sie eine Rate mal nicht zahlen konnten.

– In der Abteilung Berufsberatung wird allein für die nächsten drei Jahre mit Steigerungsraten bei den Realschülern von 30 bis 40 % (pro Jahr) gerechnet, die eine Lehrstelle suchen.

Zum Ausbau des Unterdrückungsinstruments Arbeitsverwaltung wird die Dienstaufsicht verstärkt: – Die Spitze der Rationalisierung und Unterdrückung an den Arbeitsämtern richtet sich gegen die Beschäftigten mit den Zeitverträgen. Unter allen wächst aber gegen die Maßnahmen des Dienstherrn das Bewußtsein, den Kampf gegen die Verschärfungen aufzunehmen.

Die nächsten Entlassungen, d.h. Nichtverlängerungen von Zeitverträgen stehen zum 30.4. und vor allem zum 30.6. an: Die Personalräte müssen dazu auf folgende Forderungen verpflichtet werden:

Weg mit den Zeitverträgen! Keine Zustimmung zum Abschluß neuer Zeitverträge! Umwandlung aller bestehenden Zeitverträge in unbefristete Arbeitsverträge! – (Bezirk Holstein)

„Neue Solidarität“

CDU-Sozialausschüßler Blüm entwickelt seine Masche

Das Bourgeoisblatt „Frankfurter Allgemeine“ hat in einem seiner letzten Kommentare den CDU-Mann und Sozialausschüssler Norbert Blüm lanciert. Die Bourgeoisie setzt Hoffnung auf den Mann. Er unternimmt alle Anstrengungen, sich vom drittklassigen zum zweitklassigen Demagogen zu entwickeln.

„Die Spatzen pfeifen es doch von den Dächern, daß sich etwas ändert, überall auf der Welt, daß der wirtschaftliche und industrielle Fortschritt an seine Grenzen gestoßen ist“,

hat Blüm seine CDU-Kumpanen auf dem Mannheimer Parteitag der CDU 1975 gewarnt. Ihn ängstigt vor allem die Verschärfung der Klassengegensätze, der Aufschwung der Arbeiterbewegung in Westdeutschland.

„Wir stehen hier unter Zeitdruck. Jeder Tag, an dem nichts geschieht, schafft neue unkorrigierbare Ungerechtigkeiten. Die Revolutionäre haben Zeit. Wir, die wir auf Evolution setzen, müssen jedoch handeln, damit wir nicht denjenigen in die Hände arbeiten, die ihre Lösung auf eruptivem Wege suchen.“

Ein Konzept zum Handeln, ein Konzept zur Abstumpfung der Klassengegensätze, schlägt er dann auch vor:

„Das System des Privateigentums wird weniger von denjenigen gefährdet, die großspurige Ideologien zur Abschaffung des Privateigentums verkünden, als von einer Praxis, die Zugangssperren für privates Eigentum schafft und zur Konzentration von Privateigentum führt. Denn wenn dieses System einmal in eine Krise geraten sollte, wird es mit Sicherheit nicht von denen verteidigt werden, die selber kein Privateigentum besitzen. So dumm sind die Arbeitnehmer nicht, daß sie für Privateigentum auf die Barrikaden gehen, wenn sie selber an der Privateigentumsordnung der Wirtschaft nicht beteiligt sind.“

Das war 1975 und auch damals schon nicht neu. 1864 empfahl Bischof van Ketteler, um der damals noch revolutionären Sozialdemokratie das Wasser abzugraben, „die Teilnahme der Arbeiter an Geschäftsbetrieben“. Der Arbeiter sei dann „zugleich Geschäftsunternehmer und Arbeiter“.

Mit dieser alten Masche kam Blüm nicht an. Mit der Entwicklung von Privateigentum in Arbeiterhand war es nichts, vielmehr mit weiterer Lohndrückerei. Blüm ließ das Privateigentum fallen und wandte sich der *Sozialpolitik* zu, Ziel: die „soziale Umverteilung“ (Bundestagsprotokoll vom 17. März).

„Was wir jetzt brauchen, ist eine Sozialpolitik, die ... mit der Illusion aufräumt, als würden die finanziellen Leistungen aus anonymen Kassen finanziert.“ „Wir brauchen Gerechtigkeit als Zwang zur Differenzierung.“

Konnten die Kapitalisten nicht dazu bewegt werden, ihr Eigentum in christlicher Nächstenliebe zu teilen, so sollen wenigstens die Arbeiter untereinander ihr Hab und Gut „gerecht“ aufteilen: der Rentner mit etwas höherer Rente auf dieses „Mehr“ verzichten, die Arbeitnehmer mit etwas höherem Lohn die Schulbücher ihrer Kinder selbst kaufen usw. Und vor allem solle den Arbeitslosen geholfen werden:

„Wir meinen, daß in der Tat Wachstum notwendig ist, nur, werden wir so viel Wachstum auf die Beine bringen wie zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit notwendig ist? ... Fachleute rechnen uns vor, bei einer realen Wachstumssteigerung von 4,5 % Jahr für Jahr ist die Arbeitslosigkeit, wie wir sie jetzt haben, erst im Jahr 1990 beseitigt. Ist hier jemand im Saal, der glaubt, wir hätten so lange Zeit? Wir könnten bis 1990 warten? Es steht uns ein Klassenkampf ins Haus, für den die alte marxistische Bibel den Text nicht zur Verfügung hat, ein Klassenkampf zwischen Arbeitsbesitzern und Arbeitslosen, wenn es nicht zu einer neuen Solidarität kommt.“

Dieser „neue Klassenkampf“ und diese „neue Solidarität“, die Blüm auf dem CDU-Parteitag im März 1977 kreierte, waren's, die die FAZ noch eineinhalb Monate später begeisterten. „Neue Solidarität“ – das heißt Lohnverzicht der „Arbeitsbesitzer“, angeblich zugunsten der Arbeits(besitz)losen, lachende Dritte: die Kapitalisten. „Neue Solidarität“ – das heißt auch:

„Vorverlegung der Altersgrenze etwa auf 63 Jahre“ (ohne entsprechende Rentensteigerung, versteht sich). „Es sei besser, mehr Rentner zu versorgen“ (die in Zukunft infolge weiterer Rentenkürzung eh noch schneller verhungern sollen) „als mehr Jugendlichen Arbeitslosengeld zu geben“ (die sind jung und frisch und vortrefflich auszubeuten). (FAZ 10.3.77)

Man wird gespannt sein, auf welche Ideen N. Blüm noch kommt, wenn die Entwicklung des Klassenkampfes und des Zusammenschlusses der Arbeiter ihn zwingt, diese Masche fallenzulassen. – (Z-Red.)

„Göttlicher Auftrag“

Solche Paläste wie auf dem Bild unterhält die Kirche in jeder größeren Stadt Westdeutschlands als kirchliches Jugendzentrum. Im Auftrag Gottes und zur Verbreitung der Nächstenliebe.

Die Kirche nimmt jährlich über die Kirchensteuer etwa 3,5 Milliarden DM ein. Der Staat, in Unterstützung des kirchlichen Auftrags, treibt die Gelder für die Kirche ein und zahlt aus Steuergeldern weitere Zuschüsse wie zum Bau und zur Unterhaltung solcher Paläste.

Gegen den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung wird der „Friede auf Erden, Wohlgefallen und Liebe zum Nächsten“ verbreitet. Gegen die Solidarität der ausgebeuteten Klassen und unterdrückten Völker wird mit „Barmherzigkeit und Mitleid“ operiert. Die Unversöhnlichkeit zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie soll verwischt werden. Der göttliche Auftrag ist der Auftrag der Bourgeoisie. „Himmlisch“ mag daran den Bourgeois erscheinen, daß sie dies nicht selbst zu finanzieren brauchen, sondern die Arbeiter und Volksmassen dafür zahlen lassen.

sondern die Arbeiter und Volksmassen dafür zahlen lassen.

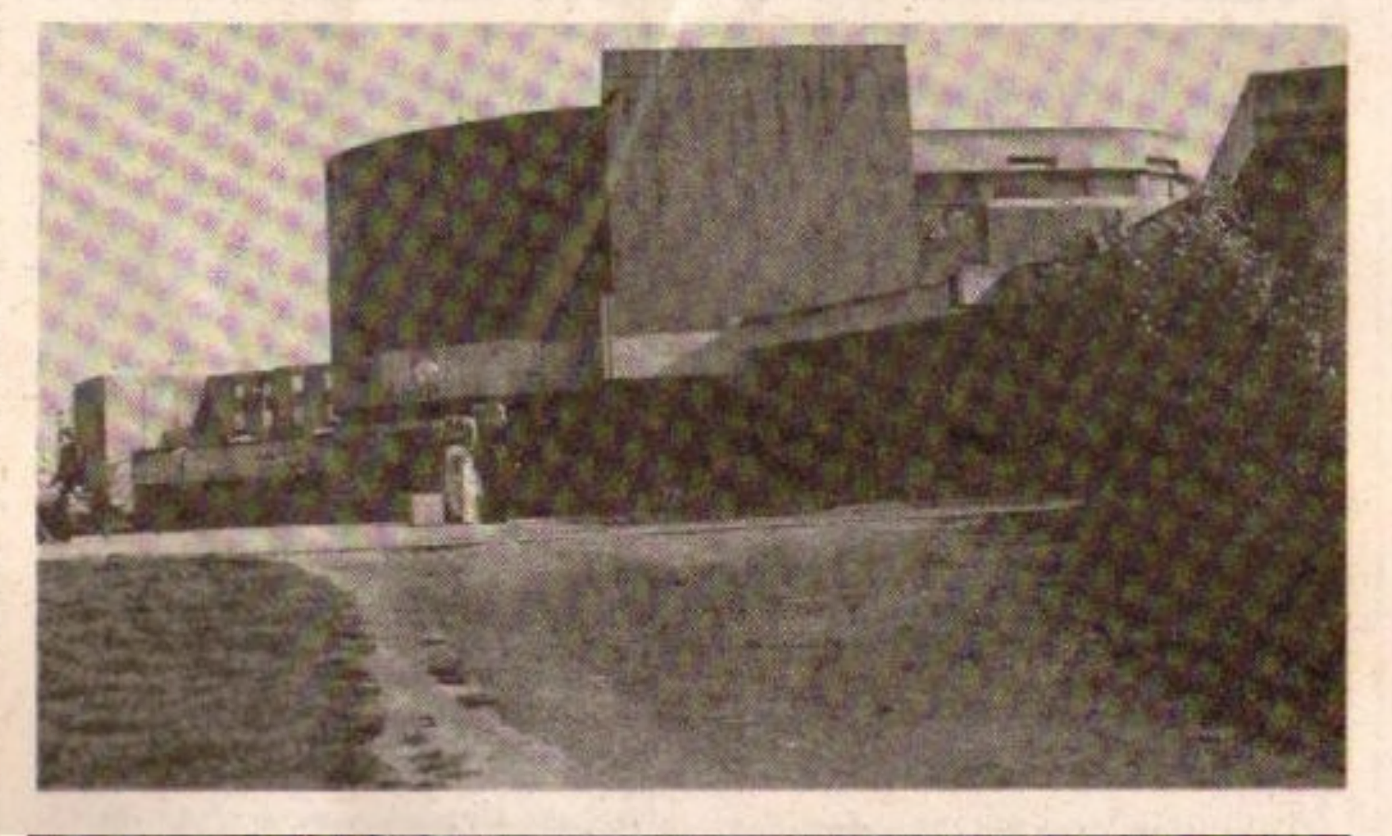
Als Köder zur Verbreitung ihrer „Heilslehre“ unter der Jugend werden solche Paläste ausgelegt, die dem jugendlichen Arbeiter und Schüler etliche Vorteile bieten. Er trifft dort andere Jugendliche und hat ausreichend Räumlichkeiten, in denen er sich aufhalten kann, was zu Hause wegen der Enge nicht geht. Getränke erhält er zum Einkaufspreis. Es werden regelmäßig Feste veranstaltet. Einrichtungen zu sportlicher Betätigung und Handwerk sind vorhanden. Er kann sich weiterbilden und Wissen aneignen.

Der Haken dabei ist, daß die Einrichtung und alles, was dort geschieht, nicht unter der Kontrolle der Jugendlichen, sondern unter der Aufsicht des Kirchenvorstandes steht. Dieser achtet darauf, daß das „Wort Gottes“ verbreitet wird und daß alles, was sich dagegen wendet, unterbleibt. Eine Sammlung für Gewehre für die Jugend Zimbabwes anstelle „Barmherzigkeit mit den armen Völkern“ ist unerwünscht und versperrt ohne Kampf leicht den Eingang solcher Paläste.

Den Pfaffen wird ihre Kontroll- und Unterdrückertätigkeit, die sie „Reinhaltung der Lehre“ nennen, mit weltlichen Gütern beglichen. Ihre unterste Gehaltsgruppe ist bei A 14, das sind 2 000 DM im Monat, ihr irdisches Dasein fristen sie in mietfreien Wohnungen und Pfarrhäusern, Telefon und Auto ist für sie frei.

Den Pfaffen wird ihre Kontroll- und Unterdrückertätigkeit, die sie „Rein-

Für die Pfaffen mag das erscheinen wie das Himmelreich auf Erden. Es ist ihnen jedoch nicht gottgegeben, sondern wird gezahlt von den Arbeitern und Volksmassen. Diese werden dies „Himmelreich“ wieder in ihr Eigentum zurückverwandeln, damit es den Zielen der Arbeiterklasse dient statt zur Verbreitung der bürgerlichen Heilslehre und zum Wohlleben der Pfaffen.



Die Sorge der Ministerin Huber

In der letzten Woche hat die Gesundheitsministerin Huber einen Aufruf zum Weltgesundheitstag verbreitet. In ihm werden die lieblosen Eltern kritisiert, die dort, „wo ein gutes Wort am Platze wäre“, ihre Kinder mit Süßigkeiten oder Geld für Süßigkeiten „abspeisen“. Das sei ungesund. Bekannt ist, daß westdeutschen Gesundheitsministerinnen nichts so sehr am Herzen liegt wie die Gesundheit der Volksmassen, sofern sie diese durch „übermäßigen Verzehr“ von Nahrungsmitteln, besonders solchen wie Alkohol, Tabak, Kaffee usw. gefährdet sehen.

Jetzt sind die Süßigkeiten der Kinder der Arbeiterklasse dran, nachdem großangelegte Kampagnen gegen „Fettleibigkeit“, „Alkoholismus“ und das Rauchen veranstaltet wurden bzw. noch werden. Ergebnis soll sein: Arbeiter, die nicht rauchen, nicht trinken, weniger Kaffee trinken, deren Kinder keine Bonbons essen. Um die Gesundheit geht es den Giftnattern, ob sie Huber oder Focke heißen, dabei kein Stück. Die wird sowieso nicht durch Kaffee und Zigaretten, sondern durch die Ausbeutung zerstört. Was ist ein Leben lang Zigarettenrauchen gegen ein Jahr Produktion in einer chemischen Fabrik? Nein, es geht ihnen um die *Senkung des Lohns*, die die Kapitalistenklasse durchsetzen will. Und zwar dauerhaft. Soll das gelingen, muß der Kreis der zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendigen Bedürfnisse eingeschränkt werden, muß der *Wert der Arbeitskraft gesenkt* werden. Nicht umsonst gilt die Ministerin Huber – jedenfalls behauptet sie es von sich – als „finanzpolitische Expertin“.

Eine weitere Verbindung zwischen der „Gesundheitspolitik“ des bürgerlichen Staates und dessen Finanzpolitik gibt es. Denn: Die Gesundheit der Volksmassen, bedroht durch allerlei Giftstoffe in den Lebensmitteln, muß ja „geschützt“ werden. Und ein wichtiges Mittel ist die entsprechende *Steuer*. Auf einfachen Kaffee zum Beispiel werden 4,50 DM pro Kilogramm an Steuern erhoben. Im letzten Jahr brachte das aus den Lohngeldern der Massen *1,293 Milliarden DM* aus den Taschen der Massen in die Fänge des bürgerlichen Staates, von den Zolleinnahmen nicht zu reden.

Die ideologischen Anstrengungen der Bourgeoisie, Teile der Volksmassen für diese Art „Gesundheitspolitik“ zu gewinnen und damit die Senkung des Werts der Arbeitskraft durchzusetzen, sind beträchtlich. In der Schule lernt man zum Beispiel das Lied: „C-a-f-f-e-e, trinkt nicht soviel Kaffee.“ Später werden die Methoden subtiler und bestehen zum Beispiel in Filmen und Anzeigenserien über Rauchen und Krebserzeugung. Die Bourgeoisie will einen ideologischen Freifahrschein für Steuerausplünderung und Senkung des Lohns. Das darf man nicht zulassen.

„Mit den Noten hat das überhaupt keinen Zweck!“

Interview mit einem ehemaligen Sonderschüler

Wie bist Du in die Sonderschule gekommen?

Als ich in die zweite Klasse kam, sind wir umgezogen und ich kam in eine Klasse, die ein ganzes Buch weiter war. In den ersten Wochen ging es noch, dann bin ich aber nicht mehr mitgekommen. Vor den Sommerferien haben die Lehrer oft gesagt, „Das wird sich bald ändern mit dir, du kommst nach den Sommerferien in die Sonderschule!“ In den Sommerferien kam dann ein Brief, daß mein Bruder und ich nach den Sommerferien in die Sonderschule sollen.

Wie ist es Dir in der Sonderschule ergangen?

Es ging zunächst aufwärts mit mir. Ich wäre wahrscheinlich wieder rausgekommen. Die Lehrer haben aber ganz heftig was dagegen unternommen. Dann hatte ich alles Fünfen und Sechsen.

Wie haben sie das gemacht?

Ich hätte ein ganz gutes Zeugnis kriegen können. In den Rechenarbeiten hatte ich lauter Dreien geschrieben und im Zeugnis dann eine Vier bekommen. Ich habe gefragt, wie das kommt, und man hat mir gesagt, der Lehrer hätte sich versehen.

Wurdet ihr besonders gefördert?

Nein, meine Schwester hat mir alle schwierigen Dinge beigebracht. Die Schulbücher waren zu einfach. Zu jedem Satz stand ein Bild. Die meinten, wir würden einen Satz ohne Bild nicht kapieren. Ein ganzes Blatt ohne Bilder war selten.

Wie schätzt Du das ein, was Du gelernt hast?

Tief! Ich habe einen Lehrgang mitmachen wollen. Der war besonders für Sonderschüler eingerichtet und sollte ein Jahr dauern. Wenn man ihn bestanden hatte, brauchte man anschließend keine Berufsschule zu machen. Ich mußte nach einigen Wochen aufhören, denn da kam Bruchrechnung vor, das hatten wir in der Sonderschule nicht gehabt.

Konnten Deine Eltern Dich unterstützen?

Wir sind acht Kinder zu Hause. Mein Vater war damals Fuhrunternehmer. Wir hatten einen Laster und außerdem eine Sandkuhle gepachtet. Aber dann mußten wir Schulden machen und da war es aus.

Wieviele Jahre warst Du in der Sonderschule?

Bis zum achten Schuljahr. Ich habe keinen Abschluß. Nur einen Abgang. Die meisten haben nur einen Sonderschulabgang.

Gab es auch Schüler, die nicht schreiben und lesen konnten?

Ja, wir hatten einen in der Klasse. Lesen ging gerade noch, aber schreiben konnte der kaum.

Woran lag das?

Er war sehr kurzsichtig und konnte das an die Tafel geschriebene kaum lesen. Er hatte Minderwertigkeitskomplexe und hat deshalb nichts zu den Lehrern gesagt. Die Lehrer haben aber auch nicht gefragt. Die dachten, der will nicht. Der hätte in eine Spezialschule gemußt.

Wie ist es Dir nach der Schule bei der Lehrstellensuche ergangen?

Ich hatte Lust, Kraftfahrzeugschlosser zu werden. Große Motoren auseinanderzubauen und zu reparieren, da hatte ich echt Lust zu. Wir sind dann beim Berufsberater gewesen, und der hat gesagt: „Mit den Noten hat das überhaupt keinen Zweck!“ Ich habe also keine Lehrstelle bekommen und habe dann auf einem Binnenschiff angefangen. Da war ich 15 Jahre alt. Ich bekam 400 DM im Monat. Davon mußte ich mich selber verpflegen. Der Matrose und ich haben uns dagegen gewehrt. Wir wollten fünf Mark täglich für Verpflegung haben. Aber der Schiffer hat das nicht gemacht. Nach zwei Monaten mußte ich auf dem Schiff aufhören, weil der Schiffer einen Verwandten angestellt hat, der gerade arbeitslos war. Ich bin dann mit meinem Vater mitgefahren, der arbeitete seit längerer Zeit als Fahrer bei einer Baufirma. Und da habe ich mitgeholfen. Als der Unternehmer gesehen hat, daß ich arbeitswillig bin und alles mache, hat er mich eingestellt. Ich arbeite jetzt in einer Kolonne.

Wieviel verdienst Du?

7,50 DM die Stunde. Wenn ich 17 Jahre alt bin, soll ich mehr bekommen.

Wieviele Stunden arbeitest Du täglich?

Das dürfte ich eigentlich gar nicht sagen. Elf Stunden täglich und samstags acht Stunden. Ich stehe morgens um viertel vor sechs auf und gehe abends spätestens um 20 Uhr oder 21 Uhr ins Bett. Die Kollegen arbeiten alle solange.

Aus der Sonderschule Schwarzenberg

Liebe Genossen!

Heute haben wir den Artikel „Sonderschullehrer streiten sich um das Notensystem“ gelesen. Wir finden ihn sehr gut: Daß wir später als billige Arbeitskraft für die Kapitalisten arbeiten sollen, wenn wir überhaupt eine Lehrstelle bekommen! Wir senden euch jetzt einen Artikel über eine Sonderschule in Hamburg-Harburg. Weiter würden wir es gut finden, wenn in der nächsten KVZ weitere Berichte von Sonderschulen, am besten von Schülern, stehen. KJB Zelle Harburg.

„Seit der dritten Klasse befinde ich mich in der Sonderschule. Seit der siebten Klasse habe ich Haushaltsunterricht. Wir sind nur 15 Schüler. Drei Schüler wurden zur achten Klasse nicht mitgenommen. Man könnte ja jetzt denken, was macht das noch auf der Sonderschule. Aber der Notenterror macht selbst in der Sonderschule nicht halt. In den Haushaltsstunden machen wir: Handtücher bügeln, kochen, Kartoffeln schälen, usw. Wir müssen aber immer nur die gleiche Tätigkeit machen: bügeln, bügeln und noch mal bügeln ...

Auf einen Beruf werden wir da nicht vorbereitet, sondern auf Fleißbandarbeit. Natürlich wehre ich mich gegen diese Verhältnisse. Zum Beispiel: Wenn unser Lehrer Rausch sagt: „Eine Biologiearbeit liegt an“, dann sage ich, das kann ich nicht, und das war immer so gewesen, daß dann die ganze Klasse schlechte Noten für die Arbeit bekommen hat. Der Lehrer sagte dann: „Arsch melde dich, du ... kommst doch aus dem Urwald, du Knallschraube.“ Ich sollte dann den Raum verlassen, das habe ich nicht getan, dann drohte der Lehrer Rausch mit dem Schulleiter, da habe ich nur gelacht. Die dummen Sprüche vom Lehrer Rausch heißen auf deutsch: „Das ist mir scheißegal, ob sie was lernen oder nicht ...“

Die Noten sieben uns aus, damit wir später als billige Arbeitskräfte in die Fabrik der Kapitalisten sollen.

Weg mit dem Notensystem!

Weg mit den Sonderschulen! Einheitsschule!“ (Berichtet von einer Genossin des KJB Harburg)

Arbeitstraining – ausgeklügelte Methode zur Unterdrückung der Schüler

Arbeitstraining – ausgeklügelte Methode zur Unterdrückung der Schüler

Was die Schulaufsicht und die Sozialdemokraten unter „Förderung benachteiligter Schüler“ verstehen, die sonst auf „der Sonderschule landen“ würden, wird besonders deutlich an dem „Arbeitstraining“, das für diese Schüler wöchentlich veranstaltet wird:

Wer zu spät kommt (was die meisten tun), wird einzeln nach dem Grund gefragt. Jeder muß zu Beginn der Stunde nachweisen, daß er das genau vorgeschriebene Arbeitsmaterial mithat, wer nicht, bekommt einen Vermerk offen auf einen Bogen Papier, der an der Tür hängt. „Größere Tansparenz für die Schüler“ heißt so etwas. Die Schüler sollen damit aufeinandergehetzt werden.

Sodann werden sie einem feststehenden Programm von Arbeitsbögen und Tests unterworfen. Im einzelnen wird getestet: Aufmerksamkeitsbelastung (arbeitest du schnell genug/genau/gleichmäßig?); Arbeitsanweisungen befolgen (schriftlich/mündlich); Abschreiben (siehst du genau hin? Kannst du abschreiben ohne Fehler); Merkfähigkeit (kannst du dir Einzelheiten merken, auch wenn eine Zeit vergangen ist?)

Höhepunkt und Abschluß des Trainingsprogramms bilden dann Selbsteinschätzung (wie siehst du dich selbst?) und Selbstauskunft (hast du schon bestimmte Ziele in der Schule, bestimmte Vorstellungen über deinen Beruf?). Hier soll der Schüler schriftlich und mit voller Namensangabe darlegen, ob er weiter rebellieren will (was ihn zur späteren Arbeitslosigkeit verdammen würde) oder ob er sich endlich unterwirft und dies praktisch zu dokumentieren bereit ist. Im Rahmen einer Skala von „fast immer“ bis „fast nie“ sollen die Schüler folgende Fragen beantworten: „Ich helfe dem Lehrer gern bei seiner Arbeit“, „ich verwende Schimpfwörter in seiner Gegenwart“, „ich löse Streitigkeiten, ohne zu schlagen“, „ich bin laut, klappere mit Gegenständen“, „wenn ich aus dem Raum gehe, hebe ich freiwillig Papier auf, das andere liegen gelassen haben“, „ich kann mich zurückhalten, auch wenn ich etwas unbedingt möchte“, „ich helfe dem Lehrer, ohne daß er micht fragen muß“, „ich beschäftige mich mit Dingen, die nicht zum Unterricht gehören“, „ich halte mich an die Schulregeln, so gut es geht“ und: „Ich möchte mich ändern in den Punkten ...“

Bonn. Der VDS-Zentralrat hat vergangenen Dienstag, 19.4., den Vorstandsbeschluß bestätigt, die außerordentliche Mitgliederversammlung für den 27. bis 29. Mai einzuberufen. Als Tagesordnung war auf der ordentlichen Mitgliederversammlung Ende März u.a. beschlossen worden: Aktionsprogramm, Vorstands- und Zentralratswahlen. Nicht bestätigt wurden vom Zentralrat die gegen die DKP-Revisionisten gefaßten Vorstandsbeschlüsse, das Projekt der Opportunisten zu unterstützen, bundesweit in Heidelberg am 18.5. zu demonstrieren unter der Losung: „Kein Ordnungsrecht in Heidelberg und anderswo!" Einig waren sich die verschiedenen bürgerlichen Politiker, die die Mehrheit im Zentralrat und Vorstand haben, über die Nichtbefassung des von den Fachschaftsräten ohne Gegenstimme beschlossenen Antrages des AStA der Universität Osnabrück, eine „Urabstimmung an allen Hochschulen der BRD und Westberlins für einen bundesweiten, unbefristeten Streik im Sommersemester 77 zur Durchsetzung eines ausreichenden Entgeltes" vorzubereiten. Die Befassung wurde von 23 AStEn bei einer Gegenstimme und 5 Enthaltungen abgelehnt. Weiter waren sich die bürgerlichen Politiker einig, daß angesichts der Kämpfe der Studenten und der bevorstehenden a.o. Mitgliederversammlung etwas getan werden müsse für die Verbreitung ihrer auf Versöhnung und Abstumpfung gerichteten Politik: dazu beschlossen sie einen ganzen Katalog von Maßnahmen wie „Erstellung eines Plakates", Herausgabe eines „VDS-Massenpress" und kündigten „Vorstandsbesuche" an – nach und zwischen Auslandsreisen jetzt auch an BRD-Hochschulen. Sie verweigerten schließlich einen Beschluß, im nächsten VDS-Press darüber zu berichten und lehnten den von den Osnabrücker Fachschaftsvertretern ebenfalls ohne Gegenstimme beschlossenen Antrag ab, dem Streik der Medizinstudenten „jede mögliche technische und finanzielle Hilfe zu leisten". Wenn es nach dem Willen dieses politischen Nachwuchses von Scheel, Brandt und Wehner ginge, dann soll der Streik, den die Medizinstudenten jetzt vorbereiten, bis zur a.o. VDS-Mitgliederversammlung eine längst vergangene Sache sein.

Hannover. Die Urabstimmung der Medizinstudenten ist in vollem Gang. Erste Erfolge können gemeldet werden. So haben in Hamburg über die Hälfte der Medizinstudenten sich an der Wahl bisher beteiligt. So auch in Westberlin, Göttingen und Hannover. In Kiel wird noch in dieser Woche mit der Urabstimmung begonnen. In Westberlin kann man bereits ein Zwischenergebnis melden: 1100 Studenten für Streik, 560 gegen den Streik. Dies macht deutlich, daß der Streik durchgesetzt werden kann, aber eine scharfe politische Auseinandersetzung um die Durchsetzung der Forderungen geführt werden muß.

Hannover. Die Konferenz Niedersächsischer Studentenschaften (KNS) hat am 23.4. einstimmig die Resolution der VDS-Mitgliederversammlung zur Unterstützung des Streiks der Medizinstudenten mit einem Zusatz aus der Resolution der Vollversammlung der Universität Göttingen beschlossen (siehe Zitat oben). Beschlossen wurde außerdem, daß der

Göttingen beschlossen (siehe Zitat oben).

Beschlossen wurde außerdem, daß der Vorstand der KNS alle Informationen über die Entwicklung des Streiks sowie die PJ-Infos des Sekretariats der Fachkonferenz Medizin in die KNS gibt.

Hannover. Bei der Beratung der Konferenz Niedersächsischer Studentenschaften über Kampfmaßnahmen gegen das Niedersächsische Hochschulgesetz wurde von den Reformisten und Revisionisten der einwöchige Streik vom 9.5. bis 13.5. zugunsten von „Streik und Aktionstagen" fallengelassen, wobei der 13.5. „möglichst" zum Streiktag gemacht werden solle. Der einwöchige Streik ginge an den Realitäten vorbei. Zuvor war die Befassung eines Antrags, der den Kampf gegen das NHG verbunden hatte mit dem notwendigen Kampf für ein ausreichendes Ausbildungsentgelt und eine Beschlußfassung über bundesweiten Streik auf der a.o. VDS-MV gefordert hatte, abgelehnt worden. Für die Anhörung zum NHG am 29.4., die 20 Minuten dauern soll, ist ein „Spaziergang" vor der TU Hannover zum Kundgebungsplatz beim Landtag festgelegt.

Am 25.4. fand in Hannover auf Einladung der GEW das zweite Aktionseinheitstreffen statt, wo der gemeinsame Aufruf für die zentrale Demonstration am 13.5. beraten wurde, auf den sich die Reformisten und Revisionisten beim letzten Treffen nicht hatten einigen können (s. KVZ 16/77). Nachdem die Revisionisten und Reformisten schon beim ersten Treffen alle Anstrengungen unternommen hatten, um die Stoßrichtung: Weg mit dem NHG und HRG, wie sie von vielen Studenten und Assistenten bereits gefordert worden ist, zu verbiegen und zu verwässern und ein Sammelsurium von Forderungen aufgestellt hatten, so daß einer von ihnen schließlich selbst meinte, jetzt habe man „zu allem und nichts" etwas gefordert, haben sie jetzt mit der Hinzufügung der Forderung „Recht auf Ausbildung und Arbeit" im Demonstrationsaufruf ihrem Manöver die Krone aufgesetzt. Die Landeskonferenz der Assistenten und ein KNS-Vertreter konnten jedoch den Versuch vereiteln, die Hauptlosung gegen HRG und NHG aus dem Großtransparent der Aktionseinheit zu streichen.

Tarif- und Ausbildungsvertrag:

„Der minimalste Schutz, den jeder Auszubildende gegen eine schrankenlose Ausnutzung als billige Arbeitskraft braucht!"

Ordnungsrecht der Hochschulbeamten, Hausrecht der Klinikchefs – diesen Unterdrückungsvollmachten sollen sich die Medizinstudenten an den Kliniken unterwerfen, um ihre praktische Ausbildung zum Arzt zu absolvieren. Gewerkschaftliche und politische Rechte werden ihnen verweigert. Den Krankenpflegeschülern an den Kliniken sollen diese elementaren Rechte durch ein Gesetz genauso verwehrt werden. Der öffentliche Dienstherr will ihnen den Lohn streichen, und als Schüler sollen sie für BAFöG ihre Arbeitskraft hergeben. Sie führen einen gemeinsamen Kampf mit den Medizinstudenten gegen diese Pläne. Über ihre Erfahrungen und die Notwendigkeit dieses Kampfes berichtet im folgenden Interview eine Jugendvertreterin der Krankenpflegeschüler:

Du bist Jugendvertreterin. Ihr habt im letzten Jahr auf einer gemeinsamen Kundgebung mit der Fachvertretung Klinik die Forderungen der Medizinstudenten nach einem Tarif- und Ausbildungsvertrag unterstützt. Welches sind eure Gründe dafür?

„Wir arbeiten in den Unikliniken, in denen auch die PJ-Absolventen ausgebildet werden sollen. Als Krankenpflegeschüler haben wir einen Tarif- und Ausbildungsvertrag. Auf den Stationen werden wir jedoch als Arbeitskräfte voll eingesetzt, weil durch die Rationalisierung und den Planstellenstopp die examinierten Schwestern die anfallende Arbeit nicht allein bewältigen können. Ohne die Schüler würde der Stationsbetrieb zusammenbrechen.

Daß da keine Zeit für praktische Ausbildung bleibt, ist klar. Nur die allernotwendigsten Sachen werden uns erklärt. Häufig wissen wir gar nicht, warum wir eine bestimmte Sache machen.

Seit Anfang dieses Jahres ist dieser Zustand offiziell dadurch abgesichert worden, daß die Schüler im Schlüssel 1 : 3 in den Planstellenplan eingerechnet werden. Wir fordern die Streichung aus dem Planstellenplan und für jede Station eine Schwester, die für die Ausbildung zuständig ist.

In der Schule gibt es zuwenig Unterrichtsschwestern. Zur Zeit für 112 Schüler eine vollzeit- und eine teilzeitbeschäftigte Unterrichtsschwester und eine unausgebildete Schulassistentin. Oft ist der Unterricht nicht vorbereitet oder die Stunden fallen aus. Besonders schlimm ist es zu Examenszeiten. Den Examensstoff, den wir in der Schule nicht vermittelt bekommen, müssen wir uns in der Freizeit selbst erarbeiten. Das ist verflucht schwierig, weil man nach der Arbeit ganz schön kaputt ist.

Wir wollen erreichen, daß für jeden Kurs eine Unterrichtsschwester eingestellt wird. Einen Offenen Brief, den wir dazu geschrieben haben, haben wir gemeinsam dem Verwaltungsdirektor übergeben. Die Möglichkeit eines Streiks wird diskutiert.

Wir werden nach dem geltenden Tarifrecht bezahlt, d.h. im zweiten Ausbildungsjahr bekomme ich 590 DM netto. Das reicht kaum aus. Wir fordern 900 Mark brutto, d.h. etwa 700 Mark netto für alle Auszubildenden gleich, wie es auch die ÖTV-Bundesjugendkonferenz tut.

Entgegen dieser Forderung ist das Gehalt der neu eingestellten Krankenpflegeschüler um 10 1/3 Prozent gesenkt worden. Durch die geplante Änderung des Krankenpflegegesetzes sollen wir jetzt den Status eines Schülers bekommen. Die neueingestellten Schüler mußten bereits jetzt unterschreiben, daß sie keinen Anspruch auf Bezahlung haben. Wir wären dann auch auf das BAFöG angewiesen oder können sehen, wo wir das Geld herkriegen. Außerdem wird uns damit das Recht genommen, uns gewerkschaftlich zu organisieren. Der Zweck ist, rechtlose Schüler noch stärker als bisher als billigste Arbeitssklaven auf den Stationen einzuspannen.

Dieser Zustand entspricht genau dem, dem die Studenten im Praktischen Jahr ausgesetzt sind. Für uns ist vollkommen klar: Der minimalste Schutz, den jeder Auszubildende gegen eine schrankenlose Ausnutzung als billige Arbeitskraft braucht, ist ein Tarif- und Ausbildungsvertrag."

Habt ihr schon Erfahrungen mit rechtlosen Gruppen am Krankenhaus gemacht?

„In den Kliniken sind Kollegen eingestellt, die nur Verträge für drei Monate oder ein halbes Jahr haben, was z.B. dazu führt, daß sie sich nicht gegen Überstundenarbeit wehren, damit sie ihren Arbeitsplatz nicht verlieren. Dies spaltet die Kollegen und erschwert so den gemeinsamen Kampf."

Was würde es für die Kollegen am Krankenhaus bedeuten, wenn dort ein Teil der Beschäftigten ohne Bezahlung und ohne gewerkschaftliche Rechte arbeiten müßte?

„Ich kann mir vorstellen, daß z.B. die PJ-Absolventen, wenn wir unseren Streik durchführen, als Lückenbüßer eingesetzt werden und den Streik schwächen."

Werden die Medizinstudenten Unterstützung finden, wenn sie jetzt nach der Urabstimmung in den Streik treten?

„Ja, ich bin der Meinung, daß diese notwendigen und gerechten Forderungen nur mit einem Streik durchgesetzt werden können, weil auch wir die Erfahrung gemacht haben, daß durch Gespräche und Bittbriefe sich nichts ändert. Ich hoffe, daß durch die Urabstimmung die Einheit darüber erzielt werden kann, damit der Streik erfolgreich verläuft."

Aus dem „2. Referentenentwurf eines Gesetzes für nichtärztliche Heilberufe in der Geburtshilfe und in der Krankenpflege" vom 1.7.1975:

§ 2:
(1) Eine Erlaubnis (zur Ausübung der beruflichen Tätigkeit) ist auf Antrag zu erteilen, wenn der Antragsteller
1. die durch dieses Gesetz vorgeschriebene Ausbildung erworben und die staatliche Prüfung bestanden hat
2. sich nicht eines Verhaltens schuldig gemacht hat, aus dem sich die Unzuverlässigkeit in der Ausübung des Berufs ergibt und
3. nicht wegen eines körperlichen Gebrechens, wegen Schwäche seiner geistigen oder körperlichen Kräfte oder wegen einer Sucht
zur Ausübung des Berufs unfähig oder ungeeignet ist.
§ 5:
(1) Die Ausbildung für Hebammen und Entbindungshelfer, für Krankenschwestern und Krankenpfleger und für Kinderkrankenschwestern und für Kinderkrankenpfleger dauern jeweils drei Jahre und schließen mit der staatlichen Prüfung ab. Sie werden an Berufsfachschulen oder ähnlichen schulischen Ausbildungseinrichtungen durchgeführt, bei denen durch die Verbindung oder Zusammenarbeit mit einem oder mehreren geeigneten Krankenhäusern die Durchführung der praktischen Ausbildung gewährleistet ist.
§ 7:
(1) Der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit regelt durch Verordnung mit Zustimmung des Bundesrates in Ausbildungs- und Prüfungsordnungen die Mindestanforderungen an die dreijährige Schulausbildung nach § 5 Absatz 1.
Für die dreijährigen Schulausbildungen soll eine für alle drei Ausbildungsgänge einheitliche Grundbildung im 1. Ausbildungsjahr vorgesehen werden. An diese Grundbildung soll sich eine Zwischenprüfung anschließen, deren Bestehen Voraussetzung für die Fortsetzung der Ausbildung ist.

kenpfleger dauern jeweils drei Jahre und



Hamburg. Die Stadtteilzelle Eimsbüttel des KBW führte am 23.4. einen Agitationsstand durch. Große Aufmerksamkeit fanden Dias über die Kinder in Zimbabwe. Teilweise guckten sich bis zu 12 Kindern gleichzeitig die Dias an. Kinder aus dem Stadtteil malten außerdem Bilder, die in dieser Woche auf einem Bazar verkauft werden sollen, um Geld für Gewehre für die Jugend Zimbabwes zusammenzubekommen.

sammenzubekommen.

Getroffene Hunde heulen

Vertuschung von Berufskrankheiten in der Vorlesung „Innere Medizin" des Prof. Bernsmeier

Die Hauptvorlesung „Innere Medizin" von Prof. Bernsmeier gilt als die wichtigste Vorlesung im Kieler Klinikum. Selbst am Ende des Semesters kommen noch 50 Studenten, um Bernsmeier regelmäßig zu hören. Bernsmeier gibt sich gern menschenfreundlich-jovial und liebt es, wenn bettlägerige Patienten zu Demonstrationen in den Hörsaal geschoben werden, väterlich den Arm um das Kopfkissen zu legen. Fast das ganze Wintersemester über hatten es die revolutionären Studenten nicht gewagt, Bernsmeiers Ruf als Wissenschaftler auch nur anzukratzen, bis kurz vor Semesterende folgendes passierte:

Prof. Bernsmeier stellte einen 33jährigen Patienten vor, der innerhalb von etwa einem Jahr zweimal einen Spontanpneumothorax bekommen hatte (ein Lungenbläschen platzt, Luft gelangt in die Brusthöhle und ein Teil der Lunge zieht sich zusammen). Ursache dafür seien angeborene Emphysenblasen (überblähte Lungenbläschen), die bei zufälligen Druckbelastungen „spontan" eben platzen könnten.

Ein Student fragte nach besonderen beruflichen Belastungen wie z.B. durch schweres Heben, das bei Möbelpackern die Entstehung von Blähungen begünstigt. Sofort zog Bernsmeier einen Bourgeois als Beispiel aus der Tasche: Ein befreundeter Professor habe einen Spontanpneumothorax beim Halten einer Rede bekommen – je, dem Patienten sei's beim Heben eines Mülleimers passiert.

Als der Student nun den Beruf des Patienten wissen wollte, stellte sich heraus, daß er bei der Müllabfuhr arbeitete: Bernsmeiers Mülleimer war also wohl eine Mülltonne, war die naheliegende Vermutung. Wütend wies Bernsmeier das als völlig unbewiesen zurück, betonte nochmals, die angeborenen Emphysemblasen seien das wesentliche, Belastungen seien eben Zufall, und brach die Vorlesung ab.

Offensichtlich ertappt und in die Defensive geraten, begann nun Bernsmeier die folgende Vorlesung mit einem Manöver: Eine nochmalige Befragung des Patienten habe ergeben, daß der Spontanpneumothorax (nun plötzlich) nachts aufgetreten sei. Um seine Zufallstheorie zu untermauern, brachte er dann noch einige Röntgenbilder von einem Oberschüler, dem das gleiche auf dem Schulweg passiert sei.

Als im weiteren Verlauf der Vorlesung Bernsmeier u.a. behauptete, die Silikose (Steinstaublunge) komme heute praktisch nicht mehr vor, ein Student sie aber als zweithäufigste Berufskrankheit, die im Steigen begriffen ist, nachweisen konnte, war's um Bernsmeier geschehen. Wütend brüllte er: „Halten Sie das Maul, ich bin hier der Professor".

Stattdessen warf der Student ihm vor, daß es anscheinend zur Art seiner Wissenschaft gehört, sich nicht für die Berufsbelastungen seiner Patienten zu interessieren. Mit sicherem Instinkt des Bourgeois ließ Bernsmeier darauf eine wilde Haßtirade auf „den Sozialismus" los und erkundigte sich nach dem Namen des Studenten ...

Nach der Vorlesung entwickelten sich heftige Debatten unter den Studenten und die Klassenfronten rissen auf.

Einige Bourgeoisstudenten stießen wüste Beschimpfungen gegen den Genossen aus, er habe keine Ahnung von Wissenschaft und wie man sich einem Professor gegenüber verhält und zogen geifernd ab. Die große Mehrzahl der Studenten stimmte bald zu, daß Bernsmeiers Wissenschaft die Bedeutung der kapitalistischen Arbeitsbedingungen für die Krankheitsentstehung leugnet, denn das entspricht ihren gesellschaftlichen Erfahrungen als besitzlosen Studenten. Eine ganze Reihe war jedoch der Meinung, man dürfe ihm nicht so schroff widersprechen. „Wenn ich Professor wäre, würde ich mich wahrscheinlich auch aufregen" und versuchten, ihn zu entschuldigen.

Diesem klassenversöhnlerischen Standpunkt trat die Zelle mit einem Flugblatt entgegen, das nachwies, wie Bernsmeiers Theorie vom Zufall der Bourgeoisie dient, die Zusammenhänge zwischen den Ausbeutungsbedingungen und der Gesundheit der Arbeiterklasse bewußt zu verdunkeln und die frühzeitig verschlissenen Arbeiter um ihre Rente zu bringen. Denn die Bourgeoisie erkennt nur soche Krankheiten als berufsbedingt an, „die nach den Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft als durch besondere Einwirkungen verursacht sind ..." (§ 551 RVO).

Daß Bernsmeier nicht ein beschränkter Kliniker, sondern ein bürgerlicher Wissenschaftler ist, der die Studenten in seiner Vorlesung für seine reaktionären Theorien zu gewinnen und damit an die Seite der Bourgeoisie zu führen sucht, konnte klar herausgestellt werden.

Im Stadium des Imperialismus, wo sich die Klassengegensätze zuspitzen, die Lebensbedingungen von Bourgeoisie und besitzlosen Klassen sich immer mehr widersprechen, sind Wissenschaftler wie Bernsmeier leicht damit in die Defensive zu bringen, daß man ihren Theorien die einfachen Lebenserfahrungen der besitzlosen Klassen entgegenstellt, die einfache gesellschaftliche Wirklichkeit, z.B. daß bei der Müllabfuhr Mülltonnen gehoben werden müssen.

Es ist uns gelungen, Bernsmeiers Patienten ausfindig zu machen und zu interviewen.

Heraus kam, daß er tatsächlich Mülltonnen zu heben hatte, aus den Kellern zur Straße. Nachdem sein erster Pneumothorax verheilt war, haben die Arbeiter ihn direkt neben den Müllwagen gestellt, damit er nicht mehr schwer heben muß. Ohne Anweisung des Arztes. Nach seinem zweiten Pneumothorax wurde seine Lunge operiert. Darauf haben die Chirurgen ihm einen Brief geschickt, in dem sie ihm nahe legen, sich beim Arbeitsamt nach einer leichteren Arbeit umzusehen. Ein verschlossener Arztbrief an die ärztliche Dienststelle des Arbeitsamtes liegt bei. Er hat nun Angst, arbeitslos zu werden. Das ist gesellschaftliche Realität, die die bürgerlichen Wissenschaftler mit ihren Theorien verschleiern wollen. Doch die Realität ist hartnäckig.

Wenn die Revolutionäre die gesellschaftliche Realität untersuchen und enthüllen und ihrer Verfälschung durch die bürgerlichen Professoren so entgegentreten, dann können sie deren Theorien schlagen. Der wissenschaftliche Ruf so mancher Bourgeois-Größe wird dabei zum Teufel gehen. Das wütende Gebrüll Prof. Bernsmeiers, nachdem nur einige Tatsachen vorgebracht wurden, zeigt, daß sie bereits getroffen haben. – (Rote Zellen Kiel/Zelle Medizin)

Der bewaffnete Aufstand gegen die Bourgeoisherrschaft ist der einzig gangbare Weg zum Sozialismus

Die Geschichte der Klassenkämpfe in Deutschland schließt die bittersten Erfahrungen des internationalen Proletariats in sich ein. Zweimal gelang es den deutschen Monopolbourgeois, von dem deutschen Reich als Basis aus nach der Weltherrschaft zu greifen. Zweimal mißlang es der Arbeiterklasse, diesem Griff nach der Weltherrschaft durch die Revolution zuvorzukommen. Zweimal mißlang es der Arbeiterklasse, den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg gegen die eigene Bourgeoisie zu verwandeln.

Diese beiden Versäumnisse wirkten auf den faulenden Imperialismus wie eine Jungbrunnenkur. Nicht nur für die deutsche Monopolbourgeoisie, sondern international.

Niederlagen brauchen nicht umsonst geschehen zu sein. Man kann aus Niederlagen lernen. Die historischen Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung sind, das weiß jeder, fester Bestandteil des Bewußtseins der Volksmassen in unserem Lande. Politisches Resultat dieser Erfahrungen ist, daß die Arbeiterbewegung in Westdeutschland politischen Parteien mit großer Zurückhaltung gegenübersteht. Auch den Revolutionären, denn haben sie nicht ihre Unfähigkeit, das Proletariat zum Sieg zu führen, zweimal bewiesen? Dies ist aber nicht das einzige politische Resultat.

Im Sommer 1968 befand sich der Verfasser dieser Zeilen bei der Armee als Schütze. Wir wurden nachts geweckt und zum Schießplatz gefahren. Auf dem LKW hörte ein Kamerad Radio. Wir erfuhren, daß die UdSSR in die Tschechoslowakei eingefallen sei. Es gab sofort Diskussionen. In unserem Zug war die allgemeine Ansicht: Wenn sie uns einsetzen wollen, so wissen wir schon, wie wir uns in die Büsche schlagen. Lediglich zwei Kameraden waren anderer Ansicht. In den folgenden Wochen hatten wir Ausgangssperre. Es wurde viel geredet. Man konnte die Ansichten in der ganzen Kompanie feststellen. Das war so: Ein wehrübender evangelischer Pfaffe, der uns gerade die Ehre gab, brüllte die ganze
der evangelischer Pfaffe, der uns gerade die Ehre gab, brüllte die ganze
Zeit herum, wenn das Vaterland riefe, so müsse man. Der Kompaniechef, ein abgelebter Major, sorgte sich ernstlich um seine Pension. Der Leutnant und der Oberleutnant, beides Berufssoldaten, suchten die „Diskussion" „frei" und „offen". Die Unteroffiziere entwichen aus der Kasernenbereitschaft über den Zaun; politisch waren sie halbe-halbe gespalten. Bei den Mannschaften stellte sich's nach einiger Zeit so dar: Ein Drittel erörterte, wie man dersertieren könne. Der Rest vereinigte sich auf der Linie, es würde erstens soweit sowieso nicht kommen, und wenn, dann sei es schwierig. Direkte Fürsprecher von Befehl und Gehorsam waren es in der ganzen Kompanie bei den Mannschaften viere oder sechse. Mehr nicht.

Dennoch war im Verlaufe dieser Krise die Zahl derer, die den Gehorsam verweigern und desertieren wollten, stark geschrumpft. Je länger die Spannung andauerte – und man hielt uns volle vier Wochen in der Kaserne gesperrt – um so deutlicher wurde, daß Desertation kein Ausweg würde sein können. Es herrschte politische Ratlosigkeit.

Im Rückblick kommt man zu der Ansicht, daß damals eine Lage bestand, in der eine Volksdemonstration von einigen Tausend ein marschierendes Panzerbataillon hätte aufhalten können. Andererseits, *ohne* eine solche Demonstration wäre das Panzerbataillon nach einer Reihe von „Pannen" und einzelnen Desertationsverlusten am Feind gelandet, und es hätte sich sodann auch geschlagen.

Man kann solche Vorfälle auch als sinnlose Anekdoten verstehen; bloß weil diese Ereignisse von der offiziellen Bourgeoispresse nicht leicht zusammengefaßt vorgestellt werden, gerade weil sie den konzentrierten Ausdruck einer sehr komplexen Klassenkampfsituation bilden.

Die Situation war damals und ist bis heut geblieben: Die wehrpflichtige Jugend, zwangsweise in die Armee gepreßt, wird nicht marschieren, wenn es eine politische Bewegung gibt, die die Interessen des Proletariats vertritt. Sie kann zum Marschieren gezwungen werden, wenn es eine solche politische Bewegung nicht gibt. Im ersten Falle zählt die historische Erfahrung, wie sie sich innerhalb der unterdrückten Klassen ohne weiteres Zutun vermittelt. Im zweiten Falle zählt der Machtapparat der Bourgeoisie, ihr Propagandaapparat und zählt vor allem die Demoralisierung, die eine große Masse stets dann überkommen muß, wenn sie an der Entfaltung ihrer Kraft gehindert ist und sich bewegungsunfähig findet, weil ihr Organisation gebricht.

1973 wurde der KBW gegründet. Im Unterschied zu den „linken" Verbrüderungen, die sich aus den Klassenkämpfen der Vorjahre auch herausgebildet hatten, war die Gründung des KBW ein rationeller Zusammenschluß von Revolutionären *um ein politisches Programm*. Auf der Gründungskonferenz, die einer längeren, öffentlich geführten Erörterung folgte, gab es um die folgende Festlegung unseres Programms eine mehrere Stunden andauernde Debatte:

> „Allen sozialchauvinistischen und sozialimperialistischen Versuchen, der westdeutschen Arbeiterklasse irgendwelche gemeinsamen Interessen mit ihrer Bourgeoisie vorzutäuschen und sie dadurch auf deren Seite zu zerren, treten die Kommunisten jederzeit entgegen. Gelingt es dem Proletariat nicht, einen weiteren imperialistischen Krieg durch die Revolution zuvorzukommen, so wird es zu seiner Aufgabe, den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg gegen die eigene Bourgeoisie zu verwandeln."

Von der Rechten, die sich um die Zeitung „Die Wahrheit" gesammelt hatte, wurde gegen diese Festlegung allerhand Rührseliges vorgebracht. Was nicht Aufstandsversuche zur Unzeit schon blutige Opfer gekostet hätten. Daß es doch durchaus lange, eine politische Front für den Frieden zu starten, und die Möglichkeiten der Aktionseinheit einenge, wenn man die Losung des Bürgerkrieges auf seine Fahnen schreibe. Endlich gab es noch einige Schlauköpfe, die davon sprachen, daß man diese Festlegung, wenn schon, dann so formulieren sollte, daß „kleinere Kriege" wenigstens ausgespart blieben. Damit waren Kolonialkriege gemeint.

Der rechte Flügel auf dieser Gründungskonferenz war etwa ein Fünftel stark, die Linke etwa genauso. Drei Fünftel empfanden die Hitzigkeit der Debatte ausgerechnet um diesen
Punkt für etwas übertrieben und für
Debatte ausgerechnet um diesen Punkt für etwas übertrieben und für des Kaisers Bart. Da zu erkennen war, daß die Linke über diesen Punkt die ganze Gründung würde platzen lassen, gab man ihr nach.

Aber gegessen und erledigt, das war die Frage nie, das ist sie nicht und das kann sie auch gar nicht sein. Allerdings, die Vorgänge auf der damaligen Gründungskonferenz des KBW bezeichnen schlaglichtartig, daß in etlichen Fragen die „linke Bewegung", aus der sich der KBW erst noch herausarbeiten mußte, *weit* hinter den objektiven Aufgaben des Klassenkampfes und auch weit hinter der ideologischen Reife, die die Arbeiterklasse hat, herhinkte. In der Arbeiterklasse und in den Volksmassen war die Ansicht zu diesem Problem: Wenn sie einen Krieg anfangen, dann müssen sie weg.

Die Zeitschrift „Arbeiterkampf" aus Hamburg, die nicht verstehen kann, wie der von ihr beobachtete „Aufwand" des KBW mit seiner „politischen Talfahrt" zusammenpaßt, äußert sich in ihrer Mai-Ausgabe, die das flachste der bislang erschienenen 103 Stück „Arbeiterkämpfe" darstellt:

> „Nein, im Ernst, wissen diese Komiker denn nicht, wie unendlich schwer und langwierig es ist, die bürgerliche Armee soweit zu ‚zersetzen', daß sie ‚die Gewehre umdreht'? Wissen sie nicht, daß die Bourgeoisie sich außerdem militärische und polizeiliche Spezialeinheiten geschaffen hat, die von vornherein auf die Unterdrückung der Volksmassen gedrillt sind und die der ‚Zersetzbarkeit' eines Wehrpflichtheeres oder der ‚normalen' Polizeitruppen nicht unterliegen? Wie kommt es, daß in Spanien, Italien und anderswo Dutzende Werktätige und Genossen bei Demonstrationen von der Polizei erschossen wurden? Wie kommt es, daß in China ein jahrzehntelanger Volkskrieg geführt werden mußte? Wie kommt es, daß die US-Armee in Vietnam jahrelang plünderte und mordete, statt sofort ‚zersetzt' auseinanderzufallen?"

Es geht um die „Nachbereitung" der Operationen gegen den Kernkraftwerksbau Brokdorf, die bekanntlich an der politischen Spaltung, die von den Opportunisten in diese Massenaktion getragen wurde, gescheitert sind. Da ziemlich viele in Brokdorf dabei waren, sparen wir uns eine ausführliche Erwiderung zur Sache selbst, denn es war halt so, und man weiß es.

Worum es diesen Leuten geht, das sieht man doch.

Darüber hinwegtäuschen, daß zwei nicht verhinderte Weltkriege bei anschließender Rekonstruktion des Kapitalismus genug an „unendlich schwieriger und langwieriger Entwicklung" sind;

darüber hinwegtäuschen, daß aus der durch die historische Erfahrung der Volksmassen eingeschränkten Gebrauchsmöglichkeit der bewaffneten Formationen tatsächlich besondere Probleme für die Bourgeoisie entstehen;

darüber hinwegtäuschen, daß die Schaffung von „Spezialeinheiten" doch bloß die ideologische Schwäche der gewöhnlichen Truppen ausdrückt. Wenngleich diese Spezialtruppen gefährlich sind, sind sie doch minder gefährlich als Zustände innerhalb der Polizei, die sie überflüssig machten;

endlich, indem die Aufgaben der Revolutionäre in unserem Lande kunterbunt mit den Aufgaben der Revolutionäre in anderen Ländern durcheinandergeworfen werden, die Angelegenheit vollends undurchsichtig machen.

Woher der späte Anlauf, denn es ist viel Zeit vergangen seit der Aktion Brokdorf?

Das Bild von der *Übermacht* der Bourgeoisie wird an die Wand projiziert, weil die Erfahrungen der Klassenkämpfe der letzten Jahre zeigen, wenn sich die Massenbewegung politisch eint und insofern sie sich politisch eint, hat die Arbeiterbewegung, die demokratische und revolutionäre Bewegung mehr Raum zur Entfaltung ihrer Kraft als vordem; dies, obwohl die herrschende Klasse einen strammen Rechtskurs der politischen Entrechtung steuert und obwohl die Machtmittel stets und ständig ausgebaut werden.

Und vor allem: Soweit die Massenbewegung ihre politische Einheit auch vor und gegen den staatlichen Unterdrückungsapparat zu demonstrieren versteht, sind die Folgen für die Masse der bewaffneten Formationen der Bourgeoisie verheerend für deren Knechtsdisziplin.

Wenn man sich hingegen politisch spalten läßt, oder auch wenn man in Folge politischer Spaltung zurückweicht, sind die Folgen für die eingesetzten Truppen schlecht, denn der Kadavergehorsam kommt widerstandslos zur Geltung und der Widerstand der Menschen, die durch direkten oder ökonomischen Zwang in diese Formationen gepreßt sind, kann unterdrückt werden.

Wir denken, da die Überproduktionskrise so weit gediehen ist, daß die Imperialisten keinerlei Möglichkeit mehr sehen, den imperialistischen Konkurrenzkrieg auf lange Zeit hinauszuschieben, wird sich in den kommenden Jahren entscheiden, welche Opfer die Arbeiterklasse in der Erfüllung ihrer historischen Aufgabe bringen muß. Dies wird entscheidend davon abhängen, ob die politische Zersetzung der Knechtsdisziplin so weit gediehen ist, daß Teileinheiten auf die Seite der Revolution übergehen, und in welchem Umfang das gelingt.

Die Zeitschrift „Arbeiterkampf", die von unendlichen Schwierigkeiten daher quasselt. Die unendlichen Schwierigkeiten dieser Leute bestehen in ihren vollständig anderen Absichten, warum soll es denn „unendlich schwierig" sein, vor Polizeischulen in Hamburg Flugblätter zu verteilen? Warum soll es denn „unendlich schwierig" sein, *nicht* vor jeder Polizeimütze Fersengeld zu geben? Ist es nur, wenn irgendwelcher Schmarren auf den Flugblättern steht und wenn politisch irgendwelcher Unsinn vertreten wird, um den sich haltbar niemand zusammenschließen kann.

Im Jahre 68 haben wir, in unsere Kaserne eingesperrt, sehr darauf gewartet, daß wir etwas von „der Linken" hören. Die „Linke" hat sich nicht gerührt, obzwar die Garnison in einer Großstadt lag.

Diese Tradition soll fortgesetzt werden. Nicht von uns, da ist uns der Preis zu hoch, wir haben kein Interesse daran, die unendlich langwierigen und schwierigen Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung noch um eine „langwierige" und schwierige Erfahrung „reicher" zu gestalten. – (Z-Red)

Für den Straßenkampf ist der „Leopard" ungeeignet



Göttingen. Ich war Fahrer auf dem Kampfpanzer Leopard. Eine Leopardbesatzung besteht aus vier Mann: einem Richtschützen, einem Ladeschützen, einem Fahrer und einem Kommandanten, meist ein Unteroffizier. Ausgerüstet ist der Leopard mit einer 105-mm-Bordkanone, zwei Flugabwehr-MGs, einem Turm-MG. Die Besatzung trägt Pistolen bzw. MP.

Der Leopard ist für den Feuerkampf auf ca. fünf bis 15 km Distanz gebaut. Der Leopard kann in erster Linie nur auf offenen Flächen eingesetzt werden. Hier ist er anderen Panzern insofern überlegen, als er mit seiner Waffenstabilisierungsanlage auch im Fahren schießen kann. Die Panzereinheiten sind dementsprechend in der Heide konzentriert.

Für den Nahkampf ist der Leopard völlig ungeeignet. In der Kampfausbildung meiner Kompanie, der 4. Kompanie des Panzerlehrbattaillons 93 in Munster wurde uns von Leutnant Schulz folgendes beigebracht: Wenn wir uns in Gebieten befinden, in denen wir mit Feindberührung rechnen müssen, so dürfen wir niemals in dichtes Waldgebiet fahren. Der Turm ist dann nicht mehr schwenkbar und wir können, ohne den Panzer teilweise zu verlassen, keine einzige Waffe einsetzen. Grenadiere sind uns dann weit überlegen.

Das Verhalten in Ortschaften: Mit Vollgas durchfahren, nicht anhalten. Richtschütze und Kommandant beobachten dabei Kellerfenster und Dächer. Mit einer Panzerfaust kann nämlich die Panzerung mühelos durchschlagen werden, mit Handgranaten können die Winkelspiegel, durch die die Besatzung bei geschlossenen Luken überhaupt nur etwas sehen kann, zerstört werden.

In der Fahrschule erzählte man uns, daß der Panzer für die Besatzung selbst ziemlich gefährlich ist und es passieren des öfteren Unfälle. Z.B. werden Soldaten zwischen Turm und Wanne beim Drehen des Turmes zerquetscht oder es kommt zu Unfällen im Technischen Bereich, wo die Soldaten zwischen den einzelnen dichtstehenden Panzern arbeiten müssen.

Im Panzer selbst kann jedes Besatzungsmitglied meist nur seine eigene Aufgabe erfüllen. D. h., der Ladeschütze versteht nichts von der Arbeit des Richtschützen, der Richtschütze kann den Panzer nicht fahren. Nur die Kommandanten haben auf allen Plätzen eine Ausbildung erhalten.
(e, SRK Göttingen)

Postlehrlinge für Lohnfortzahlung während der Wehrdienstzeit

Göttingen. Vier Fernmeldelehrlinge der Ausbildungsstelle des Fernmeldeamtes Göttingen unterstützen mit einer Resolution die Forderung nach Lohnfortzahlung während der Wehrdienstzeit und das Recht auf jederzeitige Kündigung und wollen dafür die anderen Lehrlinge gewinnen. Einer der Lehrlinge hatte sich vor der Lehre für zwei Jahre beim Bundesgrenzschutz verpflichten müssen, weil das Geld sonst nicht gelangt hätte. In der Resolution heißt es:

„Wir unterstützen die Forderung nach Lohnfortzahlung für Soldaten. Einige von uns werden eingezogen werden, wenn sie mit der Lehre fertig sind. Bei dem Lohn, den wir gegenwärtig kriegen, ist man gezwungen, Schulden zu machen oder von den Eltern zu leben. Bei einem Hungersold, wie er bezahlt wird, wird sich das noch steigern. Man kommt kaum aus der Kaserne raus.

Der niedrige Wehrsold bildet auch die Grundlage dafür, die Soldaten mit Hilfe von Geldstrafen zu unterdrücken. Kein Arbeiter kann sich leisten, 15 Monate lang seine Arbeitskraft zu verschenken.

Deshalb sind wir dafür, daß den Soldaten der Lohn weitergezahlt wird und denen, die aus der Lehre kommen, der Lohn, den sie sonst gekriegt hätten.

Außerdem muß jeder in der Armee das elementare Recht haben, jederzeit zu kündigen oder den Dienst in der Armee zu verweigern. Wir sind der Meinung, daß die Gewerkschaft unbedingt für diese Forderungen eintreten muß."

„Z-Sau?"

Schwanewede/Bremen. In der 4./322 verpflichtete sich vor kurzem ein Soldat für 2 Jahre. Die erste Reaktion der anderen Soldaten war: „Z-Sau". In der Debatte mit dem Soldaten kam heraus: Er hatte sich nicht freiwillig verpflichtet, sondern wurde durch den niedrigen Sold dazu gezwungen. Durch die teuren Heimfahrten und die hohen Lebenshaltungskosten mußte er Schulden machen bei der Bank, Freunden und Verwandten, da er von seinen Eltern nicht unterstützt wurde. So wuchsen ihm die Schulden über den Kopf, und obwohl er nur noch 99 Tage hatte, mußte er sich verpflichten.

Ein Soldat in der 1./324 war so blank, daß er am Wochenende in der Kaserne bleiben mußte. Er konnte sich keine Heimfahrt mehr leisten. Um abends wegzugehen, fehlte ihm ebenfalls das Geld. So übernahm er für 10 DM von einem anderen Soldaten den GvD-Dienst.

Vertrauensmannwahl

Vertrauensmannwahl

Göttingen. Zieten-Kaserne. Vor einer Woche haben die neu gezogenen 150 Rekruten den Vertrauensmann gewählt. Bei der Vorstellung der Kandidaten gab es eine Diskussion über die Lohnfortzahlung, die ein Kandidat vertrat. Die Kompanieführung hatte daraufhin noch vor der Wahl den Sicherheitsoffizier, der Unterricht über „Zersetzung" durchführte. Die Sicherheit der Bundeswehr sei gegenwärtig vor allem von Zersetzung bedroht, dabei schwenkte er die Zeitungen des Göttinger Soldaten- und Reservistenkomitees und sagte, der KBW stecke dahinter. Die Kommunisten würden geschickt vorgehen und an den Problemen der Mannschaften wie der Lohnfortzahlung ansetzen. Solche müßten sofort dem Vorgesetzten und dem MAD gemeldet werden.

Der Kandidat, der für Lohnfortzahlung eingetreten ist, hat 56 Stimmen bekommen und wurde damit 2. Stellvertreter. Der Soldat, der Vertrauensmann wurde, hatte erklärt, sich für die Interessen der Mannschaften einzusetzen. Der Vertrauensmann und die beiden Stellvertreter wollen zusammenarbeiten.

Der Militärattache

Die wachsende Bedeutung und zunehmende Zahl von Militärattaches in der BRD drückt die verschärfte Konkurrenz der Imperialisten und ihre Kriegsvorbereitungen aus. *„Die Bundesrepublik Deutschland hat in letzter Zeit eine ständig steigende Zahl von Militärattaches ins Ausland entsandt. Seit Anfang Oktober 1976 befindet sich mit Brigadegeneral Vogel zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg wieder ein deutscher Militärattache in Moskau. Bereits vorher hatten die Militärattaches in China, Rumänien, Syrien und Israel ihre Tätigkeit aufgenommen."* Sicher nicht zufällig sind die ersten Militärattaches in einem Hauptgebiete der weltweiten Rivalität der Imperialisten im Nahen Osten (Syrien/Israel) angesiedelt und in der UdSSR, dem Hauptrivalen der westlichen imperialistischen Länder. *„Damit hat die BRD, die sich langsam anschickt, auf politischem Gebiet eine ihrer wirtschaftlichen Stellung entsprechende Verantwortung zu übernehmen, im militärpolitischen Bereich eine Aktivität entfaltet, die ihren weltweiten Engagement und der Bedeutung der Bundeswehr als Beispiel einer modern geführten und ausgerüsteten Armee und wichtiger Faktor der Abschreckung im Nato-Bündnis entspricht."* Das steckt die weitere Entwicklung klar ab. *„Hauptaufgabe des Militärattaches ist es, Erkenntnisse über die militärische und militärpolitische Lage des Gastlandes zu sammeln, um auf diese Weise ein genaues Bild über dessen Sicherheitslage zu liefern."* (Alle Zitate: Information für die Truppe 2/77, S.8)

Heftige Lohnkämpfe in Griechenland

Seit Jahresbeginn haben die Arbeiter, Angestellten und einfachen Beamten in Griechenland in einer nicht abreißenden Kette von Streikkämpfen den Kampf um die Erhaltung ihres Reallohns aufgenommen. Die Streiks haben so gut wie alle Wirtschaftszweige und viele Einrichtungen des Staates erfaßt. Oft dauerten sie mehrere Wochen lang, so die Streiks der Fernmelde- und Elektrizitätsarbeiter, der Lehrer an Gymnasien und Privatschulen, der Hafenarbeiter von Piräus, der Bergarbeiter und der Piloten von Olympic Airways. „Jeder fünfte Grieche war in diesem Jahr bereits mindestens einmal im Ausstand", jammert die bürgerliche Presse, und behauptet, es handele sich um eine unerklärliche „Streiklust", die die Arbeiter und Lohnabhängigen ergriffen habe. Schaut man sich die Löhne der Arbeiter an, die zwischen 400 und 600 DM im Monat liegen, bei Preissteigerungsraten von 10 bis 15 %, dann sind die zahlreichen Streiks keineswegs unerklärlich. Ebensowenig sind die „politischen Motive" unerklärlich, die das Ministerium für öffentliche Ordnung in zahlreichen Streiks festgestellt hat, die die bürgerliche Zeitung „Estia" wütend als „Revolutionsgymnastik" beschimpfte. Tatsächlich handelt es sich darum, daß in vielen Streiks sich wirtschaftliche Forderungen mit Forderungen gegen die politische Reaktion verbinden. Die Unterdrückungsmaßnahmen der Karamanlis-Regierung, womit sie das griechische Volk ins Völkergefängnis der „Europäischen Gemeinschaft" hineinschleifen will, treiben selbst diesen politischen Kampf hervor. Auf die streikenden Bergarbeiter wurde jetzt erstmals seit dem Sturz des Faschismus die Gendarmerie in voller Bürgerkriegsausrüstung losgelassen. Beschäftigte im Öffentlichen Dienst wurden unter dem Kriegsrecht, das bis heute herrscht (seit dem Zypernkonflikt und dem Sturz der faschistischen Obristen im Juli 1974), zwangsverpflichtet. Jetzt wurde das auch auf die streikenden Lehrer der Privatschulen der Reichen angewendet. Wer nicht zum Dienst antritt, kann nicht nur entlassen, sondern vor ein Militärgericht gestellt werden.



Auf unserem Bild erheben die Arbeiter und Arbeiterinnen des US-Konzerns ITT in Athen ihre Forderungen gegen den imperialistischen Ausbeuter.

Dänemark: Mit „parlamentarischer Demokratie" soll der Lohnraub durchgesetzt werden

Die zentralen Tarifverhandlungen in Dänemark endeten nach monatelangem Hin und Her mit einer Zwangsschlichtung, die eine Lohnerhöhung von 2 % vorsieht, dazu einige Teuerungszuschläge und die Anhebung des Mindestlohns auf 19 Kronen in der Stunde. Dieses Ergebnis entspricht genau den staatlichen „Lohnleitlinien". Die Mehrheit der im Unternehmerverband organisierten Kapitalisten hat das Ergebnis der Schlichtung „abgelehnt". Tatsächlich wurde so der Regierung die Möglichkeit gegeben, sich als Anwalt der Interessen der Arbeiter aufzuspielen und das Ergebnis der Zwangsschlichtung im Parlament praktisch als Gesetz verabschieden zu lassen, während sich die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer gleichzeitig in einer Urabstimmung eine brüchige Mehrheit für die Annahme der Zwangsschlichtung verschafften. Das ganze war ein übles Spiel. Es zeigt die Reife der proletarischen Klassenbewegung in Dänemark, daß dennoch 32,8 % aller Arbeiter, die an der Urabstimmung teilnahmen, gegen die Zwangsschlichtung stimmten, und zwar genau jene Teile der Klasse, die in den letzten Wochen und Monaten in hartnäckigen Kämpfen gestanden haben, wie die Arbeiter der Keramik- und der Druckgewerkschaft. Noch mehr: Ungeachtet der Zwangsschlichtung führen die Arbeiter in 300 größeren und kleinen Druckereibetrieben ihren Streik fort gegen die Zwangsschlichtung und insbesondere für die Anhebung des Mindestlohns auf 35 Kronen. Ihr Streik dient auch der Unterstützung des beispielhaften Kampfes der Arbeiter und Angestellten des Kopenhagener Zeitungskonzerns Berlingske, die sich gegen die Herausrationalisierung mehrerer hundert ihrer Kollegen und die damit verbundene Intensivierung der Ausbeutung wehren und gegen die Entlassungen von 1 000 Arbeitern während des Streiks. (Vgl. KVZ 13/77) Die Fortführung dieses Streiks – der jetzt praktisch einen schweren Gesetzesbruch und Angriff auf die Souveränität des bürgerlichen Parlaments darstellt – ist ein schwerer Schlag gegen die sozialdemokratische Politik der Klassenzusammenarbeit und ein Schritt vorwärts zur Herausbildung der politischen Selbständigkeit der Arbeiterklasse gegenüber der Kapitalistenklasse.



Spanien: Baskische Arbeiter und Jugendliche traten der Bürgerkriegsarmee des faschistischen Regimes mit Steinen und bloßen Fäusten gegenüber, als die große Kundgebung am baskischen Nationaltag für die Rechte der unterdrückten Nationalitäten in Spanien vom Innenminister verboten wurde. 7 000 Mann Bürgerkriegstruppen wurden nach Vitoria geschickt, um jede öffentliche Demonstration im Keim zu ersticken. Das gelang nicht. Tausende demonstrierten trotz scharfer Schüsse und brutaler Knüppeleien der Polizei und setzten sich zur Wehr.

Konferenz von sieben imperialistischen Räubern

Am 7. und 8. Mai findet in London eine erneute Wirtschaftskonferenz imperialistischer Staaten statt. Teilnehmen werden die BRD, Frankreich, Großbritannien, Kanada, Japan, Italien und die USA. Haben die Imperialisten noch auf ihrem letzten Treffen auf der Karibik-Insel Puerto Rico im Juni 1976 große Einigkeit nach außen demonstriert und so ihre Gegensätze verdeckt, so ist die Vorbereitung dieser Konferenz durch verschärfte Rivalität untereinander und unerbittlichen Konkurrenzkampf gekennzeichnet. Die ganze kapitalistische Welt ist in Aufruhr, weil die Überproduktionskrise nicht bewältigt wird, durch die Fortschritte im Zusammenschluß der Länder der Dritten Welt die Weltmärkte immer enger werden, Rohstofflager nicht mehr einfach verfügbar sind. Diese Tatsache treibt die Imperialisten gemeinsam gegen die Länder der Dritten Welt. Erklärtes Ziel der Konferenz ist es auch, ein gemeinsames Vorgehen gegen die Länder der Dritten Welt zu bestimmen. Aber nur, um sich untereinander um so erbitterter zu streiten, wie die Welt untereinander aufgeteilt werden soll. Insbesondere die Supermacht USA, die mit dem Sozialimperialismus um die Weltherrschaft ringt, ist in eine Offensive gegangen. Rücksichtslos will der USA-Imperialismus Weltmarktanteile zurückerobern, die er im Zuge seiner Niederlagen, die ihm die Völker der Dritten Welt beigefügt haben, verloren hat. Entsprechend scharf sind die Töne gegenüber ihren imperialistischen Konkurrenten. „Die USA wollen im Welthandel keine Rücksicht auf Europa nehmen", schreibt die Zeitschrift „Die Welt" zur Lage und zitiert dabei den amerikanischen Finanzexperten Blumenfeld.

Entfaltung einer Offensive von Kapital- und Warenexport auf der einen Seite, Schutz des Binnenmarktes auf der anderen Seite, das ist die gegenwärtige Politik der amerikanischen Finanzbourgeoisie unter der Regierung Carter, alles zum Zwecke der Sicherung von Höchstprofiten, zur Niederhaltung imperialistischer Konkurrenten, die erneut ökonomisch und politisch unterworfen werden sollen, um die Ausgangsbasis gegenüber der Supermacht UdSSR und den Kampf um die Weltherrschaft zu festigen. Konzentrieren tut sich diese Offensive auf die EG-Staaten, hier vor allem die BRD-Imperialisten, und Japan.

„Protektionistische Welle in den USA" tönt es in allen bürgerlichen Zeitungen Westeuropas gegenüber den Maßnahmen des US-Imperialismus. Die USA-Finanzbourgeoisie will durch neue Zollbestimmungen erreichen, daß der USA-Binnenmarkt gesichert wird für den Absatz eigener Waren, was eine Ausschaltung der Konkurrenz bedeuten wird, zum anderen ein Druckmittel gegen die imperialistischen Staaten darstellt.

Gegenwärtig werden in den USA eine ganze Reihe von Zollbeschränkungen für Waren aus dem Ausland vorbereitet. Grundlage dafür ist ein schon unter Präsident Ford verfaßtes Handelsgesetz, womit Exporteinschränkungen eingeführt werden können. Nach Schätzungen aus Brüssel sind für die EG „Werte von 4,5 Milliarden Dollar betroffen". Das entspricht etwa fast einem Viertel der Gesamtexporte der EG. Zweck dieser Maßnahmen ist es, direkt die Exportoffensive der BRD-Imperialisten und der japanischen Imperialisten zu brechen, die einen Bestandteil des Kampfes der Imperialisten um Weltmarktanteile darstellt und mit der den USA Marktanteile abgejagt wurden. „Ankurbelung der Weltkonjunktur" fordern die USA-Imperialisten von den BRD- und japanischen Imperialisten. Aufwertung ihrer Währung sei nötig. Die BRD-Imperialisten und Japan sind dagegen, weil eine solche Maßnahme bedeuten würde, daß ihre Waren teurer werden auf dem Weltmarkt, ein Ergebnis, das die USA-Imperialisten wünschen, um die Konkurrenzsituation zu ihren Gunsten zu sichern. Ein Mittel, die EG-Imperialisten und insbesondere die BRD und Japan dazu zu zwingen, ist die Abschottung des USA-Binnenmarkts.

Überlegt werden Zoll- und Einfuhrbeschränkungen für folgende Waren: Schuhe: Hier kommen die meisten Importe in die USA aus Italien und Spanien sowie Taiwan. Seit 1968 stieg der Anteil importierter Schuhe von 22 auf 46 Prozent des USA-Marktes. 300 US-Schuhfirmen mußten wegen ausländischer Konkurrenz zumachen. Alle Importe, die über 265 Millionen Paar hinausgehen, sollen nun mit 45 Prozent Zoll belegt werden.

Elektroindustrie: Hiervon sind vor allem die Japaner betroffen. „Ausgleichszölle für japanische Fernsehgeräte, Stereoapparate, Radios, Plattenspieler, Kassettengeräte, Stereokombinationen sowie andere elektronische Exporte sollen verhängt werden." (Frankfurter Allgemeine Zeitung) Für die japanischen Imperialisten hätte das große Auswirkungen. Rund 7,5 Millionen Schwarzweiß-Fernseher und 3,2 Millionen Farbfernseher werden pro Jahr in die USA geliefert. Davon haben die Japaner bei Farbfernsehimporten einen Anteil von 90 Prozent und Taiwan bei Schwarzweiß-Geräten einen Anteil von 60 Prozent. Die Importe sind bei Farbfernsehern von 22 Prozent Marktanteil im Jahre 1971 auf über 40 Prozent gestiegen. Riesige Extraprofite würden den japanischen Imperialisten somit flöten gehen.

Weiterhin soll eine Beschränkung des Zuckerimports angestrebt werden. Reduziert werden sollen die Einfuhrquoten von 7 Millionen Tonnen auf über 4,5 Millionen Tonnen.

Eingeleitet worden ist weiterhin in den USA eine Untersuchung über Dumpingpreise von japanischen Textilwaren, wonach bedruckte Stoffe von den Japanern in den USA zu niedrigeren Preisen verkauft werden als in Japan selber. Die USA-Stahlindustrie will Einfuhrquoten für Massenstahllieferungen erreichen.

Durchgeführt ist bisher keine von diesen Maßnahmen durch die Carter-Regierung. Die Zollerhöhungen für Schuhe hat die Carter-Regierung vorerst abgelehnt. Die Konkurrenten sollen untereinander ausgespielt werden, ist seine Devise. Das ist einfacher als wenn man sie alle als Block gegenüber hat. Eine Taktik, die die USA-Imperialisten auch gegenüber den Ländern der Dritten Welt anwenden wollen. Untereinander aufspalten, um so jeden einzeln unter das Kommando zu bekommen, um für den Kampf gegen die Supermacht UdSSR gerüstet zu sein, ist die Devise. Dazu gehören „freiwillige" Exportbeschränkungen, die die USA-Imperialisten in den einzelnen Ländern erreichen wollen. Carter hat die Schutzzölle abgelehnt, mit der Einleitung von Gesprächen über Exportquoten in Taiwan und demnächst auch in Italien. Die Konferenz in London soll diese Widersprüche der imperialistischen Räuber austragen.

Die Taktik der USA ist wiederum, die einzelnen Länder gegeneinander auszuspielen. Während sie gegenüber Japan auf dem USA-Binnenmarkt mit Handelsbeschränkungen operierten, treten sie gegenüber den Europäern als Anwalt der Japaner auf. „Wir lieben keine protektionistischen Maßnahmen gegenüber Japan", droht USA-Finanzminister Blumenfeld den europäischen Imperialisten. Des weiteren drohen die USA-Imperialisten, daß die Zollbeschränkungen noch weiter ausgedehnt werden sollen, die geplanten Maßnahmen zügig durchgeführt werden, wenn nicht die EG ihren Agrarmarkt noch mehr für amerikanische Agrargüter öffnet. Das ist ein Streitpunkt imperialistischer Konkurrenz seit Jahren, und er steuert gegenwärtig auf eine schroffe Konfrontation zu. Verbittert stellen die westdeutschen Bourgeois fest: „1975 machte der Überschuß der USA im Austausch landwirtschaftlicher Güter mit der Gemeinschaft 4,4 Milliarden Dollar aus. Der Saldo geht also zugunsten der Amerikaner." Wenn Imperialisten Profite nicht in die Tasche bekommen, werden sie bitter. „Die Agrarfrage hat sich bei den Zollverhandlungen im Rahmen des GATT zum Knotenpunkt entwickelt. Völlig ungerührt bestehen die Amerikaner hier auf Konzessionen der Gemeinschaft", schreibt die „Frankfurter Allgemeine".

Das Programm der USA-Imperialisten für das Treffen von sieben imperialistischen Räubern in London ist das des Handelskrieges und der Vorbereitung des Krieges. Das wissen alle Beteiligten. Jeder will ihn gewinnen. Warnend erhebt der BRD-Imperialismus die Stimme, wenn sich die europäischen imperialistischen Staaten nicht zusammenschließen, daß sie dann übers Ohr gehauen werden. „Solange sie (die europäischen Imperialisten) nicht fähig sind, mit einer Stimme zu sprechen, dürfen sie sich nicht wundern, wenn andere daraus Vorteile ziehen." Die Verkehrsform der Imperialisten ist die Konkurrenz. Das versteht der imperialistische Schreiberling sehr wohl. Fragt sich nur, wer sich durchsetzt. Inwieweit die Taktik der USA-Imperialisten gelingt, ist noch nicht abzusehen. Sicher ist, daß die Auseinandersetzung auf dem Londoner Treffen der Imperialisten gekennzeichnet ist von dem Schacher um Weltmarktanteile, wobei diejenigen Staaten die besten Voraussetzungen haben, denen es gelingt, ihre eigene Arbeiterklasse so auszubeuten, daß sie Extraprofite machen können. „Hinsichtlich des Nord-Süd-Dialogs werde man sicherlich mit den Europäern zusammenarbeiten", führt USA-Blumenfeld aus. Verhandlungen auf zweiseitiger Basis, um die einzelnen Länder der Dritten Welt besser gegeneinander ausspielen zu können, das ist nach wie vor die gemeinsame Taktik gegenüber den Forderungen der Länder der Dritten Welt, einen einheitlichen Rohstofffonds zu schaffen. Diese Taktik ist auch am besten geeignet, imperialistische Konkurrenten auszuschalten. Darin sind sie sich auch alle einig. – (Z-Red.)

Pulverdampf über den Fischereiverhandlungen zwischen Japan und der Sowjetunion

Die Regierungen Japans und der UdSSR haben mit großem diplomatischen Kanonendonner die Verhandlungen über die Fischereirechte in den Gewässern zwischen beiden Ländern abgebrochen. Die Verhandlungen waren notwendig geworden, nachdem auch die Sowjetunion eine 200-Meilen-Wirtschaftszone vor ihren Küsten proklamiert hatte. Japan hat nun seinerseits eine solche Maßnahme angekündigt.

Mit der Monopolbourgeoisie Japans und der UdSSR sind die beiden größten Räuber am Fischreichtum der Weltmeere aufeinandergeprallt. Die Fangflotten beider Länder fischen mit modernsten Hochseetrawlern und Fabrikschiffen jeweils 20 bis 25% der Gesamtfänge der Welt ab, hauptsächlich vor fremden Küsten. Seit sie durch den Kampf der Länder der Dritten Welt aus vielen Fischgründen verjagt worden sind und auch die EG-Staaten und die USA 200-Meilen-Zonen errichtet haben, in denen Fangkontingente festgelegt und Abgaben gezahlt werden müssen, sind sich diese beiden größten Räuber nun selbst in die Wolle geraten. Bisher fingen japanische Schiffe im Ochotskischen Meer (zwischen Japan und der Sowjetunion) 18% ihrer Gesamtfänge. Umgekehrt fischen sowjetische Schiffe intensiv in den Gewässern um Japan.

Die Sozialimperialisten haben in den Verhandlungen demonstrativ die Supermacht herausgekehrt, der sich niemand in den Weg stellen kann. Während sie ihre Gewässer bereits für japanische Kutter völlig gesperrt haben, die jetzt zu tausenden in den Häfen stilliegen, haben sie das Recht für ihre Schiffe in Anspruch genommen, auch in Zukunft innerhalb der japanischen 200-Meilen-Zone zu fischen. Vor allem aber haben sie die japanischen Kurilen-Inseln, die bis zu einem Friedensvertrag über die Ergebnisse des 2. Weltkriegs ihrer Verwaltung unterstellt sind, ihnen jedoch nicht gehören, in ihre 200-Meilen-Zone miteinbezogen, die dadurch tief in japanische Gewässer hineinreicht.

Der sowjetische Sozialimperialismus ohne Maske

Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking
99 Seiten Best.Nr.: 3 G-1393 DM 1,10

Zu beziehen über:
Buchvertrieb Hager GmbH
Postfach 190240
6000 Frankfurt 19

Praktisch wollen sie dadurch die Annektion der Inseln anerkannt bekommen.

Als die japanische Regierung dagegen protestiert hat, ist die sowjetische Verhandlungsdelegation abgereist. Kossygin erklärte, es gebe „keine ungelösten Territorialfragen zwischen beiden Ländern". Den Fischereiminister Japans ließ er in Moskau zwei Tage im Hotel sitzen. Vorher erklärte er schon über die Presse, „der Erfolg der Verhandlungen hänge ausschließlich von der japanischen Seite ab".

Die japanischen Imperialisten nutzen ihrerseits den Konflikt, um unter den Massen chauvinistische Stimmungen zu erzeugen und Kriegsvorbereitungen zu treffen. Beamte des Landwirtschaftsministeriums ließen gegenüber Pressevertretern die Bemerkung fallen, „zu früheren Zeiten hätte das sowjetische Verhalten den casus belli geliefert", berichtet die Neue Zürcher Zeitung am 19.4.77. Zu deutsch: es hätte Krieg bedeutet.

Fisch ist neben Reis das Hauptnahrungsmittel der japanischen Volksmassen, die darüber den größten Teil ihres Eiweißbedarfs decken. Fleisch war bisher für die Arbeiter ein fast unerschwinglicher Luxus. Auch Milchprodukte waren sehr teuer. Für die Kapitalisten war der auf den Weltmeeren zusammengeraubte Fisch eine wesentliche Voraussetzung, um die Arbeiterlöhne noch unter dem niedrigsten europäischen Niveau zu halten, und damit ein entscheidender Faktor ihrer überlegenen Konkurrenzfähigkeit. Für die Arbeiter war der billige Fisch die einzige Möglichkeit, von den Elendslöhnen leben zu können.

Nun wollen die japanischen Finanzkapitalisten über eine angebliche Knappheit an Fisch die Massen für ihre imperialistischen Ziele mobilisieren. In Wirklichkeit haben die 6 großen japanischen Fischereikonzerne, die den Markt fast völlig beherrschen, noch kaum weniger eingefahren als bisher. Dafür haben die die Preise für die gängigsten Fischsorten schon in kurzer Zeit verdreifacht bis verfünffacht und die Arbeiterfamilien in eine üble Notlage gebracht. Dabei lassen sie sich die Fanggebühren, die sie vor allem an die USA zahlen müssen, aus Steuergeldern ersetzen. Mit Regierungshilfe erschließen sie neue Fanggründe vor der Küste Chiles und im Pazifik, und kaufen sich in die Fischindustrie fremder Länder ein, um so die 200-Meilen-Zonen zu unterlaufen. Und selbst mit den Sozialimperialisten verhandelt der große japanische Fischereikonzern Taiyo über den Bau von Anlagen in der Sowjetunion und über separate Fangrechte. – (Z-Red.)

Der integrierte Rohstoffonds wird das Gespinst des imperialistischen Weltmarktes zerbrechen

Der freie Welthandel müsse erhalten bleiben und niemals würden sie sich einem „Rohstoffdirigismus“ unterwerfen, das ist der Glaubenssatz, mit dem die Imperialisten in der Öffentlichkeit ihren Widerstand gegen den integrierten Rohstoffonds begründen.

Diese Sorte gleicher Rechte für alle am Handel Beteiligten sichert die Vormachtstellung der Imperialisten gegenüber den unterdrückten Ländern. Diese Länder beherbergen den größten Teil der Menschheit, aber sie sind durch Kolonialismus und Neokolonialismus wirtschaftlich rückständig gehalten und als Rohstofflieferant für den Weltmarkt abgerichtet. Wirtschaftlich sind sie den Imperialisten unterlegen, die über eine geschulte Arbeiterklasse befehlen. In ihren Ländern ist die Arbeitsproduktivität hoch entwickelt und großer materieller Reichtum zusammengeballt. Diese Vorteile sind in Händen der Monopolbourgeoisie Instrumente der Unterdrückung und Ausbeutung. Der freie Welthandel hatte mit Freiheit nie etwas zu tun, mit dem Ruf nach seiner Erhaltung wird gegen die Schutzmaßnahmen der Länder der Dritten Welt zu Felde gezogen.

Die staatliche Unabhängigkeit hat den Nationen der Dritten Welt das Mittel in die Hand gegeben, über die Rohstoffe auf und in ihrem Boden selbst zu verfügen. Indes befindet sich noch immer ein großer Teil der Bergwerke und Plantagen im Besitz der Imperialisten. Und dort, wo sie enteignet sind, haben sie noch die Handelswege in der Hand. Sie besitzen die Schiffe und kennen die in Jahrzehnten aufgebauten Vertriebswege. Sie haben die notwendigen Mengen an Kapital und besitzen die Lagerhäuser, die sie vor allem zum Zwecke der Spekulation brauchen. Trotz der schlechten Ernte von Kaffee im vergangenen Jahr wurde an den Rohstoffbörsen nie so viel Kaffee umgesetzt wie vergangenes Jahr. Eine Handvoll Spekulanten verdient sich dumm und dämlich durch das Verschieben einiger Kaufverträge. Dazu sind Lagerhallen notwendig. Die Bestände von Kupfer haben im letzten Jahr an der Londoner Metallbörse 600 000 Tonnen erreicht. Auch dies gehört zum freien Welthandel. Es sind tote Kosten der Spekulation, die der kapitalistische Weltmarkt notwendig hervortreibt. Je weniger die Kapitalisten in der Lage sind, die Produktion in Gang zu halten, um so mehr suchen sie in der Spekulation ihren Profit. Gleichzeitig werden im Rahmen der Kriegsvorbereitungen die strategischen Reserven aufgestockt. Dies erklärt, weshalb gegenwärtig die Preise für die Rohstoffe steigen.

Der Markt für *Kupfer* wird trotz einer Reihe von Enteignungen von einer Handvoll Monopole beherrscht. 1972 hielten die US-Konzerne Kennecott Copper, Phelps Dodge, American Smelting and Refining, Anaconda Copper, Magma Copper, Duval, American Metal Climax sowie die International Nickel mit Sitz in Kanada 27,3 % der Bergwerksproduktion und 36,7 % der Raffinadekapazität.

Bei der *Nickel*-Produktion beherrschen 6 Konzerne aus den USA, Kanada, Frankreich und Australien drei Viertel.

Bei der Bauxitförderung – dem Ausgangsstoffe für *Aluminium* – haben die vier größten Monopole: Aluminium Company of America (Alcoa), Aluminium Company of Canada (Alcan), Reynolds Metals und Kaiser Aluminium rund 50 % in der Hand, bei der Erzeugung von Hüttenaluminium 52,5 % und bei der Alu-miniumoxidherstellung über zwei Drittel.

Produktion und Vertrieb von *Mangan* werden ebenfalls von imperialistischen Monopolen, darunter der US-Steel und Bethlehem Steel, kontrolliert.

Ein Drittel der Weltproduktion von *Zinn* stammt aus Malaysia. Englisches und weiteres ausländisches Kapital dominiert den Handel, ein US-niederländischer Konzern verhüttet das Erz und vertreibt es über eine Gesellschaft mit Sitz in der Schweiz. In Westdeutschland wird der gesamte Zinn-Import von 6 Firmen abgewickelt, wovon die Metallgesellschaft, der größte westdeutsche Metall-Rohstoffkonzern, und die Firma Arnold Otto Meyer in Hamburg je 40 % beherrschen.

Die 7 Zinn produzierenden Länder und 28 Import-Länder haben ein internationales Abkommen geschlossen, das mit Hilfe eines Ausgleichslagers Preisschwankungen mildern sollte. Seine Wirkung ist beschränkt, weil die Handelswege in Händen einiger weniger imperialistischer Handelsmonopole sind, deren höchstes Ziel ihr Profit ist und die dazu große Lager für Spekulation und Preisdrückerei bilden.

Auch beim Markt für *Naturkautschuk* benutzen die Imperialisten die Beherrschung der Handelswege zur Unterdrückung der Länder der Dritten Welt. Vier Länder, Malaysia, Indonesien, Thailand und Sri Lanka, produzieren über vier Fünftel. Der Kautschuk wird dort zu einem großen Teil von Kleinpflanzern angebaut. Indonesien versuchte 1955 Fabriken für die Kautschukverarbeitung aufzubauen. Diese waren durchweg nur zu geringem Teil ausgelastet. Dieter Kebschul, einer der Obergutachter der westdeutschen Bourgeoisie in Sachen Rohstoffe, schreibt dazu: „Die Hauptursache hierfür ist in dem Mangel an Rohkautschuk zu sehen, verursacht durch den traditionellen Handel, der in dem Bestreben, seine eigenen veralteten Verarbeitungseinrichtungen zu schützen, das Kautschukangebot auf sich zieht. Die häufig zwischen Händler und Smallholder (Kleinpflanzer) bestehenden Kreditbeziehungen belassen letzterem nur selten Handlungsfreiheit.“ Bis heute ist ein weiterer Versuch zum Aufbau einer Verarbeitungsindustrie nicht bekannt. Rohstoffmangel in einem Haupterzeugerland von Rohkautschuk! Was hat ein Imperialist im Sinn, wenn er in gewundener Börsensprache solche Enthüllung macht? Kebschul schlägt vor, die BRD solle als Kreditgeber einspringen. Das war 1974. Ablösung der Schuldknechtschaft durch Fortsetzung derselben unter unserer Knute, so das Rezept der BRD-Imperialisten.

Ende des letzten Jahres haben sich die kautschukproduzierenden Länder der Dritten Welt zusammengeschlossen, um höhere Preise von den Imperialisten zu erkämpfen. Wie immer in solchen Fällen haben die Imperialisten ein Gezeter über den Schaden für den freien Welthandel angestimmt. Dabei gab es gerade auf dem Kautschuk-Markt schon früh eine ganze Serie von Warenabkommen. Bereits 1920 haben sich die Produzenten zusammengeschlossen. Nur hat es sich damals um die in Südostasien niedergelassenen englischen und niederländischen Kolonialunternehmen gehandelt. Solche Kartelle, wie es sie auf einer Reihe von Rohstoffmärkten gab, haben grundsätzlich anderen Charakter als die Zusammenschlüsse der Dritten Welt. Es handelte sich hier um reine Räuberbündnisse auf Zeit zur Erzielung von Monopolprofit und Niederringung des Konkurrenten. Folglich sind diese Kartelle auch alle paar Jahre geplatzt. Sie hatten durchaus Platz im „freien Welthandel“ und diesen Zeiten weinen die Imperialisten nach.

Wie sieht es dort aus, wo bisher die größten Erfolge erzielt wurden, auf dem *Erdöl*-Markt? Man muß sich nur ansehen, wie das Rohöl nach Westdeutschland kommt, und man kennt die Handelswege ziemlich genau. Lediglich 22 % des Rohöls aus Entwicklungsländern ist direkt aus den jeweiligen Förderländern gekommen. 37 % wurden über die USA geliefert, 31 % über Großbritannien, 5 % über Frankreich, 2,5 % über Belgien/Luxemburg, 1,6 % über Italien. Unübersehbar ist, daß die Handelsströme über die alten Kolonialmächte gehen und über die Supermacht USA. Die Sowjetunion, wo sie in das Rohstoffgeschäft einsteigt, hat den Vertrieb ohnehin vollständig unter ihrer Fuchtel. Die Verstrickung der Ölländer in das imperialistische Vertriebsnetz ist einer der Gründe, weshalb die Imperialisten immer wieder Keile zwischen sie treiben können. Insgesamt wurde weit mehr als die Hälfte aller Waren, die 1975 aus Entwicklungsländern in die BRD gingen, über dritte Länder geliefert. Außer Erdöl handelt es sich vor allem um Zinn (zu 72,8 %), Kakao (zu 69,9 %), Pelzwerk (zu 52,8 %), Baumwolle (zu 48,3 %), Mais (zu 48,1 %), Ölfrüchte (zu 44,7 %) über die Schweiz, Niederlande und Großbritannien, Nickel (zu 42,9 %), Aluminium (zu 34,8 %), Kaffee (zu 32,1 %) und pflanzliche Öle und Fette (zu 32 %). Diese Angaben bedeuten nicht, daß der restliche Handel nicht über imperialistische Handelsmonopole liefe, aber sie zeigen die verschlungenen Pfade, die die Rohstoffe der Dritten Welt auf dem Weltmarkt gehen.

Der integrierte Rohstoffonds faßt die politische und wirtschaftliche Kraft der Dritten Welt zusammen. Befindet er sich unter dem gemeinsamen Kommando der Dritten Welt und schiebt er sich zwischen den Weg von den Produzenten in der Dritten Welt zu den imperialistischen Konsumenten, so kann er das unterdrückerische Gespinst von Kanälen und Fäden der imperialistischen Handelsmonopole zerbrechen. Davor fürchten sich die Imperialisten und bieten „Kompromisse“ an. Die Arbeiterklasse begrüßt jeden Fortschritt im Zusammenschluß der Nationen der Dritten Welt, weil dies die Kräfte der Weltrevolution stärkt.

(Z-Red)

Jimmy Carter und seine Ideologenbande rüsten auf

Unter den Schlägen der Völker und der Entfaltung des Kampfes der amerikanischen Arbeiterklasse und Volksmassen ist der US-Imperialismus in den letzten Jahren im Ringen um die Weltherrschaft gegenüber dem sozialimperialistischen Rivalen in die Defensive geraten. Mit Jimmy Carter will er erneut in die Offensive gelangen. Dazu muß er die amerikanische Arbeiterbewegung isolieren, sie vom Kampf gegen ihre Ausbeuter abhalten, durch chauvinistische Hetze die „Nation“ gegen andere Völker zusammenschließen, um sie für die Interessen der US-Monopole gegen andere Völker in den Krieg führen zu können. Dabei muß er anknüpfen an den gerechten Forderungen nach Unabhängigkeit und Freiheit, die die Völker erheben, und versuchen, sie als Vorwand für die Einmischung des US-Imperialismus an jedem Fleck der Erde zu wenden.

„Weil wir frei sind, können wir gegenüber dem Schicksal der Freiheit anderer niemals gleichgültig sein ...“, heuchelt dieser oberste Zuchthauswärter. „Ich sehe ... eine Welt, die beherrscht wird von wachsenden Forderungen nach Grundfreiheiten ...“, gibt er die schmerzliche Erfahrung des US-Imperialismus zu. „Wir sind begierig, uns an der Gestaltung dieser Welt zu beteiligen“ (Rede vor der UNO, 17.3.77). Damit kündigt er an, daß der US-Imperialismus entschlossen ist, überall hin wieder seinen Stiefel zu setzen.

Neben den billigen Arbeitskräften sind es vor allem die Rohstoffe, auf die die Imperialisten begierig sind. Um an sie heranzukommen, versuchen sie, Bündnisse zu schließen. „Die Vereinigten Staaten allein können eine gerechte Erschließung der Bodenschätze der Welt oder einen angemessenen Schutz der Umwelt nicht sicherstellen ... Die Vereinigten Staaten können und werden die Führung bei diesen Bewegungen übernehmen.“ (Carter, 20.1.1977)

Im folgenden einige Auszüge aus Pressekommentaren der wichtigsten Tageszeitungen des US-Monopolkapitals.

Zentrum des Ringens ist Westeuropa. Die Sozialimperialisten stützen sich auf ihre 5. Kolonne, die Revisionisten; die US-Imperialisten suchen nach geeigneten Verbündeten.

„Die politischen Gewinne der Kommunistischen“ (revisionistischen) „Parteien in Italien, Frankreich und Spanien stellen ein schwieriges Problem nicht nur für diese Länder, sondern auch für die Carter-Regierung dar ... Die USA müssen entscheiden, wie sie am besten ihre lebenswichtigen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen in Europa verteidigen, ohne zu grobschlächtige Einmischungen, die bloß den Anti-Amerikanismus anstacheln würden.“ (...) „Antikommunistische politische Führer in Europa und ihre Wähler haben nationalistischen Stolz – sie wollen helfen, den Roten Widerstand zu leisten, müssen aber vermeiden, als Werkzeuge der Amerikaner zu erscheinen. Ob das ‚weiche‘ Vorgehen ausreichen wird, wird bald klar sein.“ (The Washington Post, 20.4.1977)

Den amerikanischen Arbeitern wird eingeredet, nicht die imperialistischen Monopole und der Kapitalismus seien an der Vernichtung und Ausplünderung der natürlichen Reichtümer der Erde schuld, sondern zu anspruchsvoller Lebensstil der Massen und Überbevölkerung. Im Namen der „Interessen der Nation“ sollen sie eine drastische Reduzierung ihres Lebensniveaus hinnehmen, den Kampf gegen ihre Ausbeuter und deren System einstellen und gegen andere Völker für die Interessen ihrer nationalen Ausbeuter in den Krieg ziehen.

„Der letzte Krieg

Präsident Carter hat die amerikanische ‚Entscheidung über Energie‘ als ‚moralische Entsprechung von Krieg‘ bezeichnet. Angesichts der unangennehmen Tatsachen, die ins Auge gefaßt werden müssen, der Opfer, die gebracht werden müssen, der Änderungen im Denken und Handeln, die daraus resultieren müssen, war der Vergleich gut. Aber tatsächlich ist das amerikanische Programm für die Erhaltung und Entwicklung von Energie nur eine Kampagne in einem in Wirklichkeit weltweiten Krieg – vielleicht dem letzten Krieg – dem Armaggedon einer Menschenrasse, die mit ihrer wachsenden Zahl konfrontiert ist mit schwindenden Vorräten an dem Material, von dem sie lebt.“ (International Herald Tribune – IHT – , 21.4.77)

„Wenn Carters Botschaft mutig genug ist, so kann sie hoffen, etwas Entsprechendes zu einer Kriegsstimmung zu erreichen. Und es muß der Anfang eines politischen Kampfes sein, wie es noch keinen in unserer Erinnerung gab.“ (IHT, 5.4.77)

„Welches Amerika?

Wir treten in einen Zeitabschnitt, der weit mehr auf die Probe stellen wird als die Führung von Präsident Carter und den US-Kongreß. Die bevorstehende Schlacht über Energiepolitik wird auch den Charakter des amerikanischen Volkes auf die Probe stellen und den Zusammenhalt der amerikanischen Nation. In den einfachsten Worten: nicht der kurzfristige Gas- und Benzinpreis steht zur Debatte, sondern der langfristige Preis der Freiheit und Unabhängigkeit der Nation, nicht bloß ein wirtschaftlicher Konflikt, sondern ein philosophischer, nicht eine Frage dieser Generation allein, sondern zukünftiger Generationen – kurz, ob wir verantwortungsvoll handeln gegenüber unseren Kindern und Kindeskindern.

Über das Ziel unserer Energiepolitik gibt es sehr allgereine Äbereinstimmung. Die Sicherheit der Nation ist in Gefahr durch den gegenwärtigen rücksichtslosen Verbrauch von Treibstoffen, die begrenzt sind, und die steigende Abhängigkeit von Gas und Öl aus einem der turbulentesten und unberechenbarsten Gebiete der Erde.“ (IHT, 18.4.77, James Reston)

Der Kampf um die Aufrechterhaltung der Herrschaft der Monopole über die Rohstoffquellen wird als Interesse der amerikanischen Arbeiterklasse und der rohstoffproduzierenden Länder hingestellt.

„Die Marktkäfte würden, wenn sie sich frei entfalten können, natürlich die sich ergebenden Probleme in bestimmter Weise ‚lösen‘. (...) Erdöl würde ein Luxusartikel, für arme Länder und Völker unerschwinglich. Erdöl würde in Luxuskarossen verbraucht, während Millionen ihre Ölheizung abdrehen müßten.

Aber solch ein roher Übergang wäre eine menschliche und soziale Katastrophe, die Carter vermeiden will.“ (Ein Wendepunkt, A.Lewis, IHT 5.4.77)

„Über Scheichs und Öl

‚Ihr braucht uns mehr als wir euch brauchen‘, sagte ein hoher saudi-arabischer Beamter ... Wir brauchen das Öl der Saudis weit mehr, als sie die US-Dollars benötigen ... Die Saudis sind eine geringe Bevölkerung, ihre Fähigkeit, ihr Land zu verteidigen, ist sehr gering. Je mehr die Weltwirtschaft von ihrem Öl abhängt, desto offensichtlicher wird, daß – um es vorsichtig zu formulieren – die Vereinigten Staaten die Stabilität in der Golfregion garantieren müssen.“

„Ein unverschämter Überfluß an Menschen“,

meint der verrottete Alt-Playboy C.L. Sulzberger, Leitartikler der IHT, sei an der Rohstoffknappheit schuld.

„St. Tropez, Frankreich. Das Bevölkerungsproblem ist nicht wirklich neu. Im 5. Jahrhundert vor Christus erklärte Euripides in seinem großes Schauspiel ‚Orestes‘ den Trojanischen Krieg entsprechend: ‚Die Schönheit Helenas war ein Vorwand für die Götter, die Griechen gegen die Phrygier zu senden und viele Männer zu töten, um so die Erde von einem unverschämten Überfluß an Menschen zu säubern‘. (...) In früheren Zeiten waren Krieg und Seuchen die Instrumente der Natur, der Menschheit zu helfen davor, daß sie an sich selbst erstickt. (...)

Es ist offensichtlich, daß in der allgemeinen Sozialfürsorge mehr wirksamer Druck erhalten sein muß, um die Zuwachsrate der Menschen zu beschränken. (...)

Es ist sowohl logisch wie vernünftig für die entwickelten Länder, von denen die meisten ein beständiges Bevölkerungsniveau erreicht haben, daß sie von den armen Ländern, denen sie jetzt helfen, fordern, daß sie die Wachstumsrate ihrer Bevölkerung verringern. Dahinter steckt keine ‚kolonialistische‘ Mentalität, das ist schlichter gesunder Menschenverstand. Bangladesh, ständig am Rande der Hungersnot dahinschwankend, wird mit doppelter Bevölkerungszahl nicht glücklicher. Viele positive Dinge können erreicht werden, die unvermeidbaren Probleme, sogar die, die ein gelenktes Wachstum bringt, zu mildern. Z.B. der weitgehend karge Sudan hat einen Boden von derart ausgewogener chemischer Zusammensetzung, daß, wenn er mit ausreichend Wasser versorgt wird, er die größte bekannte Landwirtschaftszone werden könnte. Weniger als 8 % der enormen Landmasse Brasiliens sind landwirtschaftlich genutzt. Das weite, unbevölkerte Libyen könnte allmählich Millionen ernähren.“ (IHT,16.4.77)

Regimes, wie die US-Imperialisten sie in Lateinamerika an die Macht brachten, sollen überall die Interessen des Monopolkapitals wahren.

„Makelhafter Leumund

Unser Leumund in bezug auf Menschenrechte ist voller Flecken, und sie wissen es. Wir erscheinen ihnen doppelzüngig. Wenn wir uns einmischen, um unseren freiheitsliebenden Freunden in Chile zu helfen und die nationalen Sicherheitsinteressen der USA an diesem Land verteidigen, dann gibt es einen quixotischen ... Aufschrei, als ob etwas Schlechtes daran wäre, den Feind zu vernichten und unsere eigenen Lebensinteressen zu verteidigen. Wenn unsere Freunde jedoch erfolgreich der Herausforderung des Feindes begegnen, dann intervenieren wir – etwas pervers – mit Vorträgen über Menschenrechte, die unsere Freunde entmutigen und unseren Feinden helfen. Wir erscheinen, als wüßten wir nicht, wer unsere Freunde und wer unsere Feinde sind. (...)

In Argentinien, Chile, Uruguay, Paraguay, Bolivien und in Brasilien haben sie die Konfrontation gesucht, aus der allmählich der Sieg auftauchte. Die Sicherheitsstreitkräfte behalten die Oberhand über die imperialistischen Bestrebungen Moskaus vermittelt über Havanna. In den Ländern Westeuropas ist der Wille zum Widerstand saftlos geworden durch jahrelangen Krieg, weiter zersetzt worden durch Schikanen und Terrorismus. (...)“ (John Davis Lodge, IHT, 4.4.77)

Die amerikanische Arbeiterklasse soll gespalten und die Farbigen für die Unterdrückung der Befreiung des Volkes von Azania gewonnen werden.

„Eine Botschaft an schwarze Amerikaner

Ich habe mich mit Ihrer 300jährigen Geschichte unter Mehrheitsherrschaft in den USA vertraut gemacht. Ich lese Ihre oft noch immer bitteren Zeitungen und frage Sie, wie können von allen Leuten gerade schwarze Amerikaner Lobgesänge auf Mehrheitsregierungen singen? Sie beurteilen die schwarze Erfahrung in Südafrika durch die Brille der schwarzen Erfahrung in Amerika – ein falscher Blickwinkel.

Ich möchte Sie daran erinnern, daß, seit schwarze Amerikaner als Minderheit in einer weißen Mehrheit leben und weiße Südamerikaner dazu bestimmt sind, als Minderheit unter einer schwarzen Mehrheit zu leben, wir ein gemeinsames Los teilen. (...)

‚Mehrheitsregierung ist Leugnung des Rechts jeder Gruppe, weiß, schwarz, braun, selber zu experimentieren.‘

Ich frage Sie: ‚Wofür kämpfen Sie? Für Menschenrechte in Südafrika oder für Mehrheitsherrschaft?‘ Die Antwort ist immer, das sei das gleiche, aber ist es das wirklich?

Mehrheitsregierung bedeutet die vollständige Unterwerfung der Weißen, ihre Souveränität ... Weiterhin kann sich sogar herausstellen, daß das, was kommt, gar nicht wirklich eine Mehrheitsregierung in Azania ist, sondern eine Herrschaft von selbsternannten schwarzen Diktatoren oder einer Oligarchie im Namen der Mehrheit. (...)

Ihr schwarzen Amerikaner werdet im Namen der Mehrheit regiert und nicht durch selbsternannte Diktatoren und Oligarchen, sondern durch demokratische gewählte weiße Präsidenten, Senatoren und Kongreßmänner. Selbst dann war es, bis in die 60er Jahre, nach Ihrer eigenen Erfahrung eine langdauernde Hölle. Einige von Ihnen sagen, es sei auch heute noch die Hölle. Weshalb dann geben Sie der Mehrheitsregierung Tugenden, die sie gar nicht besitzt? (...)

Wenn die Antwort für Südafrika weder eine einheitliche Struktur noch der Schwindel der Bantustans sein soll, dann muß weitergesucht werden nach etwas Besserem Hier könnten schwarze Amerikaner Katalysatoren für besseres Verständnis zwischen Weiß und Schwarz in Südafrika sein. Sie begreifen den mutigen Freiheitskampf ihrer schwarzen Kameraden in Südafrika. Aber sie verstehen auch – wenn sie ehrlich sind – , weshalb Weiße Narren wären, würden sie es zulassen, daß sie um ihre politische Souveränität vollständig kastriert würden. Meinen Sie nicht, daß wir etwas gemeinsam zu diskutieren haben? Schwarze westliche Minderheit und weiße afrikanische Minderheit könnten im Dialog, ihre Verschiedenheit vorausgesetzt, einen Lichtblick anzünden, den andere übersehen haben.“ (H. Katzew, Korrespondent der New York Times in Südafrika, IHT, 19.4.77)

(Z-Red.)

Die unterdrückten Völker bleiben Hauptkraft des Kampfes gegen den Imperialismus

Das Sturmzentrum der Weltrevolution verlagert sich Schritt für Schritt nach Europa

Der Imperialismus ist das höchste Stadium des Kapitalismus. Die imperialistische Epoche ist die Epoche des untergehenden Kapitalismus und der proletarischen Revolution. Die Kräfteverhältnisse sind eindeutig: auf der einen Seite die Millionenmassen Proletarier, konzentriert in den imperialistischen Ländern, und die Millionen und Abermillionen armen Bauern, konzentriert in den Ländern der Dritten Welt, auf der anderen Seite die geringe und ständig abnehmende Zahl der Kapitalmagnaten und Monopolherren, die ihre Herrschaft über die Welt aufrechterhalten wollen. In einigen Ländern haben die Arbeiter und Bauern die Herrschaft der Imperialisten bereits gestürzt. Die Arbeiter und Bauern haben ihre Diktatur errichtet und schreiten nach Abschluß der neudemokratischen Revolution auf dem Weg zum Sozialismus voran. Die Kräfteverhältnisse entwickeln sich günstig für die Revolution. Teile der herrschenden Klassen werden durch die Monopolkapitalisten enteignet oder geraten doch in Widerspruch zu Imperialismus und Reaktion. Nimmt die Zahl der Bauern ab, dann nur, um das Lager des Proletariats zu verstärken.

Gäbe es in der Welt nur die Widersprüche zwischen der internationalen Arbeiterklasse und der Bourgeoisie, zwischen den unterdrückten Völkern und dem Imperialismus sowie zwischen den sozialistischen Ländern und den imperialistischen Staaten – die Herrschaft der Imperialisten könnte keinen Tag länger aufrechterhalten werden und die Handvoll Imperialisten würde im Haß der Völker gegen Ausbeutung und Unterdrückung ertränkt. Der Weg der proletarischen Weltrevolution ist jedoch nicht einfach und geradlinig, sondern voller Windungen und Wendungen. Die Ursache dafür ist, daß die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten und zwischen den ein, zwei Groß- oder Supermächten, die an der Spitze der imperialistischen Staaten den Kampf um die Weltherrschaft führen, die Widersprüche zwischen den Kräften der Revolution und den Kräften der Konterrevolution überlagern. Die Konkurrenz unter den Imperialisten und ihre Rivalität um die Weltherrschaft, die Spaltung des Lagers der Revolution durch die Imperialisten entsprechend dieser Konkurrenz sind die Bedingungen dafür, daß es den Imperialisten heute immer noch gelingt, trotz zahlreicher Niederlagen im Kampf gegen die proletarische Weltrevolution ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten und der internationalen Arbeiterklasse und den unterdrückten Völkern zeitweilige Niederlagen zu bereiten. Deshalb ist der Weg der Revolution nicht einfach und geradlinig, sondern voller Windungen und Wendungen. *Deshalb* ist die proletarische Weltrevolution nicht das Ergebnis der spontanen Erhebung der Millionenmassen Arbeiter und Bauern, durch die die Herrschaft der Imperialisten auf einen Schlag beseitigt wird, sondern das Ergebnis eines langwierigen Kampfes der ausgebeuteten, unterdrückten Klassen, der unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei, Schritt für Schritt und Land für Land durch die ununterbrochene Revolution in Etappen verwirklicht werden kann, bis der letzte Monopolherr nach dem Sieg der proletarischen Weltrevolution je nach Lage an den Galgen kommt oder an den Spaten geschickt wird durch das siegreiche Proletariat und die mit dem Proletariat verbündeten Bauern. Nur durch die bewußte Anstrengung der Arbeiterklasse kann die Spaltung überwunden werden, mit der die Imperialisten auf Grundlage der kapitalistischen Produktionsverhältnisse die internationale Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker überziehen. Nur durch bewußte Anstrengung kann die internationale Arbeiterbewegung das Bündnis mit den unterdrückten Völkern, mit den riesigen Bauernmassen schließen und die Volksklassen zum Sieg über den Imperialismus führen.

Um diese Anstrengung vollbringen zu können, muß sich die Arbeiterklasse organisieren, muß in den einzelnen Ländern kommunistische Parteien aufbauen, und diese kommunistischen Parteien müssen den Kampf entsprechend einer einheitlichen Generallinie führen. Zu diesem Zweck haben die revolutionären Arbeiterparteien dreimal große Anstrengungen der internationalen Organisation unternommen. Diese Anstrengungen sind durch die Imperialisten zeitweilig zunichte gemacht worden, weil sie mit Hilfe des Revisionismus die Konkurrenz unter den Imperialisten in das Lager der Arbeiterklasse hineingetragen haben und die internationale Arbeiterbewegung und die unterdrückten Völker auseinanderdividiert haben. So war es mit der ersten Internationale, die durch die Konkurrenz unter den europäischen Großmächten mit Hilfe des Anarchismus gesprengt worden ist, so war es mit der zweiten Internationale, die durch den Krieg unter den Imperialisten mit Hilfe des Sozialchauvinismus gesprengt wurde, so war es mit dem sozialistischen Lager und der kommunistischen Weltbewegung, wie sie aus der III. Internationale hervorgingen und die durch Kampf der beiden Supermächte um die Weltherrschaft mit Hilfe des modernen Revisionismus gesprengt wurden. Aber jedesmal ist der Marxismus und der proletarische Internationalismus durch die proletarischen Revolutionäre verteidigt worden und haben sich die Marxisten-Leninisten erneut zusammengeschlossen. Die Revolution konnte durch diese Spaltungen nicht aufgehalten werden, ihr Gang aber hat sich kompliziert. Durch jede dieser Spaltungen ist die Erfahrung der internationalen Arbeiterbewegung bereichert worden und ist die Wachsamkeit der Marxisten-Leninisten gegenüber den Spaltungsbemühungen der Imperialisten und gegenüber dem Revisionismus, diesem weltanschaulichen Produkt des Imperialismus, gestärkt worden. Marx und Engels haben sich kein bißchen verwirren lassen durch die Auflösung der I. Internationale, sondern haben ihre Anstrengungen verdoppelt, die Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus auszuarbeiten und die Wirklichkeit mit Hilfe der revolutionären Wissenschaft zu untersuchen. Sie haben ihre Anstrengungen verdoppelt, um die Organisierung des Proletariats in einzelnen Ländern voranzubringen und eine richtige Programmatik in der internationalen Arbeiterbewegung durchzusetzen. Lenin hat an der Spitze der Mitglieder der II. Internationale, die an der proletarischen Revolution und am proletarischen Internationalismus auch im wüstesten Kriegspropagandarummel der Imperialisten festgehalten haben, den Marxismus weiterentwickelt und auf die neue Epoche des Imperialismus angewendet und so die theoretischen Grundlagen für Strategie und Taktik der III. Internationale geschaffen. Die chinesischen und albanischen Kommunisten und mit ihnen alle Marxisten-Leninisten der Welt haben den Kampf gegen den modernen Revisionismus geführt und den Marxismus-Leninismus verteidigt. Im Kampf gegen den modernen Revisionismus und in Untersuchung der Lehren der Diktatur des Proletariats hat der Vorsitzende Mao den Marxismus-Leninismus weiterentwickelt und das theoretische Waffenarsenal der internationalen Arbeiterbewegung entscheidend erweitert. Durch den Vorschlag für die Generallinie der kommunistischen Weltbewegung hat die Kommunistische Partei Chinas die ideologischen, theoretischen und politischen Voraussetzungen geschaffen, damit sich die Marxisten-Leninisten in aller Welt erneut zusammenschließen können im Kampf gegen den Imperialismus und den modernen Revisionismus.

Was sind die Widersprüche, die in der aktuellen Situation des Klassenkampfes aus dem Widerspruch zwischen den Produktionsverhältnissen und den Produktivkräften, aus dem weltweiten Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat, zwischen Kapitalismus und Sozialismus hervorgehen? Was sind die Kräfte der Revolution, was die Kräfte der Konterrevolution? Welche Kräfte können neutralisiert werden? Was ist das schwächste Glied in der Herrschaft der Imperialisten, wie kann es gesprengt werden – das sind Fragen, die die kommunistische Weltbewegung zu jedem Zeitpunkt untersuchen und lösen muß, um sich zusammenzuschließen in der Führung des Kampfes der internationalen Arbeiterklasse und dem Imperialismus Niederlagen beizubringen und ihn schließlich mit Stumpf und Stiel durch die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und die Überwindung der Warenproduktion auszurotten.

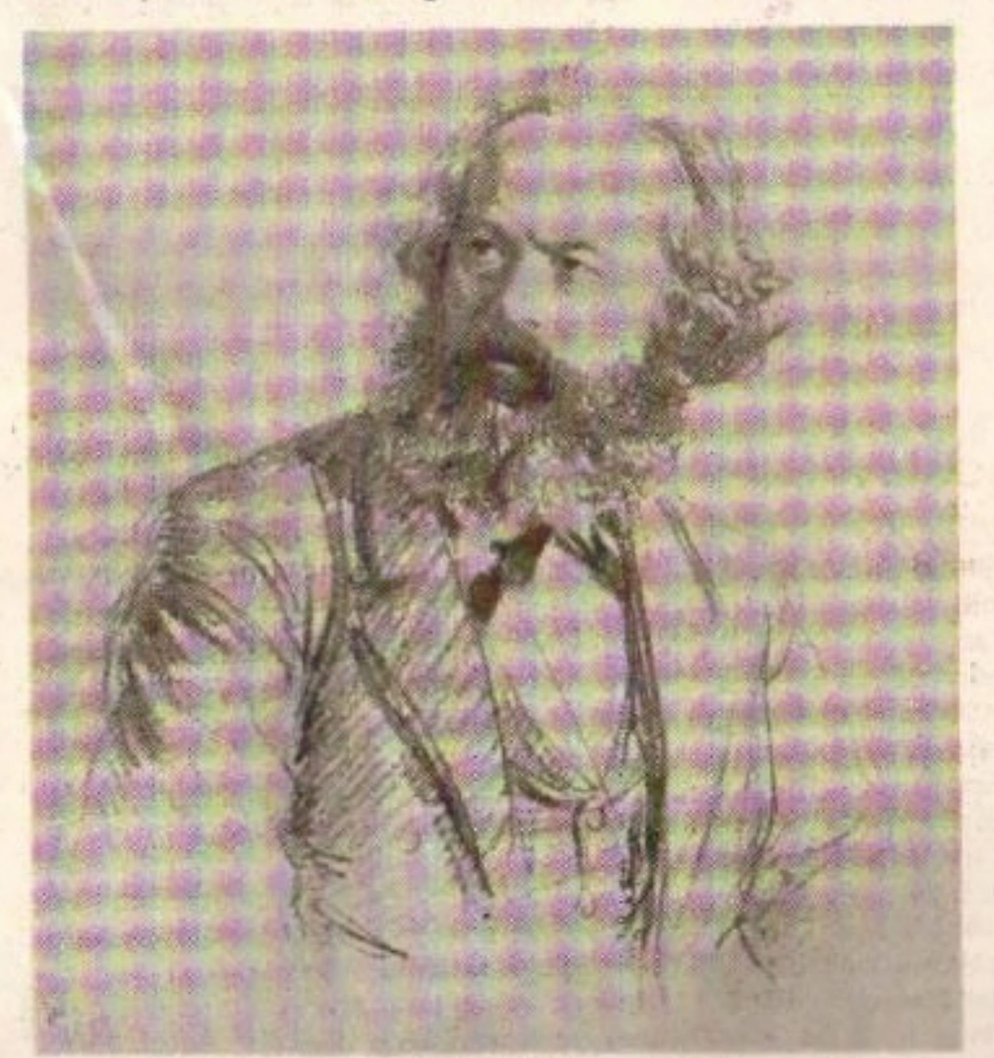
Marx und Engels haben als erste die große Kraft des nationalen Befreiungskampfes für die proletarische Weltrevolution erkannt und unerbittlich auf dem Kriterium bestanden, das den proletarischen Revolutionär vom bürgerlichen Arbeiterpolitiker unterscheidet. Als Marx den russischen Revolutionär Lopatin kennengelernt hat, teilte er Engels in einem Brief seinen guten Eindruck mit. Er fügte aber hinzu:

„Schwacher Punkt: *Polen*. Hier spricht er ganz wie ein Engländer – say an English Chartist of the old school (sagen wir wie ein englischer Chartist der alten Schule, Anm. der Red.) – von Irland."

Frühzeitig hat Marx allen Vorstellungen, die Arbeiterklasse könnte den nationalen Befreiungskampf der Völker umgehen und durch ihren Einfluß den unterdrückten Völkern ohne nationalen Befreiungskampf den Fortschritt bringen, eine klare Absage erteilt:

1869 schrieb Marx, daß es das „direkte absolute Interesse" der englischen Arbeiterklasse sei, ihre Verbindung mit Irland durch das britische Regierungssystem loszuwerden.

„Ich habe lange geglaubt, es sei möglich, das irische Regime durch English Working Class ascendancy (steigenden Einfluß der englischen Arbeiterklasse, Anm. der Red.) zu stürzen. Ich habe stets diese Ansicht in der New York Tribune vertreten. Tieferes Studium hat mich nun vom Gegenteil überzeugt. Die English Working Class (englische Arbeiterklasse, Anm. der Red.) wird nie etwas ausrichten, before it has got rid of Ireland (bevor sie Irland losgeworden ist)."



Karl Marx 5. Mai 1818 – 14. März 1883

Friedrich Engels 28. November 1820 – 5. August 1895

Genauso wie die reformistischen und revisionistischen Führer der II. Internationale sich der Konkurrenz zwischen den Imperialisten unterworfen haben und 1914 die Arbeiterklasse in den imperialistischen Krieg getrieben haben, haben sich diese Führer dem Kolonialregime der Imperialisten unterworfen und die verschiedensten Rechtfertigungen nachgeplappert, die die Imperialisten für den Kolonialismus vorbrachten. Er diene der Verbreitung der Kultur und deshalb dem Fortschritt, man müsse seine Auswüchse beseitigen, damit seine positiven Seiten voll zur Geltung kämen, das waren weitverbreitete Ansichten unter den Führern der II. Internationale, die sie in die Arbeiterklasse hineintrugen. Verteidigung der Kolonien der eigenen Imperialisten gegen die anderen Imperialisten statt Unterstützung des Befreiungskampfes der Völker gegen alle Imperialisten, das entsprach vollständig der Spalterpolitik der Führer der II. Internationale gegenüber der internationalen Arbeiterklasse. Überstülpung der Widersprüche der Imperialisten untereinander über die Widersprüche zwischen Revolution und Konterrevolution, das ist die Hauptmethode des Revisionismus, um die Arbeiterklasse in einen Spielball der Imperialisten zu verwandeln. Daran hat sich bis heute nichts geändert, und die sowjetischen Sozialimperialisten sind Weltmeister in der Anwendung dieser Methode, ob in Angola, Zaire oder anderswo.

Die Führer der II. Internationale haben den Befreiungskampf der Völker nicht nur nicht als Unterstützung der proletarischen Revolution erkannt – schließlich haßten sie die proletarische Revolution wie die Pest – sie haben die Unterdrückung dieses Befreiungskampfes ideologisch und politisch direkt propagiert und wie Eduard David, einer ihrer schamlosesten Vertreter, behauptet, die Abschaffung der Kolonien bedeute „die Rückkehr zur Barbarei".

Lenin dagegen und die proletarischen Revolutionäre haben wie Marx und Engels die Kraft des Befreiungskampfes der Völker erkannt. Sie haben erkannt, daß in der Epoche des Imperialismus der nationale Befreiungskampf der unterdrückten Völker zur entscheidenden Hilfe des Proletariats beim Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie geworden ist. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg, durch den die unterdrückten Völker im Massenumfang in die Weltgeschichte hineingezogen wurden und aufgrund ihrer Erfahrungen zum aktiven Befreiungskampf im Massenumfang übergingen, hat Lenin die ersten Schritte der chinesischen Revolution begeistert begrüßt:

„Galt China nicht vor kurzem als Musterbeispiel eines Landes jahrhundertealter völliger Stagnation? Jetzt aber brodelt in China das politische Leben, entfalten sich stürmisch die gesellschaftliche Bewegung und der demokratische Aufschwung. Nach der russischen Revolution des Jahres 1905 hat die demokratische Revolution ganz Asien erfaßt: die Türkei, Persien, China. In Britisch-Indien gärt es immer stärker. (...) Der Weltkapitalismus und die russische Revolution des Jahres 1905 haben Asien endgültig wachgerüttelt. Hunderte Millionen einer eingeschüchterten, in mittelalterlicher Stagnation niedergehaltenen Bevölkerung sind zu neuem Leben und zum Kampf für die elementaren Menschenrechte, für die Demokratie erwacht.

Die Arbeiter der fortgeschrittenen Länder der Welt verfolgen mit Interesse und Begeisterung dieses gewaltige Anwachsen der Befreiungsbewegung in allen Teilen der Welt und in allen ihren Formen. Die europäische Bourgeoisie hat sich, durch die Stärke der Arbeiterbewegung erschreckt, der Reaktion, dem Militarismus, dem Pfaffentum und dem Obskurantismus in die Arme geworfen. Doch an die Stelle dieser bei lebendigem Leibe verfaulenden Bourgeoisie treten bereits das Proletariat der europäischen Länder und die junge, vom Glauben an ihre Kräfte und vom Vertrauen auf die Massen erfüllte Demokratie der asiatischen Länder.

Das Erwachen Asiens und der Beginn des Kampfes des fortgeschrittenen Proletariats Europas um die Macht kennzeichnen die neue Ära der Weltgeschichte, die Anfang des 20. Jahrhunderts angebrochen ist." (Lenin, Das Erwachen Asiens, in: Prawda, 7. Mai 1913)

Fortschritt kommt niemals durch Unterdrückung der ausgebeuteten Klassen durch die ausbeutenden Klassen zustande, wie die Revisionisten behaupten, sondern nur durch den Kampf der ausgebeuteten Klassen gegen die Unterdrückung und die Herrschaft der Ausbeuter. Revolutionen sind der Motor der Geschichte, nicht Kolonialismus und Imperialismus, mögen sie sich noch so sehr mit verfaulter Kultur und mit der Anlage von Plantagen großtun.

Im Ersten Weltkrieg hat das russische Proletariat im Bündnis mit den Bauern die Herrschaft des Zarismus in Rußland zerschlagen und ist von der demokratischen Revolution ohne Unterbrechung zur sozialistischen Revolution übergegangen. Die russische Revolution hat die Herrschaft des Imperialismus an seinem damals schwächsten Kettenglied gebrochen. Dies ist gelungen, weil die russische Arbeiterklasse unter Führung der Bolschewiki strikt davon ausging, daß es im imperialistischen Krieg darauf ankommt, den Krieg in den Bürgerkrieg umzuwandeln und den Kampf gegen die Bourgeoisie des eigenen Landes zu führen. Durch die prinzipielle Politik der Bolschewiki ist es der Arbeiterklasse Rußlands gelungen, den Widerspruch zwischen Arbeiterklasse und Bourgeois, zwischen den Bauern und dem Großgrundbesitz freizulegen von den Widersprüchen der imperialistischen Länder und Rivalität um die Weltherrschaft und die Revolution zu machen mit den Forderungen nach sofortiger Beendigung des Krieges und der Beseitigung der Herrschaft der Imperialisten. Das Interesse der proletarischen Weltrevolution und des internationalen Proletariats war es, den kürzesten Weg zum Sturz der Herrschaft des Imperialismus zu finden und auf diesem kürzesten Weg, der proletarischen Revolution in Europa, dem Imperialismus den Todesstoß zu geben. Das russische Proletariat, die Bolschewiki haben alle Anstrengungen unternommen, um der internationalen Arbeiterklasse diesen Weg zu öffnen. Dies war auch der erste Zweck der III. Internationale, die nach Aufruf der Bolschewiki 1919 gegründet worden ist. Es ist den Imperialisten gelungen, diesen kürzesten Weg der proletarischen Weltrevolution zu versperren. Das ist ihnen mit Hilfe der Sozialdemokratie gelungen, die die Interessen der Imperialisten des eigenen Landes mit Hilfe der Spaltung und Unterdrückung der Arbeiterklasse durchsetzte. Vorübergehend trat gegenüber der Konkurrenz der Imperialisten die Zusammenarbeit der Imperialisten gegen die proletarische Revolution in den Vordergrund. Auch dabei erwiesen sich die Sozialdemokraten als unerläßliche Helfershelfer der Imperialisten. Die II. Internationale, die durch die Vaterlandsverteidiger und Sozialchauvinisten gespalten worden war, rottete sich unter den gleichen Führern wieder zusammen, diesmal unter dem Banner des Pazifismus, der Ablehnung der Gewalt und der „russischen Barbarei" der Bolschewiki. In der Unterstützung der Zusammenarbeit der Imperialisten gegen die proletarische Revolution taten sie sich jetzt genauso hervor wie im Ersten Weltkrieg durch die Unterwerfung der internationalen Arbeiterklasse unter die Konkurrenz und Rivalität der Imperialisten. Die Revolution in Europa wurde abgeblockt. Die proletarische Weltrevolution mußte sich einen neuen Weg suchen, und dieser Weg führte über die Völker des Ostens, die Völker Asiens, wie die Völker Afrikas und Lateinamerikas, deren Schläge die Herrschaft des Imperialismus erst reif machten für einen erneuten Ansturm des Proletariats in den imperialistischen Ländern, um der Herrschaft des Imperialismus endgültig den Todesstoß zu versetzen. Unter Führung Lenins hat die III. Internationale diese Verlagerung innerhalb der Widersprüche zwischen Revolution und Konterrevolution schnell begriffen, ihre Arbeit und Organisation entsprechend ausgerichtet. Dabei stützte sich die III. Internationale auf Erkenntnisse und Schlußfolgerungen, die Lenin und die Bolschewiki bereits während des Ersten Weltkrieges gezogen hatten. 1916 hatte Lenin festgestellt:

„Die Dialektik der Geschichte ist die, daß die kleinen Nationen, die als *selbständiger* Faktor im Kampf gegen den Imperialismus machtlos sind, die Rolle eines der Fermente, eines der Bazillen spielen, die

den *wahren* Gegenspieler des Imperialismus, dem sozialistischen Proletariat, auf den Plan treten helfen.“

Diese Feststellung bezog sich noch vor allem auf die kleinen unterdrückten Nationen Europas und nicht auf den ganzen Umkreis der unterdrück-



Wladimir I. Lenin 22. April 1870 – 21. Januar 1924

Wladimir I. Lenin 22. April 1870 – 21. Januar 1924

ten Völker. Aber Lenin hatte auch bereits festgestellt:

„Die soziale Revolution kann nicht anders vor sich gehen als in Gestalt einer Epoche, in der der Bürgerkrieg des Proletariats gegen die Bourgeoisie in den fortgeschrittenen Ländern mit einer *ganzen Reihe* demokratischer und revolutionärer Bewegungen verbunden ist, darunter auch mit nationalen Befreiungsbewegungen der unentwickelten, rückständigen und unterdrückten Nationen.

Und warum? Weil sich der Kapitalismus ungleichmäßig entwickelt und die objektive Wirklichkeit uns neben hochentwickelten kapitalistischen Nationen eine ganze Reihe von Nationen zeigt, die ökonomisch sehr schwach oder gar nicht entwickelt sind.“

Als Bedingung dieser Befreiungskämpfe der unterdrückten Nationen verstand Lenin den Bürgerkrieg des Proletariats in den fortgeschrittenen Ländern. Tatsächlich hat bereits der Bürgerkrieg des russischen Proletariats und die Abwehr der Intervention der vereinigten Imperialisten durch die russische Revolution als Bedingungen ausgereicht, um den Kämpfen der unterdrückten Völker einen großen Aufschwung zu geben, der es erlaubte, die russische Revolution zu verteidigen und den Aufbau des Sozialismus in einem Land zu beginnen, obwohl es der proletarischen Revolution nicht gelang, dem Imperialismus durch die Revolution im übrigen Europa den Todesstoß zu versetzen.

An der Seite der russischen Revolution, an der Seite der Sowjetunion, diesem Vorposten der proletarischen Weltrevolution, entwickelten sich die unterdrückten Völker zur Hauptkraft im Kampf gegen den Imperialismus und damit für die proletarische Weltrevolution. Auf dem „II. Gesamtrussischen Kongreß der kommunistischen Organisationen der Ostvölker“ führte Lenin am 22. November 1922 in seinem Referat aus:

„Selbstverständlich kann den endgültigen Sieg nur das Proletariat aller fortgeschrittenen Länder der Welt erringen, und wir Russen beginnen das Werk, das das englische, das französische oder das deutsche Proletariat untermauern wird. Wir sehen jedoch, daß sie nicht siegen werden ohne die Hilfe der werktätigen Massen aller unterdrückten Kolonialvölker, und in erster Linie der Völker des Ostens. Wir müssen uns Rechenschaft ablegen, daß der Vortrupp allein den Übergang zum Kommunismus nicht vollziehen kann. Die Aufgabe besteht darin, die revolutionäre Aktivität der werktätigen Massen zu wecken, damit sie die Initiative entfalten und sich organisieren, unabhängig davon, auf welchem Niveau sie sich befinden, die für die Kommunisten der fortgeschritteneren Länder bestimmte wahre kommunistische Lehre in die Sprache eines jeden Volkes zu übersetzen, die praktischen Aufgaben zu erfüllen, die unverzüglich erfüllt werden müssen, und sich im gemeinsamen Kampf mit den Proletariern der anderen Länder zu verschmelzen. Das sind die Aufgaben, deren Lösung Sie in keiner kommunistischen Broschüre finden werden, deren Lösung Sie aber in dem gemeinsamen Kampf finden werden, den Rußland begonnen hat. Sie werden diese Aufgabe stellen und sie aus eigener selbständiger Erfahrung lösen müssen. Helfen wird Ihnen dabei einerseits das enge Bündnis mit dem Vortrupp aller Werktätigen der anderen Länder, andererseits Ihre Fähigkeiten, an die Ostvölker, die Sie hier vertreten, richtig heranzugehen. Sie werden anknüpfen müssen an den bürgerlichen Nationalismus, der sich bei diesen Völkern regt und zwangsläufig regen muß und der geschichtlich gerechtfertigt ist. Zugleich müssen Sie den Weg zu den werktätigen und ausgebeuteten Massen finden und in einer ihnen verständlichen Sprache sagen, daß die einzige Hoffnung auf Befreiung der Sieg der internationalen Revolution ist und daß das Weltproletariat der einzige Verbündete der werktätigen und ausgebeuteten Hundertmillionenmassen der Ostvölker ist.“

Auf dem III. Kongreß der Kommunistischen Internationale sagte Lenin:

„Ich möchte hier noch die Bedeutung der Bewegung in den Kolonien betonen. In bezug auf diese Frage sehen wir in allen alten Parteien, in allen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Arbeiterparteien der II. Internationale und der Zweieinhalbten Internationale noch immer die Reste der sentimentalen Auffassungen: sie sind voller Sympathie für die unterdrückten Kolonial- und Halbkolonialvölker. Man betrachtet die Bewegung in den Kolonialländern noch immer als kleine nationale und friedliche Bewegung. Dem ist aber nicht so. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts ist in dieser Beziehung eine große Veränderung eingetreten, nämlich: Millionen und Hunderte Millionen – faktisch die übergroße Mehrheit der Bevölkerung der Erde – treten jetzt als selbständige, aktive, revolutionäre Faktoren auf. Und es ist ganz klar, daß in den kommenden entscheidenden Schlachten der Weltrevolution die ursprünglich auf die nationale Befreiung gerichtete Bewegung der Mehrheit der Bevölkerung der Erde sich gegen den Kapitalismus und Imperialismus kehren und vielleicht eine größere revolutionäre Rolle spielen wird, als wir erwarten. Es ist wichtig, zu betonen, daß wir zum ersten Mal in unserer Internationale die Vorbereitungen für diesen Kampf in Angriff genommen haben. Natürlich sind auf diesem großen Gebiet die Schwierigkeiten viel größer, aber jedenfalls geht die Bewegung vorwärts. Und die Massen der Werktätigen, die Bauern der Kolonialvölker werden, obwohl sie jetzt noch rückständig sind, in den folgenden Phasen der Weltrevolution eine sehr große revolutionäre Rolle spielen.“

In einem seiner letzten Artikel vor seinem Tod hat Lenin folgende Zusammenfassung der Situation gegeben:

„Der Ausgang des Kampfes hängt in letzter Instanz davon ab, daß Rußland, Indien, China usw. die gigantische Mehrheit der Bevölkerung der Erde stellen. Gerade diese Mehrheit der Bevölkerung wird denn auch in den letzten Jahren mit ungewöhnlicher Schnelligkeit in den Kampf um ihre Befreiung hineingerissen, so daß es in diesem Sinne nicht die Spur eines Zweifels geben kann, wie die endgültige Entscheidung des Weltkampfes ausfallen wird. In diesem Sinne ist der endgültige Sieg des Sozialismus vollständig und unbedingt gesichert.“ (Lenin, Lieber weniger, aber besser, März 1923)

Die unterdrückten Völker waren zur Hauptkraft des Kampfes gegen den Imperialismus geworden, und die Marxisten-Leninisten zogen aus dieser Tatsache die Konsequenz, indem sie die Losung „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ ergänzten durch die Losung: „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!“ Im Kampf gegen Trotzki hat Stalin diese entscheidende Erkenntnis des Marxismus-Leninismus verteidigt und dadurch die Sache der Revolution gegen die sozialdemokratischen Angriffe auf die Linie der Kommunistischen Internationale verteidigt. Unterschätzung der Rolle der Bauern und Verachtung des Bündnisses mit den Bau-
zung der Rolle der Bauern und Verachtung des Bündnisses mit den Bau-
ern, das ist in imperialistischen Ländern für die Vorbereitung der proletarischen Revolution äußerst schädlich. Übertragung dieser Unterschätzung der Rolle der Bauern und der Verachtung des Bündnisses mit den Bauernmassen auf das Verhältnis des internationalen Proletariats zu den unterdrückten Völkern und den Bauernmassen, die die Mehrheit der Bevölkerung der Welt ausmachten und noch ausmachen, das wäre für die proletarische Revolution Selbstmord, den sie nicht begeht und zu dem sie sich durch keinerlei trotzkistische Überredungskünste verführen läßt. Stalin hat den Kampf gegen diese falschen Auffassungen geführt:

„Früher wurde die nationale Frage reformistisch behandelt als isolierte, selbständige Frage, ohne Zusammenhang mit der allgemeinen Frage der Macht des Kapitals, des Sturzes des Imperialismus und der proletarischen Revolution. Stillschweigend wurde vorausgesetzt, daß der Sieg des Proletariats in Europa möglich sei ohne direktes Bündnis mit der Befreiungsbewegung in den Kolonien, daß diese Lösung der nationalen und kolonialen Frage im stillen, ‚von selbst‘ durchgeführt werden könne, abseits von der großen Heerstraße der proletarischen Revolution, ohne revolutionären Kampf gegen den Imperialismus. Dieser antirevolutionäre Standpunkt muß heute als enthüllt betrachtet werden. Der Leninismus wies nach, und der imperialistische Krieg und die Revolution in Rußland bestätigten, daß die nationale Frage nur im Zusammenhang mit der proletarischen Revolution und auf ihrem Boden gelöst werden kann, daß der Weg zum Sieg der Revolution im Westen über das revolutionäre Bündnis mit der Befreiungsbewegung der Kolonien und der abhängigen Staaten gegen den Imperialismus führt. Die nationale Frage ist ein Teil der allgemeinen Frage der proletarischen Revolution, ein Teil der Frage der Diktatur des Proletariats.

Die Frage steht so: sind die revolutionären Möglichkeiten innerhalb der revolutionären Befreiungsbewegung der unterdrückten Länder *bereits erschöpft* oder nicht – und wenn nicht, besteht die Hoffnung, diese Möglichkeiten für die proletarische Revolution auszunutzen, die abhängigen Staaten und Kolonialländer aus einer Reserve der imperialistischen Bourgeoisie zu einer Reserve des revolutionären Proletariats, zu seinem Verbündeten zu machen?

Der Leninismus beantwortet diese Frage mit Ja, d.h. er erkennt an, daß die nationale Befreiungsbewegung der unterdrückten Länder revolutionäre Potenzen in sich birgt, die zum Sturze des gemeinsamen Feindes, zum Sturz des Imperialismus ausgenutzt werden können. Die Mechanik der Entwicklung des Imperialismus, der imperialistische Krieg und die Revolution in Rußland, bestätigen vollkommen die diesbezüglichen Schlußfolgerungen des Leninismus.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, daß das Proletariat die nationale Befreiungsbewegung der unterdrückten und abhängigen Völker aufs entschiedenste und aktivste unterstützt.“ (Stalin, Probleme des Leninismus, 1924)

Im Bündnis mit der Befreiungsbewegung der unterdrückten Völker und den Bauernmassen der Dritten Welt hat die internationale Arbeiterklasse die Sowjetunion verteidigt gegen die faschistische Aggression. Im Bündnis mit den unterdrückten Völkern hat die internationale Arbeiterklasse nach dem Zweiten Weltkrieg den Frieden



Mao Tsetung 26. Dezember 1893 – 9. September 1976

verteidigt, was nur möglich war auf Grund des Sieges der chinesischen Revolution und einer Serie von antikolonialen Befreiungskämpfen und Befreiungskriegen, ohne die die Imperialisten mit dem US-Imperialismus an der Spitze es niemals unterlassen hätten, den geplanten Krieg gegen die sozialistische Sowjetunion und gegen die unterdrückten Völker zu führen. An diesem Bündnis sind die Imperialisten bei ihrer Aggression gegen Korea, Vietnam, Laos und Kambodscha gescheitert. Mit der Machtergreifung des Revisionismus ist die Sowjetunion aus diesem Bündnis ausgeschert und hat sich in eine sozialimperialistische Supermacht verwandelt, die gemeinsam mit den anderen Imperialisten gegen den Befreiungskampf der unterdrückten Völker vorgeht. Dabei verfolgt sie die Absicht, die Dritte Welt zu spalten und einen möglichst großen Teil ihrer eigenen Herrschaft zu unterwerfen, um sich im Kampf um die Weltherrschaft gegen den US-Imperialismus Vorteile zu sichern.

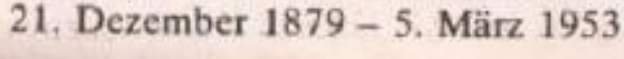
Der Verrat der Revisionisten an der proletarischen Weltrevolution und am Bündnis des internationalen Proletariats mit den unterdrückten Völkern hat das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen können. In ihrer Polemik gegen die Revisionisten hat die Kommunistische Partei Chinas festgestellt:

„Niemand kann bestreiten, daß jetzt in Asien, Afrika und Lateinamerika eine äußerst günstige revolutionäre Lage vorherrscht. Die nationalen Befreiungsrevolutionen in Asien, Afrika und Lateinamerika sind augenblicklich die wichtigsten Kräfte, die dem Imperialismus direkte Schläge versetzen. Asien, Afrika und Lateinamerika sind Gebiete, in denen sich die Widersprüche der Welt konzentrieren.

Das Zentrum der globalen Widersprüche, das Zentrum der politischen Kämpfe in der Welt ist nicht unveränderlich, es verschiebt sich mit den Wandlungen im internationalen Kampf und in der revolutionären Situation. Wir sind davon überzeugt, daß durch die Entwicklung der Widersprüche und der Kämpfe zwischen Proletariat und Bourgeoisie in Westeuropa und Nordamerika, den Entstehungszentren des Kapitalismus und dem Herzland des Imperialismus, eines Tages doch die große Stunde des gewaltigen Ringens schlagen wird. In jenem Augenblick werden Westeuropa und Nordamerika zweifellos die Zentren der politischen Kämpfe der Welt werden, zu Zentren der globalen Widersprüche.“

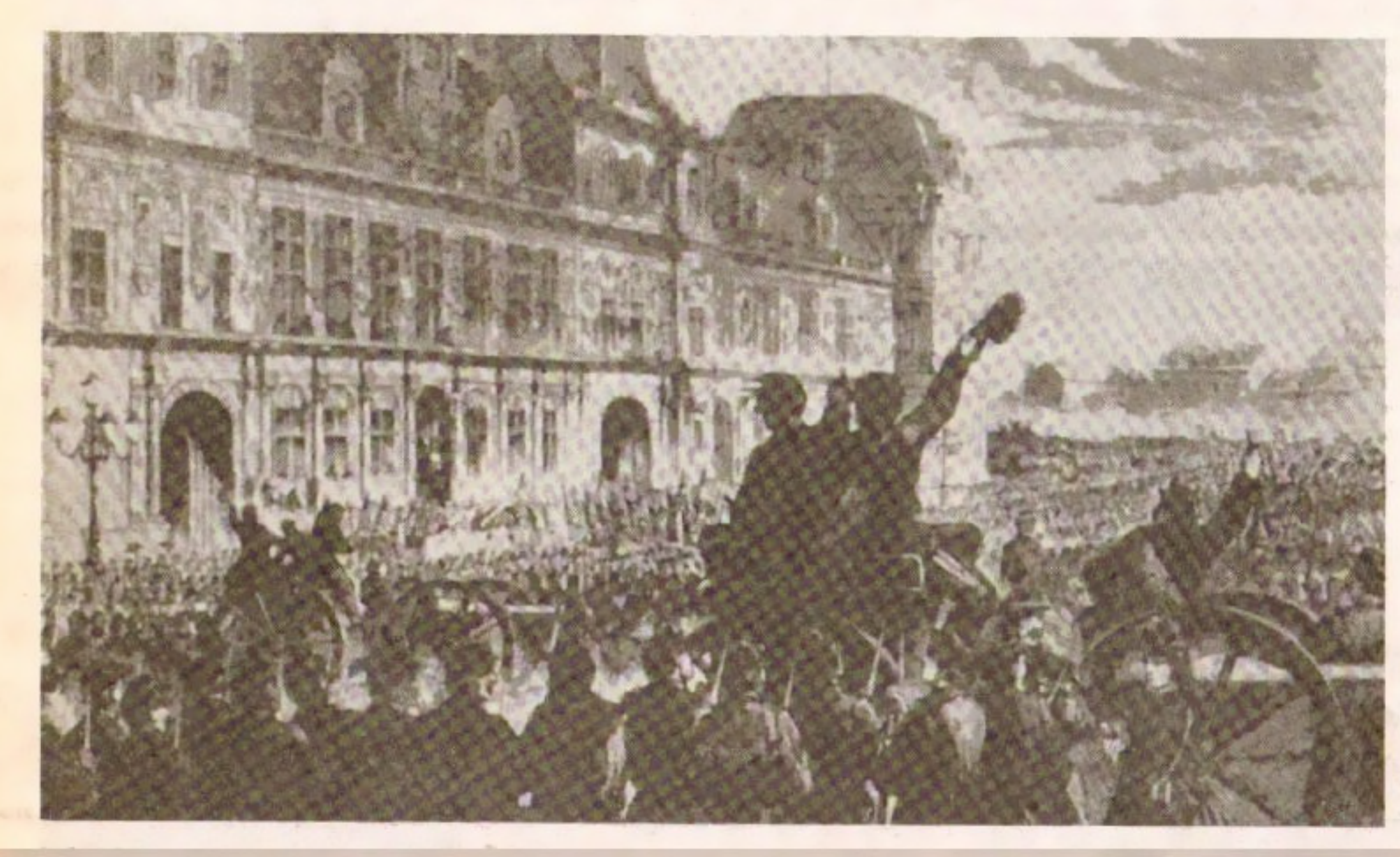
Unter den Schlägen der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus und infolge der Kämpfe der Arbeiter in den imperialistischen Ländern ist dieser Zeitpunkt in den letzten Jahren Schritt für Schritt näher gerückt und rückt weiter näher. Heute geht es dabei nicht mehr nur um Westeuropa und Nordamerika, sondern seit der Verwandlung der Sowjetunion in eine sozialimperialistische Macht und der Errichtung der Herrschaft der Bourgeoisie in den osteuropäischen, früher sozialistischen Ländern, um ganz Europa, um die Sowjetunion sowohl als auch um Nordamerika. Die unterdrückten Völker bleiben die Hauptkraft im Kampf gegen den Imperialismus wie im Kampf gegen die beiden Supermächte. Die Überproduktionskrise, die gegenwärtig die imperialistischen Länder schüttelt und in Stagnation der Produktion und weitere Verfaulung des Imperialismus übergegangen ist, verstärkt sowohl die Faktoren des Krieges wie die Faktoren der Revolution. Sicher ist, daß der imperialistische Krieg nur verhindert werden kann, wenn sich die unterdrückten Völker mit der Revolution in Europa, dem schwächsten Glied innerhalb des imperialistischen Lagers, werden verbinden können. Dies ist notwendig, und mit der Entwicklung der Widersprüche in der Welt und des Klassenkampfes in den europäischen Ländern naht auch der Zeitpunkt heran, wo dies möglich ist. Die unterdrückten Völker haben die proletarische Weltrevolution bis an eine Schwelle herangebracht, wo die historische Verantwortung von der europäischen Arbeiterklasse immer dringender verlangt, einen neuen Ansturm auf die Herrschaft der Bourgeoisie vorzubereiten und in absehbarer Zeit auch zu führen. Gelingt dies nicht, dann ist der imperialistische Krieg nicht zu verhindern und bleibt nur der wesentlich schmerzhaftere Weg, den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg umzuwandeln. Dieser Weg muß dann gegangen werden, und zwar vom ersten Tag des Krieges an, egal, ob der Krieg im eigenen Land beginnt oder ob der imperialistische Krieg zunächst in anderen Regionen beginnt, die Imperialisten des eigenen Landes sich aber an diesem Krieg als Beutegeier beteiligen. – (Z-Red)





Josef W. Stalin 21. Dezember 1879 – 5. März 1953

REVOLUTIONEN SIND DER MOTOR DER GESCHICHTE





Die Revolution von 1848
Bild oben: Vor dem Ansturm der revolutionären Volksmassen müssen sich die Truppen des preußischen Königs zurückziehen.

Karl Marx, Friedrich Engels: Das Manifest der Kommunistischen Partei
Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking
DM 1,30 Best.Nr. 1/1G - 736
(auch lieferbar in spanisch, englisch, französisch und persisch)

Die Pariser Kommune von 1871
Bild links: Die Ausrufung der Kommune am Morgen des 18. März 1871

Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich
Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking
DM 2,90 Best.Nr. 1/1G - 746



Die große Oktoberrevolution von 1917

Bild rechts oben: Petrograder Arbeiter üben sich in der Handhabung der Waffen.

Bild rechts unten: Sitzung des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten im Saal der Duma, Februar 1917.

W.I. Lenin: Staat und Revolution
Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking
DM 1,70 Best.Nr. 1/1G - 743
(auch lieferbar in englisch, französisch, spanisch)





Der Aufbau des Sozialismus im ersten Land der Diktatur des Proletariats

Bild links: Mit dem 1. Fünfjahrplan begann am 1. Oktober 1928 die planvolle Industrialisierung der sozialistischen Sowjetunion. Auf dem Bild ist die Montageabteilung der Moskauer Werkzeugmaschinenfabrik zu sehen.

J.W. Stalin:
Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR
Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking
DM 1,30 Best.Nr. 1/1G - 1192
(auch lieferbar in englisch und französisch)



Die Große Proletarische Kulturrevolution 1966

Die proletarischen Revolutionäre des Harbiner Werkes für forstwirtschaftliche Maschinen, Provinz Heilungkiang, haben eine Handvoll Leute, die den kapitalistischen Weg gegangen sind, entmachtet und feiern die vorfristige Erfüllung ihrer Produktionsaufgaben.

Mao Tsetung:
Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volke
Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking
DM 1,10 Best.Nr. 1G - 275
(auchlieferbar in englisch, französisch, italienisch, persisch, arabisch)

Mao Tsetung:
Ausgewählte Werke in 4 Bänden 1924-1949
Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking

Band 1 (1924-1937)	*DM 7,50*	*Best.Nr. 1G - 666*
Band 2 (1937-1941)	*DM 9,80*	*Best.Nr. 1G - 888*
Band 3 (1941-1945)	*DM 7,50*	*Best.Nr. 1G - 777*
Band 4 (1945-1949)	*DM 9,80*	*Best.Nr. 1G - 444*

Der Band 5 der Ausgewählten Werke ist soeben in chinesischer Sprache erschienen. Für die deutschsprachige Ausgabe, die in Kürze erscheint, nehmen wir Vorbestellungen entgegen.

Alle Bücher sind zu erhalten bei den Verkaufsstellen der Kommunistischen Volkszeitung oder über

Buchvertrieb Hager
Vertrieb revolutionärer Literatur
Postfach 190 240, 6000 Frankfurt 19